



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

MONATLICHER PRESSESPIEGEL

DEZEMBER 2020

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Europa stößt wegen Corona an seine Grenzen

Lange war die Grenze zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg kaum noch sichtbar. Die Corona-Pandemie hat in der Grenzregion die Uhren um Jahrzehnte zurückgestellt. Aber nicht auf Dauer.

VON BIRGIT REICHERT

LUXEMBURG (dpa) Plötzlich waren sie wieder da. Gesperrte Grenzübergänge, Warteschlangen und uniformierte Kontrolleure mit Fragen nach Reiseziel und Reisegrund. So hat die Corona-Pandemie Europa im Jahr 2020 an seine Grenzen stoßen lassen. Den 26 Staaten umfassenden Schengen-Raum, vor 35 Jahren für Reisen ohne Grenzkontrollen gegründet, sowieso. Aber ganz besonders die sogenannte „Großregion“, wo Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg aneinanderstoßen.

„Die Grenzsicherungen waren ganz klar eine Art von Kurzschlussreaktion“, sagt Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn der Deutschen Presse-Agentur. „Die spezifischen Bedürfnisse der Grenzregionen wurden so zu einer Art Kollateralschaden.“ Dass Deutschland am 16. März die Grenzen zu Österreich, Frankreich, Luxemburg, Dänemark und der Schweiz wochenlang für alle Reisenden „ohne triftigen“ Grund dichtmachte, hat Luxemburg besonders getroffen – und verärgert.

Denn jeden Tag pendeln gut 200 000 Beschäftigte aus Belgien, Deutschland und Frankreich in das gut 600 000 Einwohner zählende Luxemburg morgens hinein und abends wieder hinaus. Zwei Drittel aller in Luxemburg arbeitenden Pflegekräfte beispielsweise kommen aus

dem Ausland, davon die Hälfte aus Frankreich. Bei Dienstleistungen und Handwerk sieht es ähnlich aus. Das wohlhabende Luxemburg sorgt mit attraktiven Löhnen weit über seine Grenzen hinaus für Wohlstand – ist aber auch auf die „Frontaliers“, die Grenzgänger, angewiesen: „Das Vertrauen in offene Grenzen wurde tief erschüttert“, sagt Asselborn.

Auch andere Länder schotteten sich ab: Spanien schloss die Grenze zu Frankreich, Norwegen kontrollierte die Grenze zu Schweden und auch die Grenzen Italiens waren zeitweise dicht. Im Dreieck zwischen Frankreich, Deutschland und Luxemburg sorgte vor allem der Umstand, dass Berlin die Grenzkontrollen ohne Absprache mit den Nachbarn einführte, für Verstimmung. Pendler brauchten plötzlich Bescheinigungen der Arbeitgeber für den Weg zur Arbeit. Und die Sperrung kleiner Übergänge zwischen dem Saarland und Lothringen sorgte dafür, dass Pendler riesige Umwege fahren mussten.

„Die Coronavirus-Krise ist ein Crashtest für die deutsch-französische Freundschaft“, hatte der französische Abgeordnete Christophe Arend aus dem bei Saarbrücken gelegenen französischen Ort Forbach gesagt. Grenzpendler hätten auch über „Anfeindungen“ geklagt. Die Kontrollen an der Grenze hätten vereinzelt zu „beschämenden Auswüchsen in der Grenzregion“ geführt, hatte die stellvertretende saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) im April gesagt. Unter Hinweis auf Berichte, wonach Franzosen im Saarland beschimpft und deren Autos mit Eiern beworfen seien, sagte sie: „Ich entschuldige mich für diese Einzelfälle.“

„Die Grenzsicherungen in diesem Jahr haben bewirkt, dass die Grenze sich wieder in den Köpfen der Menschen, den Mentalitäten, etabliert

hat“, sagt Asselborn. Allerdings stimme es ihn „optimistisch“, dass in der zweiten Covid-19-Phase im Winter niemand mehr Grenzen schließen wollte. „Grenzsicherungen sind im Fall einer Pandemie keine Lösung.“ In den Hauptstädten wisse man oft nicht, wie eng die Grenzregionen miteinander verwoben seien: Künftig müsse „in allen europäischen Entscheidungsprozessen den besonderen Realitäten der Grenzregionen spezifisch und systematisch Rechnung getragen werden.“

„Eine Pandemie bekämpft man eben nicht mit nationalen Maßnahmen“, sagte auch der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU). Das war Anfang Mai, als bereits einiges politisches Porzellan an der Grenzlinie zerbrochen war. Er hoffe, dass das bei der nächsten Pandemie, die sicherlich komme, besser gehandhabt werde.

Und auch Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD), der am 16. Mai zur Aufhebung der Kontrollen eigens nach Schengen reiste, hatte kurz zuvor in Paris eingeräumt: „Ich glaube, wir haben im Frühjahr alle schlechte Erfahrungen gemacht mit der zu schnellen Schließung von Grenzen.“ Und es gibt Hoffnung, meint Asselborn, dienstältester EU-Außenminister (seit 2004). Mittlerweile habe sich die Kooperation in der Großregion „bedeutend verbessert“, es habe auch viel europäische Solidarität gegeben: „Ich hoffe, dass Europa im Jahr 2021 und darüber hinaus gestärkt aus dieser Krise hervorkommt.“

„Die Grenzsicherungen waren ganz klar eine Art von Kurzschlussreaktion“

Jean Asselborn
Luxemburgs Außenminister

Deutschland; Asselborn warnt vor Grenzen in den Köpfen

Luxemburgs Aussenminister **Jean Asselborn** hat vor erneuten Grenzschiessungen in der Grenzregion von Deutschland, Frankreich und Luxemburg gewarnt.

SDA Import

"Die Grenzschiessungen in diesem Jahr haben bewirkt, dass die Grenze sich wieder in den Köpfen der Menschen, den Mentalitäten, etabliert hat", sagte Asselborn der Deutschen Presse-Agentur in Luxemburg. Deutschland hatte Mitte März wegen der Corona-Pandemie Grenzkontrollen vorübergehend wieder eingeführt und Übergänge für Menschen gesperrt, die die Grenze ohne "triftigen Grund" passieren wollten.

"Nationale Dimensionen, die in den kommenden Jahren wieder mehr Gewicht bekommen könnten, erhöhen auch die Gefahr, dass ein solcher Mentalitätswandel permanent bleibt und das Vertrauen in die europäische Gemeinschaft permanent leidet." Asselborn nannte die Grenzschiessungen "ganz klar eine Art von Kurzschlussreaktion". "Grenzschiessungen sind im Fall einer Pandemie keine Lösung."

Jeden Tag pendeln aus den drei Nachbarstaaten Belgien, Deutschland und Frankreich mehr als 200 000 Arbeitnehmer nach Luxemburg. Die besonderen Bedürfnisse der Grenzregionen seien "zu einer Art Kollateralschaden" geworden. Die "Grenzdynamiken" seien oft nur regional und nicht in den Hauptstädten bekannt, sagte Asselborn.

Luxemburg müsse daher "in den verschiedenen Hauptstädten auf seine Grenzdynamiken aufmerksam machen". Inzwischen sei die Kooperation wieder besser geworden: Er hoffe, dass Europa "im Jahr 2021 und darüber hinaus gestärkt aus dieser Krise hervorkommt."

Im Dauereinsatz

Gesundheitsministerin Paulette Lenert über den langen Kampf gegen eine unsichtbare Gefahr

Luxemburg. Kein Regierungsmitglied stand in den vergangenen Monaten so sehr im Rampenlicht wie Paulette Lenert (LSAP). Als frischgebackene Gesundheitsministerin wurde sie im März ins eiskalte Wasser geworfen und musste mit der Corona-Pandemie eine der schwersten sanitären Krisen managen, die das Land je erlebt hat.

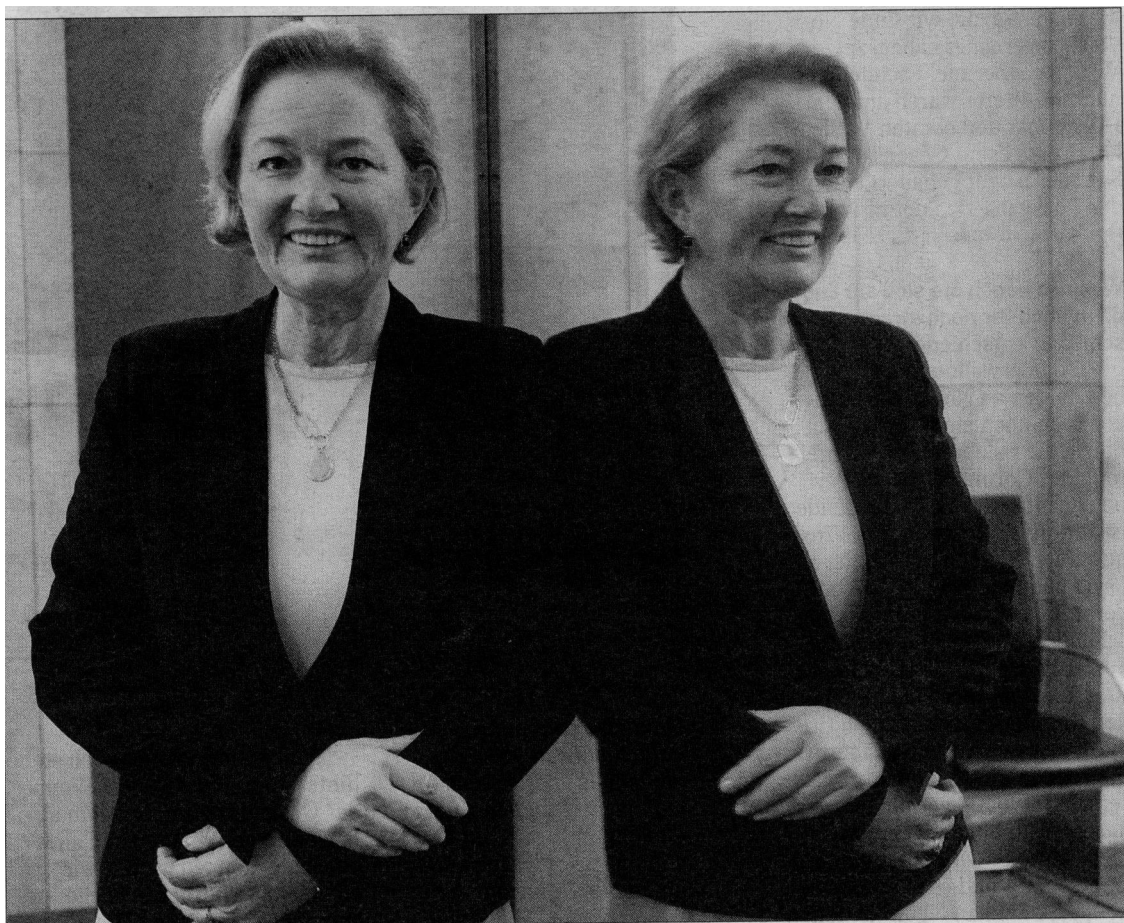
Doch es ist nicht nur der Dauerstress, der Lenert zu schaffen

macht. Sie muss Entscheidungen treffen, die die Rechte der Bürger stark beschneiden, und dies auf einer, vor allem in den Anfangsmonaten, dürftigen wissenschaftlichen Faktenlage. Was zunächst noch gesichert scheint, entpuppt sich wenige Monate später als problematisch, Beispiel Schule und das Infektionsrisiko der Kinder und Jugendlichen: „Wir haben in all den Monaten immer auf der Ba-

sis der zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse gehandelt“, erklärt die Gesundheitsministerin im Interview.

Trotz steigender Kritik an der Strategie der Regierung: Paulette Lenert ist die Überfliegerin schlechthin in den Umfragen. Das freut sie: „Die guten Werte haben mich motiviert.“

DS



Gesundheitsministerin Paulette Lenert pendelt seit Monaten fast nur noch zwischen ihrer Wohnung und ihrem Büro in der Villa Louvigny hin und her. Für viel mehr bleibt ihr in der Corona-Krise keine Zeit. Foto: Anouk Antony

„Alles ist relativ“

Gesundheitsministerin Paulette Lenert über den Wettlauf gegen die Zeit, die Kritik an der Strategie der Regierung und ihre guten Werte in den Umfragen

Interview: Dani Schumacher

Paulette Lenert (LSAP) war nicht einmal einen Monat im Amt, als sie die größte sanitäre Krise, die das Land in den vergangenen 100 Jahren erlebt hat, managen musste. Seit März absolviert die Gesundheitsministerin einen Marathon-Lauf mit Höhen und Tiefen. Trotz zunehmender Kritik von allen Seiten wird sie von den Wählern mit Traumwerten in den Umfragen belohnt.

Paulette Lenert, Luxemburg schneidet bei der zweiten Welle sowohl bei den Neuinfektionen als auch bei der Zahl der Todesfälle im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern schlecht ab. Woran liegt das?

Es gibt keine eindeutige Erklärung, die hohen Werte sind ein Zusammenspiel von vielen Faktoren. Es gibt verschiedene Hypothesen. Natürlich spielt unsere Teststrategie eine Rolle, sie erklärt aber nicht alles. Auch die grenzüberschreitende Mobilität darf man nicht außer Acht lassen. Obwohl viele Unternehmen wieder auf Homeoffice umgestellt haben, gibt es immer noch viele Bewegungen zwischen den Ländern. Luxemburg ist ein kleines Land mit einer recht hohen Bevölkerungsdichte. Eigentlich ist es ein einziger Ballungsraum. Im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland oder Frankreich gibt es bei uns keine Rückzugsgebiete, keine Pufferzonen. All diese Erklärungsversuche sind unter den Wissenschaftlern aber nicht ganz unumstritten.

Am 15. Dezember wurden die Corona-Vorschriften zunächst verlängert. Sie haben das Gesetz damals gegen die Kritik der Opposition, die strengere Regeln verlangt hat, verteidigt. Nur zwei Tage später haben Sie gemeint, ein zweiter Lockdown könne nicht mehr ausgeschlossen werden. Am 21. Dezember hat die Regierung dann strengere Maßnahmen beschlossen. Was ist in diesen wenigen Tagen passiert?

Die Entwicklung hätte Mitte Dezember in drei verschiedene

Richtungen gehen können. Es hätte zu einer Stagnation auf hohem Niveau kommen können. Die Zahlen hätten aber auch, wie beispielsweise in den Niederlanden, wieder anziehen können. Sie hätten auch weiter sinken können. Jedes Szenario war möglich. Die Maßnahmen, die wir Ende November verhängt haben, zeigen Wirkung, aber nicht schnell genug. Die Werte waren auf dem Höhepunkt der zweiten Welle so hoch, dass es im Gegensatz zum Sommer länger gedauert hat, bis der Rückgang sich definitiv bestätigt hat.

Weshalb haben Sie sich am Ende dann doch für noch strengere Vorschriften entschieden?

Zu den erwähnten noch zu hohen Zahlen an Neuinfektionen kommen noch andere Faktoren hinzu, die riskieren, die Verbreitung des Corona-Virus wieder neu anzufachen. Das Jahresende ist für die Verbreitung des Virus quasi der „Heemount“. In der kälteren und feuchteren Jahreszeit verbreiten sich Viren insgesamt schneller. Zudem sind auch die Feiertage mit vermehrten sozialen Kontakten der perfekte Nährboden für die Verbreitung von Covid-19. Ausschlaggebend aber war die Lage in unseren Krankenhäusern. Wir wollen vermeiden, dass unser Gesundheitssystem noch mehr belastet wird. Das Personal ist erschöpft und es ist unbedingt nötig, die Zahl an Neuinfektionen mit allen verfügbaren und vertretbaren Mitteln zu reduzieren.

Die Pandemie hat das Land seit März fest im Griff. Hätten Sie rückblickend etwas an Ihrer Strategie geändert?

Nein, ich denke nicht, auf jeden Fall nichts Grundlegendes. Vielleicht hätten wir im Frühjahr bei den Lockerungen etwas langsamer vorgehen sollen. Es ist im Augenblick noch schwer zu sagen, was man hätte besser machen können, weil die Analyse der einzelnen Schritte noch nicht abgeschlossen ist. Wir haben in all den Monaten immer auf der Basis der

zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen gehandelt. Der Wissensstand hat sich seit dem Beginn der Pandemie allerdings immer wieder verändert. Zurzeit werden erste Studien veröffentlicht, aus denen hervorgeht, zu welchen Resultaten die einzelnen Maßnahmen führen. Doch es handelt sich vorerst nur um Hypothesen. Alles ist relativ. Wenn alles vorbei ist, werden wir eine genaue Analyse erstellen.

Apropos Analyse, die Opposition hat einen Untersuchungsausschuss verlangt, den die Mehrheitsparteien abgelehnt haben. Wäre es nicht sinnvoll, wie in Schweden eine unabhängige Kommission einzusetzen, die die Strategie im Nachhinein überprüft?

Es spricht nichts dagegen, zu einem späteren Zeitpunkt eine Kommission mit der Aufarbeitung zu betrauen. Wenn alles vorbei ist, werden wir natürlich auch selbst alle Entscheidungen noch einmal überprüfen. Aktuell besteht unsere erste Priorität aber darin, möglichst schnell alle zur Verfügung stehenden Daten zu analysieren, die Situation zu bewerten und anschließend zu handeln. Der Kampf gegen die Pandemie ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Und Zeit ist genau das, was uns fehlt. Der demokratische Prozess ist absolut wichtig, er ist aber sehr zeitaufwendig. Es gibt Wochen, in denen verwende ich mehr Zeit darauf, unsere Strategie zu erklären, zu begründen und zu verteidigen, als mir zur Verfügung steht, um zu handeln. Eine Krise wie diese verlangt aber nach der Tat. Aktuell ist es kaum möglich, neben dem eigentlichen Krisenmanagement auch noch für eine grundlegende Analyse Rede und Antwort zu stehen. Unser Team im Gesundheitsministerium besteht nur aus einer Hand voll Mitarbeitern.

Hätten Sie irgendetwas anders gemacht, wenn Sie alle Entscheidungen hätten alleine treffen können?

Nein, eigentlich nicht. Ich stehe hinter allen Maßnahmen. Wenn das Gesundheitsministerium allein hätte entscheiden und alles umsetzen können, wären wir einerseits sicherlich schneller gewesen. Andererseits hätte es am kritischen Austausch gefehlt. Sowohl die Absprache innerhalb der Regierung als auch die anschließende demokratische Legitimie-

rung der Maßnahmen leisteten einen wertvollen Beitrag zur Ausgewogenheit und Akzeptanz der Maßnahmen. Luxemburg ist übrigens eines der ganz wenigen Länder, in dem sämtliche Maßnahmen vom Parlament bestätigt werden.

Die Zahl der Toten steigt. Darunter befinden sich viele ältere Menschen und Bewohner aus Altersheimen. Dabei steht der Schutz der gefährdeten Personen ganz oben auf der Agenda der Regierung. Was läuft schief, wieso greift die Strategie nicht?

Auch hier gibt es keine eindeutige Erklärung. Wenn das Virus omnipräsent ist, findet es auch seinen Weg in die Altersheime. Ab einer bestimmten Zahl an Neuinfektionen ist es kaum noch möglich, die Bewohner wirksam zu schützen, außer man schließt die Heime und riegelt sie komplett ab. Nach den Erfahrungen vom Frühjahr ist dies aber keine Option. Die Kollateralschäden waren einfach zu hoch. In den Häusern wurden Hygienekonzepte ausgearbeitet und umgesetzt. Seit die Tests zur Verfügung stehen, werden sowohl die Bewohner als auch die Mitarbeiter regelmäßig getestet. Seit kurzem kommen auch Schnelltests zum Einsatz. Mit der Verfügbarkeit neuer Mittel gilt es, immer wieder neue Anpassungen zu machen, um so einen bestmöglichen Schutz der Bewohner zu gewährleisten.

Im Gegensatz zu den ersten Erkenntnissen haben sich die Schulen als Infektionsherd entpuppt. Hätte man nicht doch früher auf Homeschooling setzen müssen?

Auch zu dem Thema gibt es mehrere Studien, die zu unterschiedlichen Schlüssen kommen. Zunächst mussten wir davon ausgehen, dass die Schüler weniger ansteckend sind und das Virus auch weniger weitertragen. In den vergangenen Wochen haben wir dann aber festgestellt, dass es viele Infektionen in den Schulen gibt, vor allem in den höheren Klassen. Und wenn viele Kinder und Jugendliche sich infizieren, besteht natürlich auch das Risiko, dass sie die Infektion in die Familie eintragen. Ich bin aber der Meinung, dass die Gesellschaft dieses Risiko in Kauf nehmen muss, damit die Bildungschancen für die Jugend gewahrt bleiben. Ich glaube, die Erwachsenen sollten ihre Kontakte noch weiter einschränken, damit wir die Schulen so lan-

ge wie möglich offen halten können.

Vor zwei Wochen haben sich Forscher aus ganz Europa für strengere Regeln ausgesprochen und eine engere Abstimmung zwischen den Ländern gefordert. Wie sehen Sie diesen Appell?

Es spielt natürlich eine Rolle, ob die Maßnahmen in den einzelnen Ländern zeitlich versetzt sind oder nicht. Für Luxemburg ist es allerdings schwer sich anzupassen, weil die drei Nachbarländer jeweils andere Vorschriften haben. In den großen Ländern wie Deutschland und Frankreich gibt es zudem in den einzelnen Regionen unterschiedliche Regeln. Die Maßnahmen werden in Abhängigkeit zum Infektionsgeschehen verhängt. Das entscheidende Kriterium ist natürlich die Belastung des Gesundheitssystems. Anders als in Frankreich und in Belgien hatten wir auf dem Höhepunkt der zweiten Welle noch etwas Spielraum in den Krankenhäusern. Wir stoßen beim Personal zwar auch an unsere Grenzen, die Situation war aber nie so dramatisch wie in den Nachbarländern. Belgien und Frankreich hatten keine andere Wahl mehr, sie mussten einen rigorosen Lockdown verhängen. In Deutschland ist der Gesundheitssektor besser aufgestellt.

Wäre es nicht doch sinnvoller, auf europäischer Ebene enger zusammenzuarbeiten?

Auch wenn die Kompetenz für die Gesundheitspolitik in den einzelnen Ländern liegt, so sprechen wir uns doch ab. Als in Großbritannien die neue Virusvariante aufgetaucht ist, gab es eine enge Zusammenarbeit, die Reaktionen der einzelnen Länder waren abgesprochen. In der Theorie spricht sehr vieles für ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen die Pandemie. In der Praxis fehlt es aber ganz einfach an der erforderlichen Zeit, eine gemeinsame Vorgehensweise auszuarbeiten.

Die Kritik an der Regierung wird lauter. Kaum jemand versteht, wieso die Geschäfte vor Weihnachten auch sonntags öffnen durften. Einmal abgesehen vom Infektionsrisiko, hatten Sie die psychologische Wirkung dieser Aktion nicht unterschätzt?

Wir hatten den Andrang in den Supermärkten und den Weihnachtstrubel in der Tat unterschätzt. Ich verstehe durchaus,

dass diejenigen, die sich an die Vorschriften halten, wütend werden, wenn sie Bilder mit dicht gedrängten Menschen in den Einkaufsgalerien sehen. Ich war selbst erstaunt, wie viele Menschen unterwegs waren. Deshalb haben wir ziemlich schnell reagiert. Die Einkaufszentren müssen nun ein detailliertes Hygienekonzept vorlegen, damit sie die Besucherströme besser in den Griff bekommen.

Das Beispiel zeigt, dass man mit Mahnungen allein nicht weiterkommt. Die gestes barrières sind noch nicht zum Reflex geworden. Das ist auch der Grund, weshalb die Zwei-Personen-Regel oft als inkohärent kritisiert wird. Die zentrale Botschaft lautet, dass man zuhause bleiben, dass man Freunde und Verwandte nicht besuchen soll. Die Regel ist als Ausnahme für Personen gedacht, die sonst ganz allein wären. Jedes Mal, wenn wir eine Zahl ins Spiel bringen, knobeln viele Menschen, wie sie den Spielraum maximal ausreizen können. So ist es aber nicht gedacht. Es ist unendlich schwer, solche Regeln zu vermitteln. Die Vorschriften des Code de la route haben alle verinnerlicht, im Straßenverkehr stellt niemand Zahlenspiele an.

In den asiatischen Ländern und in China klappt es offensichtlich besser ...

Das mag sein. Doch der Preis ist enorm hoch. Länder wie China haben auf eine zentralisierte App zurückgegriffen. Das ist Big brother. In Hongkong gilt beispielsweise eine rigorose Quarantäne bei der Einreise. Die Betroffenen müssen sich alle paar Stunden melden, damit die Behörden kontrollieren können, dass sie das Zimmer nicht verlassen haben. Bei uns sind solche Maßnahmen undenkbar. Wenn wir einschneidende Maßnahmen ergreifen, müssen sie immer verhältnismäßig sein. Und genau hier liegt das Problem. Wir wissen nicht genau, zu welchen Erfolgen die eine oder die andere Vorschrift führen wird, es gibt kaum wissenschaftliche Untersuchungen dazu. Alles ist relativ, die Faktenlage ist noch wackelig. Erst wenn wir Bilanz ziehen, wird sich zeigen, welche Maßnahme welche Wirkung gehabt hat.

Seit vergangenem Montag wird geimpft. Damit ist die Pandemie aber noch längst nicht vorbei. Wie wollen Sie die Menschen bei der Stange halten, damit sie weiterhin

die Abstands- und Hygieneregeln respektieren?

Diese Problematik bereitet uns in der Tat Sorgen. Wir setzen auf Aufklärung und auf eine transparente Kommunikation. Zunächst müssen wir die Menschen motivieren, dass sie sich impfen lassen. Wir haben Podcasts in den sozialen Netzwerken lanciert, wo die Leute Fragen stellen können. Es gibt auch eine Reihe von Webinars für Mitarbeiter aus dem Gesundheitssektor. Das Interesse ist groß. Es ist wichtig, dass wir das Gesundheitspersonal mit an Bord bekommen. Es sind ja unter anderem die Ärzte und die Apotheker, an die sich die Menschen mit ihren Fragen wenden werden.

Noch eine persönliche Frage. Hätten Sie das Gesundheitsministerium im vergangenen Februar übernommen, wenn Sie gewusst hätten, was auf Sie zukommen würde?

Nein, wenn ich gewusst hätte, was kommt, hätte ich zu meinem Vorgänger gesagt: Etienne, Du bleibst! (*lacht*) Als neue Ressortleiterin in eine solche Krise hineinzustolpern, ist nicht einfach. Niemand konnte sich auch nur andeutungsweise vorstellen, was auf uns zukommen würde. Noch im Frühjahr hätte ich nicht gedacht, dass die Krise zu einem derartigen Dauerstress führen würde. Als die Zahlen zurückgingen, habe ich gehofft, das Schlimmste wäre vorbei. Doch auch in den Sommermonaten war nicht an Erholung zu denken. Zuerst stiegen die Neuinfektionen wieder an. Und dann mussten wir uns auch noch neu aufstellen und uns auf den Herbst und den Winter vorbereiten.

Hat die Wucht der zweiten Welle Sie überrascht?

Ja, ich glaube niemand hat damit gerechnet, dass die zweite Welle derart heftig ausfallen würde. Auch die meisten Wissenschaftler nicht. Ich war zudem überzeugt, dass wir nach den Vorbereitungsarbeiten vom Sommer gut aufgestellt wären. Zurzeit bereiten die möglichen Folgen der Feiertage mir große Sorgen. Die Maßnahmen vom November zeigten Wirkung, wir sind aber noch nicht da, wo wir hin wollen. Es wäre schrecklich, wenn die Situation im Januar wieder kippen würde. Ich hoffe, dass die durch den Impfstoff ausgelöste Euphorie zusammen mit den rückläufigen Zahlen nicht dazu führt, dass die

Santé

Menschen nachlässig werden.

In den Umfragen erreichen Sie Traumwerte. Wie empfinden Sie Ihr gutes Resultat?

Natürlich freue ich mich über mein gutes Abschneiden in den Umfragen. In dieser Krise müssen die Entscheidungen ungeheuer schnell getroffen werden, ich bin mir nie sicher, ob ich richtig liege

oder nicht. Wir arbeiten weiterhin auf Basis von Hypothesen, nichts ist wirklich sicher. Es gab von Anfang an Kritik an unserer Strategie. Irgendwie war nie etwas gut. Deshalb sehe ich in den Umfragen eine Art Bestätigung, dass ich in all den Monaten nicht alles falsch gemacht haben kann. Die guten Werte haben mich motiviert.

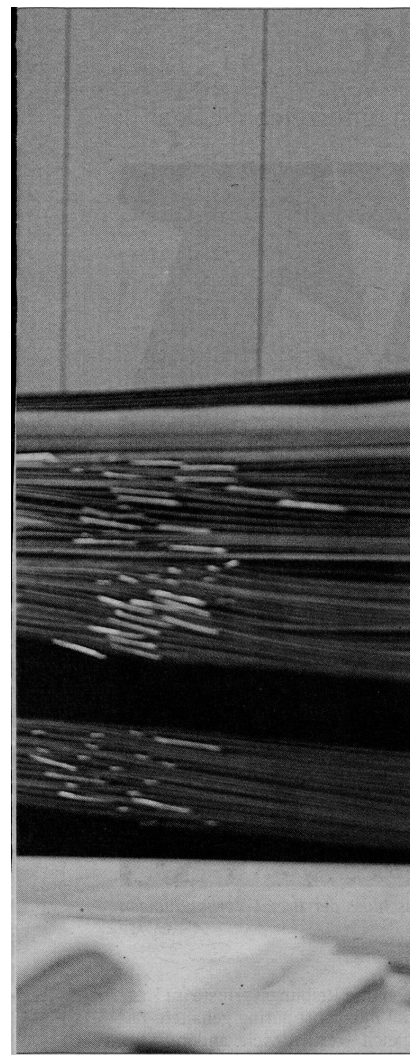
● *Es wäre
● schrecklich, wenn
die Situation im
Januar wieder
kippen würde.*

● *Wenn ich gewusst
● hätte, was kommt,
hätte ich zu
meinem Vorgänger
gesagt: Etienne, Du
bleibst!*



Gesundheitsministerin Paulette Lenert hofft, dass die Freude über den Impfstoff nicht dazu führt, dass die Menschen sich auf der sicheren Seite wähnen und deshalb in Bezug auf die Abstands- und Hygieneregeln nachlässig werden.

Foto: Anouk Antony



Leitartikel

Im Dornröschenschlaf

Von Michael Juchmes

*Weniger
Infektionen: ein
Trend – oder
doch die Ruhe
vor dem
Sturm?*

Das Jahr 2020 endet so, wie es sich vor 366 Tagen wohl niemand vorgestellt hat. Ein zweiter Lockdown sorgt dafür, dass landein, landab eine Ruhe einkehrt, nach denen sich in anderen Zeiten viele sehnten, die in diesem Schicksalsjahr jedoch zum täglichen Brot geworden ist. Das Parlament beschloss noch an Heiligabend – ein Tag, den wohl auch die meisten Abgeordneten üblicherweise im Kreise ihrer Liebsten verbringen – das nun mittlerweile siebte Covid-Gesetz, das Maßnahmen zur Folge hat, die das Leben aller Bewohner zusätzlich einschränken.

Die erneute Schließung des Einzelhandels wird für gedrückte Stimmung unter den Betroffenen sorgen – schließlich florierte auch nach dem Weihnachtsfest in der Regel das Geschäft immer prächtig. Gleiches gilt für den arg gebeutelten Horesca-Sektor, der in dieser sonst so gewinnbringenden Zeit mit Take-away- und Lieferangeboten nur einen Bruchteil dessen umsetzt, was sonst üblich ist. Dass diese Wirtschaftsbereiche weiterhin unterstützt werden müssen, steht außer Frage.

Das neue Covid-Gesetz, für das neben den Regierungsparteien auch die CSV stimmte, er-

füllt trotzdem seinen Zweck:

Kontakte können so weiter eingeschränkt, Infektionen weiter vermieden werden. Die Entlastung des Gesundheitssektors muss oberste Priorität haben: Davon können alle profitieren – vor allem diejenigen, die es trotz aller Schutzmaßnahmen trifft.

Lediglich die um zwei Stunden verlängerte Ausgangssperre sorgt bei der größten Oppositionspartei für wenig Begeisterung. Deren Sinn und Zweck erschließt sich auch nicht jedem. Wer aber mit der in den vergangenen Tagen sinkenden Infektionskurve argumentiert, sollte vorsichtig sein. Sie könnte einen Trend darstellen – oder auch nur die große Ruhe vor dem Sturm. Politiker, wie etwa der österreichische Bundeskanzler Kurz, warnen nachdrücklich vor einer dritten Welle, die die Gesundheitssysteme aller Länder ins Wanken bringen könnte. Viele hatten an den Festtagen mehr Kontakte als zuvor, einige feierten auch ausgelassener als erlaubt. Gleiches ist für die baldige Silvesternacht zu befürchten – die Partynacht des Jahres.

Ein ruhiger, wenn nicht gar besinnlicher Jahreswechsel stellt schließlich auch eine Chance dar: Es bleibt Zeit, um in sich zu gehen, neue Pläne zu schmieden, vergessene Projekte zu beenden oder einfach nur, um Kraft für die kommenden Monate zu tanken, in denen uns das Virus weiterhin auf Trab halten wird. Zwar ist mit dem Impfstoff, der am Samstag in Luxemburg eintraf und ab heute zum Einsatz kommt, ein Hoffnungsschimmer am Horizont auszumachen. Besiegt ist das Virus jedoch noch nicht. Der erste Schritt in Richtung Zukunft ist getan – die nächsten können nur gemeinsam zurückgelegt werden.

Wie schon Großherzog Henri in seiner Weihnachtsansprache bemerkte: Das Jahr 2020 war eine echte Herausforderung. 2021 wird es ebenfalls werden. Für die Wirtschaft, für die Gesellschaft und für jeden einzelnen. Bis „die Maschine“ wieder richtig anläuft, bleibt das Land vorerst im Dornröschenschlaf – ein Schlaf, aus dem die Prinzessin im Märchen übrigens wie neugeboren erwachte.

Impfmarathon ist angelaufen

CORONAVIRUS Neben Luxemburg hat auch Belgien erste Dosen verteilt

Eric Hamus, AFP,
dpa, Reuters

Nach ersten Impfungen am Wochenende in Frankreich, Italien und Deutschland hat inzwischen auch Luxemburg damit angefangen, seine Bevölkerung gegen die Lungenkrankheit Covid-19 zu schützen. Die ersten zwei Empfänger des Impfstoffes von Biontech/Pfizer waren gestern die Krankenpfleger Catarina Fernandes und Kevin Nazza-ro. Positiv wird indessen die bisherige Beteiligungsrate bewertet, wie im Rest der EU auch.

Neben dem Großherzogtum (siehe S. 4 und 5) hat gestern unter anderem auch Belgien damit angefangen, seine Bevölkerung mit Comirnaty gegen das neuartige Coronavirus zu impfen. Die 101 Jahre alte Pflegeheimbewohnerin Lucie Danjouin sei die erste Person gewesen, die in der Region Brüssel das Mittel der Hersteller Biontech und Pfizer bekommen habe, meldete die Nachrichtenagentur Belga. Anschließend seien vier weitere Bewohner des Heims an der Reihe gewesen.

Die EU-Kommission hatte für alle Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Impfstart zwischen dem 27. und 29. Dezember angekündigt. Auch der Impfstoff Comirnaty wurde gemeinsam für alle 27 Staaten geordert. Wie in Luxemburg läuft aber auch in Belgien eine Debatte zum Umgang mit der Tatsache, dass am Anfang nur wenig Vakzin zur Verfügung steht.

Die Verteilung von zunächst 200 Millionen Dosen des Corona-Impfstoffes des Mainzer Unternehmens Biontech und seines US-Partners Pfizer soll in der Europäischen Union bis September abgeschlossen sein. Dies teilt ein Sprecher der EU-Kommission der Nachrichtenagentur Reuters per E-Mail mit. Zudem seien Gespräche über die Lief-

erung von 100 Millionen zusätzlicher Dosen im Gange, für die es in dem Vertrag zwischen der EU und den beiden Unternehmen eine Option gebe.

„Ein komplexes Netzwerk“

Der deutsche Hersteller Biontech verfügt nach eigenen Angaben über ein „komplexes Netzwerk an Produktionskapazitäten in Europa“. Neben der Herstellung des Ausgangsstoffes im eigenen Werk in Mainz liefen Teile der Produktion beispielsweise auch bei Partnerunternehmen wie Dermapharm in der Nähe von Halle in Sachsen-Anhalt und Polymun bei Wien, sagte eine Unternehmenssprecherin gestern. Außerdem wird Comirnaty teilweise auch im Werk des US-Partners Pfizer im belgischen Puurs produziert und schließlich abgefüllt. Hinzu komme das Pfizer-Netzwerk in den USA. Biontech-Chef Ugur Sahin hatte in der vergangenen Woche erklärt, sein Unternehmen suche nach weiteren Partnern für die Produktion.

In dem Werk im hessischen Marburg, das Biontech vor wenigen Wochen vom Schweizer Pharmariesen Novartis übernommen hat, soll die Produktion indessen im Februar anlaufen. Die Freigabe des ersten dort pro-

duzierten Impfstoffs peilt das Unternehmen nach eigenen Angaben für Ende März an. Zwischen Produktion und Freigabe des kontrollierten Vakzins vergehen üblicherweise etwa vier Wochen. Im ersten Halbjahr 2021 sollen in dem Werk 250 Millionen Impfdosen hergestellt werden. Als Gesamtmenge einer Jahresproduktion strebt das Mainzer Unternehmen 750 Millionen Dosen an.

In jedem Fläschchen des Impfstoffes ist laut Biontech eine Menge für rechnerisch bis zu sechs Dosen enthalten. Jede

Dosis müsse 0,3 Milliliter des Impfstoffes enthalten. Um auf die maximal mögliche Menge von sechs Dosen pro Fläschchen zu kommen, sind aber spezielle Spritzen und Nadeln notwendig. Da diese aber nicht überall auf der Welt zur Verfügung stünden, seien die Flaschen für lediglich fünf Dosen vorgesehen und als solche beispielsweise von der EU zugelassen worden, teilte das Unternehmen mit. In Deutschland dürfen allerdings auch sechs Dosen aus einem Fläschchen entnommen werden. Überschüssiger Impfstoff aus mehreren Durchstechflaschen darf aber nicht zu einer Dosis vereint werden.

Logistische Probleme in acht Ländern

Wegen logistischer Probleme ist es gestern aber auch zu einigen Problemen bei der Lieferung gekommen. So muss sich Spanien beispielsweise noch etwas gedulden: Die für gestern geplante zweite Lieferung von 350.000 Impfstoffdosen verzögert sich nach Angaben der Regierung in Madrid wegen logistischer Probleme beim Hersteller in Belgien um einen Tag.

„Es scheint sich um ein Problem bei der Kontrolle der Temperatur zu handeln“, zitierten spanische Medien übereinstimmend aus einer Mitteilung von Gesundheitsminister Salvador Illa. Das Präparat von Biontech und Pfizer muss bei längerer Lagerung auf minus 70 Grad gekühlt werden. Sieben weitere europäische Länder seien von der Verzögerung betroffen. Welche das seien, wurde aber nicht mitgeteilt. Das Problem in Belgien sei inzwischen behoben und die zweite Charge des Impfstoffes sollte ab heute wieder zur Verfügung stehen, versicherte Illa.

Wie in allen EU-Ländern hatte auch in Spanien am Sonntag die Impfkampagne gegen Covid-19

eher symbolisch begonnen. Dabei kamen zunächst nur 9.750 Impfdosen zum Einsatz, die Spanien am Tag zuvor erhalten hatte. Die erste Spanierin, die geimpft wurde, war die 96-jährige Araceli Hidalgo in Guadalajara.

Spanische Behörden planen indessen ein Register mit den Namen von Menschen, die das Angebot einer Impfung gegen das neuartige Coronavirus abgelehnt haben. Das Register sei nicht öffentlich zugänglich, werde aber an andere europäische Länder weitergegeben, sagte Gesundheitsminister Illa. Die Behörden würden „mit dem allergrößten Respekt für den Datenschutz“ vorgehen. Er betonte erneut, dass keine Impfpflicht in dem süd-europäischen Land eingeführt werde.

Falschinformationen in Russland

In der deutschen Regierung mehrten sich indessen die Warnungen vor Privilegien für Menschen mit Corona-Impfung. „Gegen die Pandemie kämpfen wir gemeinsam – und wir werden sie

nur gemeinsam überwinden“, sagte der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn. Eine beschleunigte Herstellung des Impfstoffs etwa durch Lizenzproduktion bewertete Spahn zurückhaltend. „Viele warten solidarisch, damit einige als Erste geimpft werden können. Und die Noch-nicht-Geimpften erwarten umgekehrt, dass sich die Geimpften solidarisch gedulden.“ Es sei diese gegenseitige Rücksicht, die das Land zusammenhalte.

Spahn warnte vor zu hohen Erwartungen an das Tempo bei der Impfstoff-Produktion. Er wunderte sich über den Eindruck, dass die Produktion in drei oder vier Wochen „beliebig hochgefahren“ werden könne, sagte er im ZDF-Morgenmagazin. Diese sei so ziemlich das Komplexeste und Anspruchsvollste im Bereich der Arzneimittel. Er werde aber zusammen mit Biontech daran gearbeitet, dass im Februar oder März im hessischen Marburg zusätzlich produziert werden könne.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat währenddessen den staatlich kontrollierten russischen Medien die Verbreitung von Falschinformationen

über westliche Impfstoffe vorgeworfen. Dies geschehe offenbar gezielt in solchen Ländern, wo Russlands eigener Impfstoff verkauft werden solle, schrieb Borrell in einem Blog-Posting.

Eine Zulassung des Covid-19-Impfstoffs der Universität Oxford und des Pharmakonzerns AstraZeneca steht indessen noch aus. Eine positive Bewertung und Zulassung könnte nach Ansicht eines Regierungsvertreters die Aufhebung der Corona-Beschränkungen in Großbritannien beschleunigen. „Wenn wir die Genehmigung für diesen Impfstoff erhalten und die Einführung nach Plan verläuft, dann werden wir in der Lage sein, schrittweise einige der Einschränkungen aufzuheben, die das Leben für so viele Menschen so schwierig gemacht haben“, sagt Kabinettsminister Michael Gove. Denn dann gebe es eine „signifikante Erhöhung“ des verfügbaren Impfstoffs.

Einem Bericht des *Sunday Telegraph* zufolge wird in den kommenden Tagen grünes Licht von den Behörden für den Impfstoff erwartet.

Corona-Impfstoff ist in Luxemburg angekommen

COVID-19 Premierminister Xavier Bettel war vor Ort

Cédric Feyereisen

Die ersten Corona-Impfdosen sind in Luxemburg angekommen. Die Impfkampagne wird heute beginnen.

Luxemburg ist bereit, um zu impfen. Am Samstag wurden die ersten Dosen des Impfstoffs von BioNTech/Pfizer an das Großherzogtum geliefert. Das schreibt das Staatsministerium am Samstagnachmittag in einer Pressemitteilung. Premierminister Xavier Bettel war vor Ort.

Rund 9.700 Impfdosen gibt es fürs Erste. Da jede Person zweimal geimpft werden muss, könnten mit dieser ersten Lieferung rund 4.850 Menschen gegen das Coronavirus geimpft werden. Wann weitere Lieferungen im Januar kommen, ist derzeit noch unklar. Das teilte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) am Donnerstag in einer Antwort auf eine parlamentarische Frage von Claude Wiseler (CSV) mit.

Heute soll es mit der Impfkampagne im Testzentrum in Luxemburg-Stadt losgehen. Drei Tage wird der Standort dann geöffnet sein. Am ersten und

zweiten soll das als prioritär eingestufte Krankenhauspersonal geimpft werden, am dritten dann das Personal der Alters- und Pflegeheime. Danach plant die Regierung, das Impfzentrum auf

dem Limpertsberg am 18. Januar wieder zu öffnen. Dann sollen die Personen, die heute, morgen und übermorgen die erste Dosis bekommen, zum zweiten Mal geimpft werden.



Premierminister Xavier Bettel war bei der Lieferung des Impfstoffes dabei

Ein „Elder Statesman“ blickt zurück und in die Zukunft

„Es ist einfach, die Monarchie zu kritisieren“

Jean-Claude Juncker nimmt Stellung zu aktuellen politischen Fragen in Luxemburg, Europa und der Welt.

Interview: Wolf von Leipzig

Wie sieht Ihr privater „Unruhestand“ gut ein Jahr nach dem Abschied von der aktiven Politik aus?

Ein richtiger Ruhestand war das nicht. Es war ein tausend Mal unterbrochener Ruhestand – ergo: kein Ruhestand. Ich mache verschiedene Dinge, ich bin ein, zwei Tage pro Woche in Brüssel, weil ich noch ein Büro im Gebäude der Kommission habe. Frau von der Leyen sitzt im 13. Stock, ich auf dem achten. Ich sage immer, ich bin wie Ratzinger in den vatikanischen Gärten – ich bin ihr Ratzinger. Das mag sie sehr, und das gibt uns die Möglichkeit, uns von Zeit zu Zeit auszutauschen, was sehr nützlich ist für uns beide. Ich mache viele Telefonkonferenzen und habe mich jetzt einweisen lassen in alle diese neuen Kommunikationsformen. Ich leide allerdings sehr unter der Tatsache, dass ich Menschen nicht mehr begegnen kann wie früher, weil ich Menschen gerne anfasse – nicht alle, aber viele. Man hat sich ja darüber in der Vergangenheit oft mokiert. Ich umarme die Hälfte der Menschheit, die andere Hälfte umarmt mich, was im Schnitt 100 Prozent Umarmungen ergibt. Aber ich brems das, je nachdem, wer mir da gegenübertritt. Zur Zeit habe ich ja keinen direkten Kontakt mit Menschen und ich leide sehr darunter.

Als Sie 2014 Präsident der Europäischen Kommission wurden, sind Sie mit dem Anspruch angetreten, einer „politischen“ Kommission vorzusitzen. Haben Sie dieses Ziel erreicht?

Die je nach Gefechtslage 27 oder 28 Staats- und Regierungschefs haben das ja nicht so sehr gemocht, als ich sagte, meine Kommission werde eine politische Kommission sein, welche die Politik aktiv mitgestalten würde, sollte, müsste. Das hat die EU-Regie-

rungschefs in ihrer Bequemlichkeit einigermaßen gestört. Doch das wurde dann letztlich akzeptiert, denn ich war ja Spitzenkandidat für die Wahl 2014 und habe Wahlkampf geführt mehr gemeinsam als gegen meinen Freund Martin Schulz. Ich habe dann auch versucht, diese Punkte zu den Prioritäten des Arbeitsprogramms der Kommission zu machen. Ein Kommissionspräsident ist auch ein „Melodienübersetzer“. Das muss man schon in sich tragen. Da ist es einfacher, wenn man über langjährige Erfahrung mit allen Mitgliedstaaten verfügt. Es darf für den Kommissionspräsidenten keine Geheimnisse in Europa geben. Entdeckungen, über die geredet wird, dürfen für einen Kommissionspräsidenten nie Entdeckungen sein, sondern die Bestätigung eines vorher gefassten Gefühlsensembles.

Lassen Sie uns auf Luxemburg zu sprechen kommen: Hat die Regierung im Umgang mit der Corona-Krise alles richtig gemacht?

Ich untersage es mir bewusst, meinen Nachfolger zu kritisieren, das ist zu einfach, weil man nicht über die Fülle von Information verfügt, die nötig ist, um Entscheidungen wissenschaftsbasiert fällen zu können. Ich rede nicht schlecht über meinen Vorgänger und auch nicht über meinen Nachfolger. Anders als die Europäische Union, die sehr schwach auf den Ausbruch der Pandemie reagiert hat, unter anderem auch deshalb, weil die Europäische Union in Sachen öffentliche Gesundheit keine Zuständigkeit hat, finde ich, dass die Regierung besser reagiert hat. Ich muss zugleich feststellen, und dafür bringe ich einiges an Verständnis auf, dass der Eindruck, den viele Luxemburger haben, wie ich in vielerlei Gesprächen immer wieder merke, sich eigentlich in einem Mangel an Überblick ausdrückt. Niemand weiß mehr genau, was Sache ist. Dieses diffuse Nicht-Wissen-Gefühl

– das es auch in anderen Ländern gibt – ist in Luxemburg besonders ausgeprägt, weil wir vom deutschen, französischen und belgischen Fernsehen so berieselt werden, dass wir nicht mehr genau wissen, was denn jetzt in Luxemburg gilt. Also eine etwas klarere Kommunikation wäre notwendig gewesen. Und auf Pressekonferenzen, die keinen Informationszugewinn haben, sollte man besser verzichten. Doch habe ich keinen Anlass, die Regierungen nun in Grund und Boden zu verdammern, weil ich weiß – die jetzigen Regierungen entdecken das jetzt – wie schwierig das „Geschäft“ im Ernstfall sein kann.

Luxemburgs Staatsverschuldung ist in den vergangenen Jahren steil nach oben gezogen und liegt heute bei rund 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Allein das Budget 2021 sieht eine Neuverschuldung in Höhe von

ein Staatsverständnis an den Tag legt, das in unsere Zeit passt. Ich halte auch viele Kritik an der Großherzogin für überzogen. Dass der Großherzog und die Großherzogin sich einpassen müssen an die Atmosphärenvielfalt unserer Zeit, ist absolut notwendig und das tun sie. Es ist einfach, die Monarchie zu kritisieren. Ich hätte mir in mancher Hinsicht ein Handeln ohne öffentliche Begleitmusik erwünscht.

Fage-Joghurtfabrik, Google-Datenzentrum ... Ist klassische Industriepolitik noch zeitgemäß? Oder ist Luxemburgs Zukunft postindustriell – Stichwort Weltrauminitiative?

Ich halte die luxemburgische Wirtschaftspolitik – unabhängig von den handelnden Personen – insgesamt für erfolgreich. Wir mussten von einer Überkonzentrierung auf die Stahlindustrie überwechseln auf ein Wirtschaftsge-

Vie politique

füge, das eher dienstleistungsgetrieben war. Das ist uns gelungen, trotz vieler Widerstände im Ausland und manchmal auch im Inland – Stichwort Banken und Bankgeheimnis – ein inzwischen geregeltes Problem, was ich gerne früher geregelt hätte, aber die politischen Grundvoraussetzungen dafür haben in Luxemburg nie gestimmt. Luxemburg kann auf Industrie nicht verzichten. Diese Vorstellung, dass man ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort ohne einen soliden Industriepfeiler sein kann, ist eine irriige Auffassung. Aber in Luxemburg, wie auch sonst wo, muss das um ergänzende Elemente erweitert werden: nicht nur Finanzplatz, aber auch Finanzplatz. Die Frage dieser Joghurt-Fabrik in Bettemburg ist mir im Detail nicht bekannt, aber ich habe das sehr bedauert, dass sich der Entscheidungsprozess so lange hingezogen hatte. Das ist von Bösem. Wer die Zukunft erobern möchte, darf nicht zu lange in den Startlöchern verharren. Unabhängig davon, dass ich kein Werturteil über diese Investition abgeben möchte, hat das hat einfach zu lange gedauert. Ähnliches trifft auf die Google-Investition in Bissen zu. Also schneller zu entscheiden wäre angebracht. Aber das ist immer ein Problem in Luxemburg gewesen, auch in meiner Zeit als Premierminister, das ich nicht abstellen konnte. Diversifikationspolitik ist das Weichteil Luxemburgs.

Stichwort Europa: Grenzsicherungen, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit: Ist die Corona-Pandemie Auslöser oder nur ein Symptom mangelnden Zusammenhalts?

Der Schengen-Raum geriet in den Anfangsmonaten der Corona-Pandemie unter Druck, weil die Europäische Union über keine strikte und abgerundete Zuständigkeit in Gesundheitsfragen verfügt. Die Grenzsicherungen habe ich als sehr deprimierend empfunden. Dass man sich wegen mangelnder EU-Kompetenz plötzlich wieder auf den einzigen, den die Regierung bekannten Referenzrahmen bezogen hat – und das ist nun mal der nationale Grenzraum – ist ein Rückschritt. Dies hat im Übrigen gezeigt, dass, wenn die EU-Mitgliedsstaaten allein mit einer substanziellen Krise konfrontiert sind und sich nicht in eine gemeinsame europäische Vorgehensweise eingebunden wissen, dann entdeckt sich der Nationalstaat plötzlich vermeintlich positiv wieder. Doch im Endeffekt tritt er mit negativen Konsequenzen in Erscheinung. All dies ist jetzt zu Recht korrigiert worden. Doch

dass Deutschland seine Grenzen zu Luxemburg schloss und Grenzgänger vor unendlichen Problemen standen, um zu ihrem Arbeitsort zu gelangen, dass sich Luxemburger plötzlich im „gemeinsamen Dorf“ nicht mehr frei bewegen durften – denn das ist es ja, was die Grenzregion eigentlich ausmacht, dass Deutschland Luxemburg ohne erkennbaren Grund die kalte Schulter gezeigt hat, weil man in Berlin nicht weiß, wie die Großregion Luxemburg, Saarland, Rheinland-Pfalz funktioniert, zeigt, dass im Normal- wie im Krisenfall eine europäische Vorgehensweise angesagt ist und man Abstand halten muss zu manchmal sich primitiv äußernden nationalen Alleingängen.

Ist nicht mehr erfordert, um von diesen nationalen Egoismen wegzukommen?

Diese nationalen Egoismen sind ja unterschiedlich in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Ich stelle in Luxemburg keine Hinwendung zu rein nationalen Umgangsformen mit europäischen Krisenerscheinungen fest. Die Luxemburger sind europäischer als sie selbst wissen und zugeben. Auch sie werden manchmal von populistischen Wallungen, wie es sie in den Nachbarländern auch gibt, erfasst und hätten manchmal auch Lust, sich in dieser nationalen „Versoffenheit“ zu verlaufen. Aber das ist kein ausgeprägtes Phänomen in Luxemburg, denn Luxemburger wissen, dass wir in Europa reaktionsstärker sind, als auf uns allein gestellt. Der Populismus, den man in Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien und sonst wo feststellt, hinterlässt natürlich auch in großherzoglichen Gefilden Spuren. Doch die Luxemburger sind, trotz allem unbefriedigenden Umgang mit den vielfältigen Problemen, die Europa mit sich bringt, europäisch sehr geerdet. Sie wissen auch, dass der vereinfachende, immer nur Fragen, aber nie Antwort gebende Populismus, der in den Nachbarländern um sich greift und dann dort zu nationalem Reaktionsgebaren führt, dass dies sich nicht zum Vorteil Luxemburgs auswirken wird.

Lassen Sie uns auch von Europa auf internationaler Ebene reden: Sie haben jüngst gesagt, „Europa ist eine Weltmacht, ohne es zu wissen“. Wie meinten Sie das?

Europäische Machtpolitik – ein Ausdruck, den ich nicht so sehr mag, aber mir wird diese Frage immer wieder gestellt – besteht aus mehreren Tei-

len: Da gibt es so etwas wie „sanfte“ Diplomatie, indem man immer wieder versucht, mit diplomatischem Geschick und gut dosierter diplomatischer Rücksichtnahme die Dinge sich nicht so verfestigen zu lassen, dass sie plötzlich in der Logik des Krieges landen, was immer wieder passiert. Es gibt 60 Kriege in der Welt, keiner davon findet zwischen EU-Ländern statt, was vorher nicht so sehr der Fall war. Dann brauchen wir europäische Glaubwürdigkeit, auch im Kern. Wir können anderen Ländern der Welt, die demokratiepolitisch betrachtet und vom Gesichtspunkt der Menschenrechte nicht so entwickelt sind wie die Europäische Union, nicht belehrend und zurechtweisend entgegenreten, wenn wir unser eigenes Haus nicht in Ordnung bringen. Der Umgang mit dem Rechtsstaat in Polen, Ungarn und manchmal auch anderen Ländern ist nicht so, als dass wir ohne zu erröten den anderen Ländern belehrend entgegenreten können. Ergo ist es wichtig, die Haushaltsmittel an den Respekt des Rechtsstaates zu binden. Das geschieht zur Zeit nicht so intensiv, wie ich das gerne hätte, aber immerhin gibt es diese Bindung zwischen dem Rechtsstaat und den Haushaltsmitteln, jedenfalls in ausgeprägterer Form als das vormalig der Fall war. Dann kommt hinzu, dass wir deutlich machen müssen, dass die USA aufgehört haben, ohne Wenn und Aber die Schutzmacht Europas zu sein. Wir müssen für unsere eigene Sicherheit selbst sorgen – nicht im Gegensatz zu dem, was in der Nato passiert, nicht in Gegnerschaft zu den USA, aber indem wir uns besser aufstellen.

Wie steht es um das Verhältnis zu den beiden anderen Mächten: Russland und China?

Wir brauchen im Umgang mit China eine klare Sprache. Die Tatsache, dass jetzt Biden das Zepter in Washington übernimmt, wird nicht dazu beitragen, dass sich fundamental etwas an der amerikanischen China-Politik ändert. Unser Hauptpartner sind die USA, aber China spielt eine zunehmende Rolle und das ist für die Europäer ein schwierig zu gestaltender Prozess, weil viele Menschenrechtsfragen im Zusammenhang mit China trotzdem der vertieften Erörterung bedürfen, was die Europäer auch regelmäßig tun. Aber die Ergebnisse sind nicht so, wie wir blauäugig vor 20 Jahren dachten. Vor 20 Jahren hat man immer wieder lesen können – und dann wurde auch in Re-

gierungskreisen immer als Erkenntnis propagiert – wenn die chinesische Wirtschaft sich öffnet und weiter wächst, dass dies dann auch zu einer inneren Liberalisierung Chinas beitragen würde. Diese Hoffnung wurde nicht von Tatsachen begleitet.

Wie soll Europa, ja der Westen, mit Russland und Putins „gelenkter Demokratie“ umgehen?

Ich weiß noch, nach dem vielfältigen, enormen und stürmischen Wechsel in Ost- und Mitteleuropa, dass wir dachten, nachdem das Ende des Kalten Krieges dekretiert worden war, dass wir jetzt in vollen Zügen von der Friedensdividende profitieren können. Das war auch eine Zeitlang so, aber dann hat sich das Verhältnis Russland – Gleiches gilt für die Türkei, aber in einem anderen Zusammenhang – plötzlich wieder vom europäischen Wertekanon entfernt: Stichwort Krim, Stichwort Ostukraine. Aber ich bleibe bei der Auffassung, dass es keine europäische Sicherheitsstrategie geben kann und auch keine europäische Sicherheitsarchitektur geben wird ohne ein besseres Verständnis

zwischen dem gewaltigen russischen Kontinentalreich und der kleinen Europäischen Union. Daran habe ich mit Präsident Putin all die Jahre gearbeitet, und der Erfolg ist nicht so, wie ich ihn mir erwünscht hätte. Nun mache ich mir über Russland keine Illusion, ich habe so viele Stunden, Tage und Nächte mit Putin in deutscher Sprache gesprochen. Ich habe stundenlang – wir brauchten keinen Dolmetscher – im australischen Brisbane, in Moskau und St. Petersburg und sonst wo mit ihm diskutiert, debattiert und mit ihm gestritten, sodass ich über seine eigentliche Sicht der Dinge mir auch keine Illusionen mache.

Was ist in Ihren Augen die größte globale Herausforderung im kommenden Jahrzehnt?

Gefordert ist eine internationale Mitmenschlichkeit. Ich glaube, dass woran es in der Welt und auch im internationalen Politikbetrieb fehlt, ist das Wissen übereinander. Das ist wohl wahr für Europa. Was wissen wir denn über die Menschen im Norden Finnlands, und was wissen die nordfinni-

schen Lappen über die Verhältnisse in Südsizilien? – Nichts. Wir müssen also behutsam europäische Dinge in sanfte Hände nehmen, damit wir nicht wieder böse Geister wecken. Und weltweit braucht es ein Mehr an geteilter Solidarität, eigentlich, um diesmal den noblen Ideen der katholischen Soziallehre zu folgen, eine geteilte Zärtlichkeit und mehr Menschlichkeit. Sich vorzustellen, Europa und überhaupt die Welt, könne zu innerem Frieden finden, wenn wir die Probleme Afrikas nicht mit gemeinsamen, sich auf gleicher Augenhöhe abspielenden Anstrengungen mit den Afrikanern zum Besseren wenden, ist eine ahistorische Sicht der Dinge. Wir haben Afrika gegenüber eine große Bringschuld als Westen. Ich sehe schon, dass es mehr Mitmenschlichkeit braucht und die muss auch die Staatskanzleien ereilen. Das ist kein vornehmer Gedanke für die individuellen Aktivisten der Nächstenliebe, das ist ein Staatsauftrag. Internationale Mitmenschlichkeit gehört zur modernen Staatsraison!

„Routine gibt es keine“

Das Jahr 2020 wird als Jahr der Corona-Pandemie in die Weltgeschichte eingehen. Im Interview erklärt Premierminister Xavier Bettel, wie er das Jahr gesehen hat, welche Schwierigkeiten es zu meistern gilt und was er sich für 2021 wünscht. Das Gespräch fand fünf Tage vor einer weiteren Entscheidung des Regierungsrats über einen neuen Lockdown statt.*

Interview: Stefan Kunzmann, Hubert Morang

Fotos: Philippe Reuter (3), Julien Garroy,

Hervé Montaigu (beide Editpress)

Haben Sie eigentlich schon mal gezählt, wie viele Pressekonferenzen Sie zusammen mit Gesundheitsministerin Paulette Lenert abgehalten haben?

Nein. Sie etwa? Es waren sicherlich viele, weil es wichtig ist, die Öffentlichkeit jedes Mal über den neuesten Stand der Dinge und die Entscheidungen des Regierungsrats zu informieren. Da ich mich als Teamplayer verstehe und die Thematik Auswirkungen auf viele andere Bereiche hat, erscheint es mir auch wichtig, die Pressekonferenzen zusammen mit Paulette Lenert zu machen.

Sie funktionieren als eingespieltes Team. Gibt es inzwischen schon so eine Art Krisenroutine?

In einer Krise bekommt man nie eine Routine. Vor allem nicht in dieser, weil wir das Virus noch nicht gut genug kennen. Es kommen immer wieder neue Erkenntnisse hinzu. Ich verstehe zwar, wenn viele davon genug haben und eine Art Pandemiemüdigkeit eingetreten ist, aber man darf nicht in eine Routine verfallen, sondern immer wieder neue Anstrengungen unternehmen, um die Menschen an den Ernst der Lage zu erinnern. Routine gibt es jedenfalls keine.

Hätten Sie im Januar, als die Covid-Nachrichten aus China zu uns herüberschwappten, jemals daran gedacht, dass Luxemburg zwei Monate später einen Lockdown haben würde?

Nein, damals wurde gesagt, das geschieht dort. Mit den Nachrichten kam es dann aber auch zu uns. Als es aber die ersten Fälle in Europa und auch in Luxemburg gab, haben wir auch schnell reagiert. Schließlich handelt es sich nicht um eine geografisch begrenzte Krise, sondern um eine Weltkrise. Aber dass wir noch im Dezember so sehr unter ihr leiden würden, hatten wir im Januar sicherlich nicht erwartet.

Es hieß immer, dass Luxemburg zum Beispiel in Sachen Schutzkleidung und Masken gut aufgestellt war. Wie schnell reagierte die Regierung und wann war der Zeitpunkt gekommen, in dem es galt, aktiv zu werden?

Schon als die ersten Fälle in China auftraten, hatte ich den „Haut Commissaire“ à la protection nationale“ mit einer Analyse beauftragt für den Fall, dass das Virus in Luxemburg auftreten würde. Es ging darum, rasch zu reagieren. Wir waren also nicht unvorbereitet. Es gelang uns schnell, das nötige Material zu besorgen. Aber Material ist nicht alles. Es geht vor allem auch ums Personal. Wenn Frau Lenert sagt, dass 600 Beschäftigte im Gesundheitssektor momentan nicht arbeiten können, weil sie sich in Quarantäne befinden, dann fehlen uns diese Leute. Es heißt zwar immer, wenn wir nur 48 von 110 bis 120 Intensivbetten nicht belegt haben, gebe es noch genügend Spielraum. Aber das Personal kriegen wir nicht so leicht ersetzt. Das ist nicht materialbedingt, sondern menschlich.

Wie ist die im internationalen Vergleich ziemlich einmalige Situation, dass rund zwei Drittel der Pflege von Grenzgängern erledigt wird? Die Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen fühlten sich lange Zeit nicht genügend angehört.

Das Ziel müsste sein, mehr als 50 Prozent des Personals des Gesundheitsbereichs aus dem eigenen Land zu haben. Sie wissen, dass wir bereits mit der Anil, der Vereinigung der Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, zusammengekommen sind. Im Januar wird es eine Versammlung mit Frau Lenert sowie mit den Ministern Cahen, Meisch, Gramegna und Schneider geben, um unter anderem darüber zu sprechen, wie wir die Pflegeberufe attraktiver gestalten und neue Pisten in der Berufsbildung eröffnen können. Dabei geht es auch um die Alten- und Pflegeheime.

Kommt es dann zu einer teilweisen Reform des Gesundheitswesens?

Der Gesundheitstisch ist eines. Ich spreche hier

Vie politique

davon, was wir bei den Krankenpflegern und auch bei den Ärzten verbessern können. Die meisten studieren Medizin im Ausland. Für sie muss man Anreize schaffen, nach Luxemburg zurückzukommen. Zusammen mit der Anil und der Ärztevereinigung AMMD haben wir also ein gemeinsames Ziel. Die Frage ist, wie wir es fertigbringen können, ein Gesundheitssystem zu haben, das weder materiell Probleme hat noch personalmäßig defizitär ist und auf ein Reservoir aus dem Ausland zurückgreifen muss.

Die Anti-Corona-Maßnahmen während des Lockdowns waren hierzulande weniger streng als in vielen anderen Ländern Europas. Auch jetzt kann man eher von einem Teil-Lockdown sprechen. Müsste es in Luxemburg angesichts der Infektionszahlen und Todesfälle nicht auch einen harten Lockdown geben?

Ich kann nichts ausschließen. Momentan (16. Dezember, Anm. d. Red.) gehen die Zahlen wieder zurück. Aber es stellt sich die Frage, wie schnell die Zahlen zurückgehen. Sie müssten schneller sinken. In den nächsten Tagen muss eine erneute Bilanz gezogen werden. Wir müssen also ständig antizipieren und reagieren. Es gibt so viele Faktoren, die mitentscheidend sind, ob zum Beispiel mehr jüngere Menschen angesteckt werden als ältere, aber auch, wie viel Personal zur Verfügung steht und wie viele Intensivbetten belegt sind. Letzterer Faktor ist momentan zu hoch. Wir können uns nicht erlauben, mittelfristig auf diesem Niveau zu bleiben. Ich bekomme gesagt, dass es besser gewesen wäre, den Lockdown schon vor zwei Monaten gemacht zu haben. Aber es geht doch nicht zuletzt um die Freiheit der Bürger. Das darf man nicht vergessen. Wir haben schon eine Sperrstunde, eine Begrenzung der Zahl der Leute, die sich treffen dürfen, wir haben die Cafés geschlossen, die Restaurants, die Sportzentren, den ganzen Kultursektor. Wir haben Maskenpflicht in den Geschäften, im öffentlichen Transport, usw. Wir haben so viele Obligationen. Ich kann nicht in ein Altersheim gehen, wie ich vorher gegangen bin, oder in ein Krankenhaus. In den Schulen gibt es Maßnahmen. Die Betriebskantinen sind zu. Und dann heißt es, einfach zu akzeptieren, dass die Einschränkungen eine normale Sache sind? Die muss man machen, wenn sie wirklich gemacht werden müssen. Ob sie zu lasch oder zu streng sind, man muss sie machen, wenn man die Lage genau kennt. Jetzt sind wir in einer Situation, in der wir nicht alles schließen müssen.

Welchen Einfluss haben die Maßnahmen in den anderen Ländern?

Die Situation ist dort oft eine ganz andere. In Ländern wie Deutschland und den Niederlanden gehen die Zahlen nach oben. Bei uns sinken sie. Wir kön-

nen nicht die Geschäfte schließen, wenn die Zahlen zurückgehen. Die Frage ist, wie schnell sie zurückgehen. Ich kann nicht sagen, was nächste Woche ist. Wir machen jedenfalls ein Monitoring 24 auf 24 Stunden. Wir können morgen 20 Leute mehr auf den Intensivstationen haben. Es ist ein Balanceakt zwischen den Freiheiten und der Sicherheit der Bürger. Ich spreche dabei nicht einmal von der wirtschaftlichen Situation, sondern von den Menschen. Es gibt welche, die kommen mit der Situation klar, aber auch welche, die Depressionen bekommen, die Suizid begehen. Der Lockdown hat für viele Menschen psychische Folgen. Und das ist jetzt im Winter noch viel schwerer zu verkraften als im Sommer.

Können Sie nachvollziehen, dass einige Menschen sich vor allem an den Ungereimtheiten stören, ob zum Beispiel zwei plus drei oder drei plus zwei Personen zusammenkommen dürfen?

Das Beispiel zeigt doch gerade, dass es wirklich schwer nachzuvollziehen ist. Es gibt nicht nur Familien mit zwei plus zwei oder zwei plus drei Angehörigen. Es gibt auch Familien von sieben Personen. Ich kann nicht einfach bestimmen, ob eine Familie aus vier Personen bestehen muss. Jede Interaktion von Personen, die zusammenkommen, ist eine Gefahr mehr. Es gibt auch Länder, wie Belgien, wo die Zahl auf null heruntergefahren wurde. Es geht darum, die Kontakte zu reduzieren, und nicht darum, dass man jeden Abend jemanden einladen soll.

In anderen Ländern werden Kinder bis zu einem gewissen Alter allerdings nicht mitgezählt...

Das ist in meinen Augen ein Fehler, denn hierzulande hatten wir auch Kinder und junge Menschen, die im Krankenhaus waren. Wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man klar, dass Menschen unter 20 Jahren schon einen gewissen Prozentsatz bei den Hospitalisierungen ausmachen. Die Leute müssen weg von dem Gedanken kommen, dass nur Menschen über 75 Jahre in der Klinik landen. Allerdings wissen wir auch, dass bei jungen Menschen weniger oft große Komplikationen bei einer Erkrankung auftreten. Es geht vor allem darum, die Übertragung zu unterbinden.

Deshalb die strengen Regeln auch an Weihnachten?

In meinen sieben Jahren als Premierminister war die Entscheidung, den Menschen zu sagen, dass sie Weihnachten nicht in der Familie feiern können, mit die schwerste, die ich treffen musste. Ich würde auch liebend gerne, wie viele Luxemburger, mit meiner Mutter und meiner Schwester Weihnachten zusammen verbringen. Aber ich bleibe bei meiner Aussage von der Pressekonferenz. Sind die paar Stunden Freude tatsächlich das viele Leid am

Vie politique

Ende wert? Der Preis ist einfach zu hoch. In Großbritannien sind Familientreffen zu Weihnachten zwar erlaubt, allerdings raten die Mediziner dringend davon ab.

Auch hierzulande geschieht die Übertragung oft im familiären Umfeld?

Das Virus verbreitet sich vor allem dort, wo Menschen keine Maske tragen. Genau deshalb sind hierzulande auch die Bars und Restaurants, genau wie die Fitnesszentren geschlossen. Und aus diesem Grund spielt auch das Arbeiten aus dem Homeoffice eine wichtige Rolle, denn im Büro ist man auch dazu verleitet, die Maske auszuziehen, wenn die Distanzen nicht eingehalten werden und nicht gelüftet wird, ist eine Ansteckung schnell passiert. Generell gilt es eben alle Situationen zu vermeiden, wo man keine Maske trägt.

Gab es Situationen während der Krise, die Sie jetzt anders handhaben würden?

Zu dem Moment, in dem ich eine Entscheidung getroffen habe und mit dem Wissensstand, der zu dem Zeitpunkt meiner war, habe ich immer das gemacht, was mir opportun schien. Natürlich weiß man im Nachhinein immer mehr. Ob der harte Lockdown im März die richtige Entscheidung war oder nicht, darüber kann man diskutieren. Aber es gibt auch immer die Menschen, die jetzt schon glauben zu wissen, was in sechs Monaten ist. Ich weiß es nicht.

Gibt es Dinge im Zuge der Pandemie, die Sie besonders ärgern?

Wenn ich lese, dass hundert Menschen zusammen eine Party feiern, dann macht mich dies wütend. Ich finde das unverantwortlich und fast schon kriminell. Vor allem auch, wenn ich sehe, welche Arbeit das Personal aktuell auf den Intensivstationen leisten muss. Wegen des Fehlverhaltens von einigen wird eigentlich eine ganze Bevölkerung gestraft und ganze Wirtschaftszweige müssen geschlossen bleiben. Ich ärgere mich auch über diejenigen, die behaupten, Covid-19 sei lediglich eine normale Grippe: Wenn einer ihrer Familienmitglieder an dem Virus stirbt, merken sie schnell, dass es kein einfacher Schnupfen war.

Gab es auf europäischer Ebene eigentlich ausreichend Zusammenarbeit?

Das Hauptproblem ist, dass das Gesundheitswesen nicht in den europäischen Kompetenzen liegt. Der beste Beweis, dass Europa gut zusammenarbeiten kann, sind in meinen Augen allerdings die Impfungen. Wenn Luxemburg alleine hätte versuchen müssen, an Impfstoffe zu kommen, dann wären

wir nicht unter den Ländern gewesen, die als erste bedient worden wären. Weil dann wäre es über den Preis gegangen und über die Menge, die man bestellt, Luxemburg wäre da nicht unter den ersten gewesen. Die europäische Zusammenarbeit garantiert uns hier, dass wir Impfstoffe erhalten. Es soll ja jetzt auch am selben Tag in Europa mit den Impfungen angefangen werden, dies zeigt, dass Europa funktioniert. Ich hoffe, dass wir noch in diesem Jahr mit den Impfungen beginnen können.

Die Grenzsicherungen zeugten vom Gegenteil...

Die Grenzsicherungen waren nationale Reflexe, aber eine Grenze hat noch nie ein Virus gestoppt. Der Schengenraum ist eine große Errungenschaft und diese soll man nicht einfach so aufgeben und über Bord schmeißen.

Trotz aller negativen Erfahrungen gibt es Menschen, die versuchen, etwas Positives aus der Krise zu ziehen. Wie ist es bei Ihnen?

Ich will nicht unbedingt in dem Schema positiv oder negativ denken, ich möchte vor allem die große Solidarität der Einwohner hervorheben, das hat mich irgendwie beeindruckt. Die Tatsache, dass Menschen sich so gegenseitig unterstützen oder etwa die Pfadfinder, die Einkäufe für andere Menschen erledigt haben, das hat mich positiv überrascht. Was mich noch markiert hat in dieser Pandemie, ist der fehlende menschliche Kontakt, wie etwa seine Mutter umarmen zu können. Das geht aber nicht nur mir so.

Und das Tragen der Maske?

Daran haben wir uns gewöhnt. Ich sage das jetzt so eiskalt, aber wenn ich mir die Menschen in den Straßen so ansehe, dann gibt es viele, die ihre Maske tragen, ohne dass es Pflicht ist. Die Leute haben also den Reflex integriert. Dies ist vor allem ein Zeichen von Respekt und Verantwortung gegenüber den Mitmenschen.

Werden in Ihren Augen am Ende Sachen aus der Pandemie gelernt?

Am liebsten hätte ich, es wäre die letzte Pandemie, die wir durchleben. Ich hoffe, dass wir nicht alle paar Jahre das durchleben müssen, was wir aktuell durchmachen.

Stört es Sie als Chef der Dreierkoalition, dass Sie in diesem Pandemie-Jahr nur wenige politische Akzente setzen konnten?

Das stimmt in meinen Augen so nicht. Trotz der Krise haben wir zum Beispiel den Klimaplan angenommen. Das neue Gesetz zur Pressehilfe wird jetzt fertig. Wir sind dabei, die „Cour Grand-Ducale“

Vie politique

zu modernisieren. Trotz Pandemie, die viel Zeit in Anspruch nahm, wurde also in den Verwaltungen an anderen Dossiers gearbeitet...

Die Steuer- und die Verfassungsreform steht allerdings noch aus.

Die Steuerreform ist aus finanziellen Gründen momentan wenig opportun. Wir dürfen nämlich den Bogen finanziell nicht überspannen. Priorität war und ist, der Wirtschaft und den Bürgern zu helfen. Wir haben pro Kopf fast 4.900 Euro an Hilfen investiert. Belgien oder Frankreich liegen unter oder etwas über 1.000 Euro pro Kopf. Diese finanziellen Hilfen waren überaus wichtig.

Dafür mussten allerdings Schulden gemacht werden...

Gott sei Dank haben wir Schulden auf uns genommen. Wenn wir in der aktuellen Lage nicht investieren, dann hinterlassen wir den nächsten Generationen einen wirtschaftlichen Friedhof. Außerdem

kostet es viel mehr Geld, eine Wirtschaft wieder von Null aufzubauen, als das Geld, dass wir jetzt in

Betriebe investieren. Sparfetischismus wäre aktuell ein großer Fehler. Die Lage in Luxemburg ist trotz dieser Investitionen noch immer viel besser als in manch anderen Ländern.

Das Thema Brexit steht noch immer im Raum. Ist man nicht irgendwann des Themas leid?

Ganz ehrlich gesagt, ich persönlich schon länger. Der Brexit ist für beide Seiten schlecht. Um den Schaden zu minimieren, ist es allerdings im Interesse von allen, dass ein Deal zustande kommt, auch wenn das sich hinzieht. Ich hoffe, 2021 brauchen wir nicht mehr darüber zu reden.

Was wünschen Sie sich für die nächsten Monate?

Dass Menschen sich impfen lassen und dass wir irgendwann keine Maske mehr tragen müssen. Impfungen zu haben ist die eine Sache, allerdings müssen die Menschen sich auch bewusst werden, dass wenn wir in Richtung Normalität wollen, 70 Prozent geimpft werden müssen. Falls nur wenige sich impfen lassen, werden wir uns wohl oder übel auch im Jahr 2021 weiter mit dem Tragen der Maske abfinden.

 **Das Ziel müsste sein, mehr als 50 Prozent des Personals des Gesundheitsbereichs aus dem eigenen Land zu haben.** 

Es ist ein Balanceakt zwischen den Freiheiten und der Sicherheit der Bürger. 

Pétitions

Luxembourg

Zeremonie für Corona-Opfer an Nationalfeiertag

LUXEMBURG Wie Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) gestern im Rahmen einer öffentlichen Debatte über eine vom Präsidenten der Tierschutzvereinigung „Give us a voice“ und Piraten-Politikern Daniel Frères eingereichten

Petition unterstrich, in der eine nationale Gedenkminute für die Corona-Toten um 24.00 an Silvester gefordert wurde, soll nun am Nationalfeiertag eine Gedenkzeremonie für die Corona-Opfer stattfinden. In der von 4.975 Leuten unterschriebenen Petition wurde auch

ein Feuerwerksverbot an Silvester gefordert, aber wegen der Ausgangssperre sei es sowieso verboten, sich auf den Straßen zu versammeln, um Feuerwerkskörper zu zünden. Auch würden derartige Verbote unter die Kompetenz der Gemeinden fallen, so die Ministerin.

LJ

Lockerungen frühestens im Januar

Regierung verlängert Corona-Regeln über die Feiertage hinaus

Luxemburg. Wer gehofft hatte, die Corona-Regeln würden über die Feiertage gelockert, wurde enttäuscht. „Es ist nicht der richtige Zeitpunkt für Lockerungen“, erklärten Premierminister Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern Nachmittag übereinstimmend vor der Presse. Am Morgen hatte die Regierung beschlossen, dass die strengen Bestimmungen bis zum 15. Januar verlängert werden.

Die schärferen Regeln, die das Parlament am 25. November ge-

stimmt hatte, zeigen nicht die gewünschte Wirkung. Die Zahl der Neuinfektionen konnte zwar stabilisiert werden, allerdings nach wie vor auf sehr hohem Niveau. „Wir sind in keiner guten Ausgangsposition für die Feiertage“, so Gesundheitsministerin Lenert.

Es bleibt also noch mindestens einen Monat lang alles beim Alten: Lediglich in den Einkaufszentren, die an den vergangenen Wochenenden sehr stark besucht waren, wird es einige neue Regeln geben.



Gesundheitsministerin Lenert mahnt zur Vorsicht. Foto: A. Antony

Wichtige Aufgaben in schwieriger Runde

2022 BIS 2024 Luxemburg bewirbt sich um einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat

Armand Back

Luxemburg bewirbt sich um einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für die Jahre 2022 bis 2024. Ein Klub der Gutmenschen ist das nicht. Ein diplomatischer Erfolg wäre die Wahl aber allemal.

Auf die beiden Jahre 2013 und 2014 schaut Außenminister Jean Asselborn mit großer Genugtuung zurück. Das kleine Luxemburg bekleidete in der Zeit einen nicht-ständigen Sitz im UN-Weltsicherheitsrat, in der internationalen Diplomatie so was wie der Platz an der Sonne. Mehr als zehn Jahre hatte Luxemburgs diplomatischer Apparat alle Hebel in Bewegung gesetzt und kaum Kosten gescheut, um auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Anschließend gab es Lob von allen Seiten, Luxemburg hatte seine Zeit in diesem Gremium, das der Charta der Vereinten Nationen zufolge „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ trägt, nicht bloß abgesessen, sondern eigene Themen auf die Agenda gesetzt.

Für das Großherzogtum sind solche Gelegenheiten Gold wert. Sie erlauben ein außenpolitisches Nation Branding auf höchster Ebene, das dem Land zu einer Bedeutung verhilft, die in keinem Verhältnis zu seiner Größe steht.

Nun nimmt das Land den nächsten Anlauf und bewirbt sich um einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für die Jahre 2022 bis 2024. Jean Asselborn stellte den Auftakt der Kampagne gestern im Mansfeld-Gebäude der Presse vor. „Mich soll keiner unterschätzen, wenn es um die Durchsetzung der Menschenrechte geht“, sagte Asselborn, er sei „entschieden, das durchzuziehen“.

Aber die Sache ist weniger knifflig als beim Weltsicherheitsrat. Die Kandidatur für den

Menschenrechtsrat dürfte einfacher werden – doch der Ruf des UN-Gremiums mit Sitz im schweizerischen Genf ist nicht der beste.

Bislang noch ohne Konkurrenz ...

Notorische Gegner der Menschenrechte haben sich auf vielen der 47 im Rat vorhandenen Stühle breitgemacht. Zurzeit sind das etwa Libyen, Katar, Venezuela, Mauretanien, Pakistan, Sudan, Eritrea. Die 47 Sitze im Rat werden anhand von regionalen Gruppen verteilt. 13 Sitze gehen an Afrika, 13 an Asien, sechs an Osteuropa. Acht Sitze bekommen die Staaten Lateinamerikas und der Karibik sowie sieben Sitze Westeuropa und die anderen Staaten.

Auch Wladimir Putin, Jair Bolsonaro und Xi Jinping prüfen zurzeit dort die Menschenrechte. Man sieht, die Welt ist kein Ponyhof – und das zeigt sich auch in den Vereinten Nationen, wo freie Demokratien in der Minderheit sind. Darauf angesprochen, ob es Sinn ergebe, mit solchen Staaten über Menschenrechte zu reden, sagte Asselborn, nicht mit ihnen zu reden, sei zwecklos. „Das ist die UNO“, so Asselborn, „da sind 193 Staaten dabei – und mit allen kann und muss man reden.“

Die NGO Freedom House, die liberale Demokratien fördern will, zählte zuletzt weltweit 89 „freie Staaten“ und 109 wurden als „partiell frei“ beziehungsweise „nicht frei“ eingestuft. Human Rights Watch und Amnesty International warnen immer wieder, in dem Rat würden solche Länder versuchen, das internationale System der Menschenrechte zu untergraben.

... aber was macht die Weltmacht?

Die USA standen dem UN-Menschenrechtsrat stets eher skeptisch gegenüber, unter Donald Trump verließen sie das Gremium 2018 dann ganz. Besonders Israel fühlt sich ungerecht behandelt. In der Tat betrafen 90 Verurteilungen durch den Menschenrechtsrat zwischen 2006 und 2020 diesen Staat. Gegen Syrien gab es im selben Zeitraum 34 Verurteilungen, gegen Iran zehn, gegen Venezuela eine. Zahlen, die unterstreichen, wie sehr es sich ein paar Despoten hier gemächlich gemacht haben und sich gegenseitig protegieren. Human Rights Watch hält aber auch eine Lösung parat. Gäbe es mehr Kandidaten für die Wahl in den UN-Menschenrechtsrat, würden „Täter-Staaten“ vielleicht durchfallen. Diesen Schritt ist Luxemburg mit seiner ersten Kandidatur für das Gremium jetzt gegangen.

Die Chancen auf eine erfolgreiche Kandidatur stehen zurzeit blendend. Kommenden Oktober werden in Luxemburgs Gruppe drei neue Mitglieder für die Periode 2022 bis 2024 gewählt. Kandidaten gibt es zurzeit ebenfalls drei. Neben Luxemburg bewerben sich noch Italien und Finnland (das Luxemburg bei der Wahl in den Weltsicherheitsrat unterlegen war).

Dass die Kandidatur trotzdem noch nicht durch ist, liegt an einer großen internationalen Unbekannten. Sollten die USA unter ihrem künftigen Präsidenten zurück in den Menschenrechtsrat streben, gibt es in der Ländergruppe „Westeuropäische Staaten und andere“ einen Kandidaten zu viel – und dann gilt es für Luxemburg, sich in die internationale Lobbyarbeit zu stürzen. Die Erfahrung, wie das geht, hat das Land ja.

Luxemburgs vier Schwerpunkte

1. Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit und des zivilen Raumes sowie die Verteidigung der Menschenrechte und der Kampf gegen Straffreiheit bei Verbrechen gegen Menschenrechte
2. Nachhaltige Entwicklung und Klimapolitik, die auf Menschenrechten gründet
3. Gleichheit der Geschlechter und der Kampf gegen alle Formen der Diskrimination
4. Schutz und Förderung der Rechte der Kinder

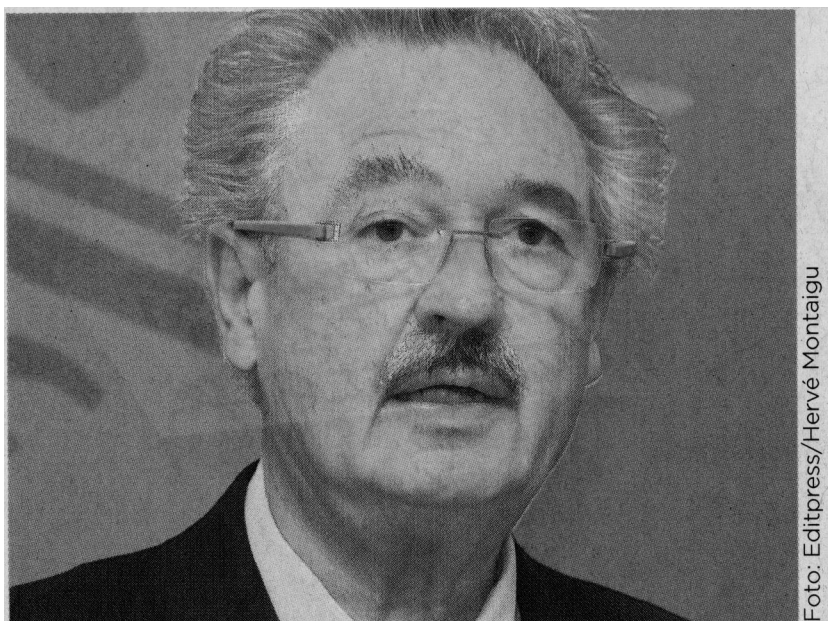


Foto: Editpress/Hervé Montaigu

„Nicht unterschätzen, wenn es um Menschenrechte geht“: Jean Asselborn will Luxemburg in den UN-Menschenrechtsrat führen

Luxembourg

Luxembourg will in UN-Menschenrechtsrat

Jean Asselborn: Finanzwelt und Menschenrechte müssen sich nicht ausschließen

Luxembourg kandidiert für einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf. Um die UNO-Vollversammlung zu überzeugen, wolle man sich für ein faires wirtschaftliches Miteinander einsetzen, sagte Außenminister Jean Asselborn dem Dlf. Ein europäisches Lieferkettengesetz sei das Ziel.

Von Tonia Koch

Die Wahl findet erst im Oktober des kommenden Jahres statt. Bis dahin hat das Großherzogtum Zeit die UNO-Vollversammlung davon zu überzeugen, dass auch ein kleines Land wie Luxemburg sich überzeugend für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen kann, sagte der Luxemburgische Außenminister Jean Asselborn. „Es ist das Engagement das zählt. Ich glaube ein Engagement Luxemburgs, zum Beispiel für die Rechtsstaatlichkeit, oder die Menschenrechtsverteidiger, das sind Sachen, wo wir eine gewisse Glaubwürdigkeit haben.“

Nach den Vorstellungen der UNO sollen die Mitglieder des Menschenrechtsrates auch zu Hause strenge Maßstäbe anlegen, um die Menschenrechte wirksam zu schützen. Die Vereinten Nationen haben deshalb Leitlinien erlassen, damit global tätige Unternehmen ihre Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten in den Entwicklungsländern wahrnehmen und zum Beispiel gegen Kinderarmut und

Ausbeutung einschreiten.

Weil die Regierungen ihren Unternehmen jedoch meist keine verpflichtenden, sondern nur freiwillige Regeln auferlegt haben, ist das Ziel eines fairen wirtschaftlichen Miteinanders bislang nicht erreicht worden. Und das hat vielerorts – wie etwa in Deutschland – den Wunsch nach einem nationalen Lieferkettengesetz ausgelöst. Das sei auch für Luxemburg das Gebot der Stunde fordert ein breites Spektrum von Nichtregierungsorganisationen.

„Für uns ist ganz klar, wenn man einen Antrag stellt, dass man einen Sitz im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen haben möchte, dann muss man zeigen, dass man bereit ist voran zu gehen“, sagte Jean-Louis Zeien, Präsident von Fairtrade Luxemburg. Die Befürworter eines solchen nationalen Lieferkettengesetzes stützen sich dabei auf Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die erst diese Woche veröffentlicht wurden. „Wo 86 Prozent der Bevölkerung klar zum Ausdruck gebracht haben, dass ein nationales Gesetz in Sachen Menschenrechte und Unternehmen zur Glaubwürdigkeit der Kandidatur Luxemburgs zum Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beitragen würde.“

Luxemburgische Regierung möchte eine europäische Lösung

Statt einem nationalen Lieferkettengesetz bevorzugt die luxemburgische Regierung

Luxembourg

jedoch eine europäische Lösung, sagt Außenminister Asselborn: „Wenn in einem Land Menschenrechtsverletzungen geschehen und dieser Betrieb dann einpackt und von einem Land in ein anderes geht, dann ist ja nichts gewonnen, das heißt, wenn wir es europäisch bewegen könnten, dann wäre das das allerbeste.“

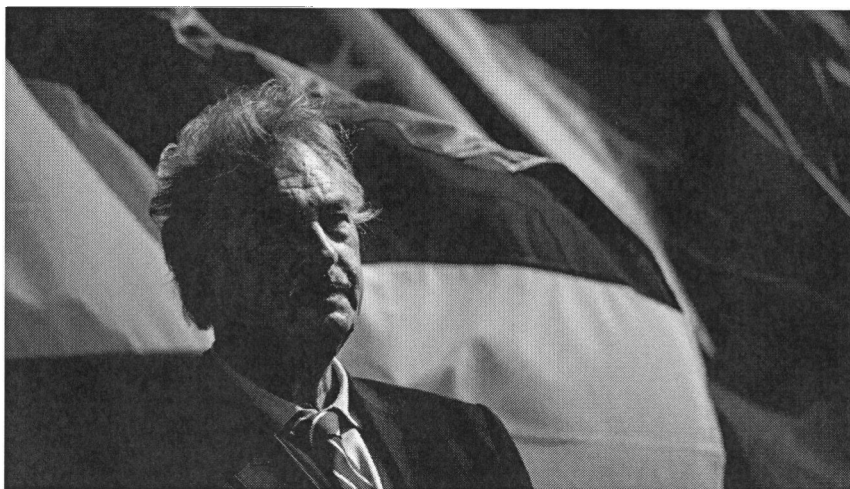
Allein auf Europa dürfe man nicht setzen, findet hingegen Jean-Louis Zeien. „Das nationale schließt das europäische in keiner Weise aus, im Gegenteil, beides ist komplementär und in diesem Sinne darf man ruhig erwarten, dass Luxemburg sich bewegt.“

Das gelte insbesondere vor dem Hintergrund, dass vom Luxemburgischen Finanzplatz aus Milliardensummen bewegt werden. Damit werde Einfluss genommen auf das Geschäftsgebaren international tätiger Unternehmen, so Zeien.

Die Macht zwischen armen Ländern und großen Konzernen ist nicht gleich verteilt. Um Firmen an die Menschenrechte zu binden, plädieren Politiker für ein Lieferkettengesetz. Was kann das bringen?

In diesem Zusammenhang zeigt sich der luxemburgische Außenminister zuversichtlich. Die Erkenntnis, dass auch unter Wahrung der Menschenrechte Geld verdient werden könne, gewinne an den Finanzmärkten mehr und mehr Fürsprecher. „Hier hört man sehr positive Töne, dass in der Finanzwelt finance und human rights, dass das etwas ist, was sich nicht abstoßen darf.“

Zweifelloos könnte Luxemburg im Kreis der 47 Mitgliedstaaten des UNO-Menschenrechtsrates punkten, wenn es ein nationales oder europäisches Lieferkettengesetz vorweisen könnte. Aber bis Oktober dürfte eine europäische Lösung kaum zu machen sein. Deshalb hat das Land vor zwei Monaten die Universität des Landes mit einer Studie beauftragt, das Für und Wider zu prüfen, um gegebenenfalls eine nationale Strategie zu erarbeiten.



Statt einem nationalen Lieferkettengesetz bevorzugt die luxemburgische Regierung eine europäische Lösung, sagt Außenminister Asselborn (Oliver Dietze/dpa)

Neues Weltraumgesetz verabschiedet

CHAMBER Fragen der Genehmigung, Versicherung und Registrierung werden geregelt

Yves Greis

Luxemburg hat sich ein neues Weltraumgesetz gegeben. Bis dato regelte ein 29 Jahre altes Gesetz Luxemburgs Aktivitäten im Weltraum. Für eine moderne Weltraumbranche, wie sie hierzulande über die letzten Jahre gewachsen ist, war das unzureichend.

Bislang wurde die Weltraumbranche durch das Gesetz von 1991 über elektronische Medien geregelt. Zu diesem Zeitpunkt bestand die Weltraumbranche in Luxemburg eigentlich nur aus einem Konzern: dem Satellitenbetreiber SES. Heute reicht dieses Gesetz nicht mehr aus. Es brauchte ein allgemeineres Gesetz, das alle Unternehmen der Weltraumbranche und sogar die Forschung mit einbezieht. In Luxemburg gibt es u.a. Unternehmen, die mit ihren Mikrosatelliten Erdobservation betreiben.

Genauer gesagt geht es um zwei Gesetzestexte, die Berichterstatter Claude Haagen (LSAP) gestern im Parlament vorstellte. Zum einen geht es um Fragen der Genehmigung und der Versicherung, zum anderen um die Registrierung von Objekten, die ins Weltall geschossen werden. Beide Gesetze wurden gestern im Parlament angenommen.

Kernpunkt des ersten Textes ist die Verantwortung, die sich aus der Aktivität von Unternehmen und Forschern im Weltall für den Staat ergibt – etwa, wenn Satelliten mit anderen Satelliten kollidieren oder Teile abstürzen. Durch das neue Gesetz werde nicht nur eine Basis geschaffen, um solche Aktivitäten zu genehmigen, so Haagen, sondern auch, um sie abzulehnen, wenn sie nicht den Kriterien entsprechen, die der Staat festlegt –

zum Beispiel, wenn davon eine Gefahr ausgeht. Unternehmen müssen daneben entsprechende Versicherungen haben.

Mit dem Gesetz über die Registrierung setzt Luxemburg das New Yorker Weltraumregistrierungsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1974 um. Es verpflichtet die Mitgliedstaaten, ein Register über Objekte im Weltall zu führen, die in ihren Verantwortungsbereich fallen. Daneben führen auch die Vereinten Nationen ein Register.

Unternehmen anständig durchleuchten

Auch Oppositionspolitiker Laurent Mosar (CSV) betonte die Verantwortung des Staats. Dies bedeute aber auch, dass es wichtig sei, dass die Unternehmen genauestens „durchleuchtet“ werden – sowohl finanziell wie auch die Kompetenzen der Manager.

Guy Arendt (DP) begrüßte die Gesetzestexte. Die DP sei überzeugt, dass es wichtig sei, solche Projekte frühzeitig anzugehen. Das Land habe es mehr als einmal verstanden, seine Wirtschaft zu diversifizieren oder ein komplett neues Standbein zu schaffen. Er mahnte allerdings, vorsichtig zu sein und den Unternehmen das Leben nicht so zu verkomplizieren, dass sie Luxemburg den Rücken kehren. Die Grünen-Abgeordnete Semiray Ahmedova sagte, ihre Partei gehe neugierig, aber nicht unkritisch mit dem Weltraum um. Man dürfe das Weltall nicht gegen die Erde ausspielen und sich nicht der Illusion hingeben und über die Aktivität im Weltall die Probleme der Erde (etwa die Nachhaltigkeit) vergessen. Es sei aber ein Fehler, nicht

nach den Sternen zu greifen. Ahmedova sieht Luxemburg gut aufgestellt. Das Land verfüge mit der SES über Know-how, mit dem Finanzplatz über Geldmittel und mit der Uni über Forschung. Daneben habe Luxemburg eine Start-up-Kultur und Politiker, die sich etwas trauen.

In seinem Redebeitrag warf Fernand Kartheiser (ADR) die Frage nach militärischen Aktivitäten Luxemburger Firmen im Weltall auf. Denkbar sind militärische Unternehmungen im Bereich der Aufklärung. Auch daraus könnten Schäden und womöglich Ansprüche gegenüber Luxemburg erwachsen. Es stellt sich für Kartheiser die Frage, welche militärischen Aktivitäten Luxemburg in Zukunft erlauben will und welche nicht.

„déi Lénk“ sehen Luxemburgs Aktivitäten im Weltall kritisch. Redner Marc Baum wiederholte die Kritik seiner Partei, das Space-Mining-Gesetz von 2017 sei ein zentrales Element der Privatisierung und Kommerzialisierung des Weltalls. Am Gesetz über das Weltall-Objekte-Register übte Baum keine Kritik. Anders bei dem ersten Text. Baum sagte, ursprünglich habe er sich bei der Abstimmung des Gesetzes enthalten wollen. Während der Debatte sei in ihm aber die Erkenntnis gereift, dass er dagegen stimmen müsse. „Alleine schon das Argument, dass das hier ein weiterer Baustein in Luxemburgs Bestrebungen ist, um eine neue Nische im Outer Space zu schaffen, ist für uns mehr als bedenklich“, sagte Baum. Auch die Frage nach der Verantwortung sei nicht hinreichend geklärt, sagte Baum mit Verweis auf den Redebeitrag von Fernand Kartheiser.

Linke gegen „Dystopie“

Das Fass zum Überlaufen brachte für Baum die Erwähnung des deutschen Schriftstellers Tom Hillenbrand und seines Romans „Qube“ in dem Luxemburgs Space Mining vorkommt. Arendt hatte den Roman als Beispiel dafür angeführt, dass Luxemburg sogar in der ausländischen Literatur als „Player“ in diesem Bereich angesehen wird. Er habe den Roman zwar noch nicht gelesen, so Baum, aber laut Kritikern zeichne das Buch ein „beängstigendes“ Zukunftsbild – eine Dystopie. „Wenn man diesen Roman als Beispiel dafür nennt, welche wunderbaren Chancen sich hier eröffnen, dann bin ich nicht nur im falschen

Roman, sondern im falschen Film“, so Baum.

Der Pirat Sven Clement sprach sich (bildlich) für den Schaufelhandel aus. Während des Goldrausches in den USA sicherten sich einige Menschen ein Einkommen, indem sie nicht nach Gold suchten, sondern Ausrüstung verkauften – z.B. Schaufeln. Luxemburg solle nicht die Firmen anlocken, die Satelliten ins Weltall schießen, sondern deren Zulieferer, so Clement.

Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) wehrte sich gegen das Verständnis, dass Space Mining eine rein opportunistische Wirtschaftsnische ist. Technologie, die für das Weltall entwickelt wird, könne auch helfen, Probleme der Erde zu lösen.

Was die Überprüfung der Unternehmen anging, sei es wichtig, dass der Staat seine Hausaufgaben mache. Die guten Erfahrungen im Maritim- und im Finanzbereich stimmen Fayot optimistisch.

Lediglich das Space Mining, also das Schürfen von Rohstoffen im Weltraum, habe 2017 ein eigenes Gesetz erhalten. Das hatte für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Die Gesetzestexte, die das Parlament nun verabschiedet hat, sind deshalb auch nicht auf das Space Mining gemünzt, sondern für den Weltraumsektor in Luxemburg allgemein. In der Weltraumbranche arbeiten laut Haag hierzulande rund 500 hoch qualifizierte Menschen.

Quattropole: Luxemburg übernimmt

Präsidentschaftswechsel beim großregionalen Städtenetzwerk

LUXEMBURG

LJ

Vier Städte. Drei Länder. Drei Sprachen. 530.000 Einwohner: das ist das QuattroPole-Netzwerk, das Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier Anfang 2000 durch eine Absichtserklärung schufen. Um ihre Zusammenarbeit weiter zu vertiefen, gründeten die vier Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Metropolen, die jeweils nur knapp eine Autostunde auseinander liegen und von vergleichbarer Größe sind, zusammen mit je zehn Stadtverordneten pro Stadt im Oktober 2014 einen eingetragenen Verein nach deutschem Recht.

Alle zwei Jahre wechselt der Vorsitz, der kürzlich wieder an die Stadt Luxemburg ging, nachdem Trier die Präsidentschaft die letzten zwei Jahre innehatte.

Wobei die Stabübergabe zwischen dem Trierer Oberbürgermeister Wolfram Leibe und seiner Kollegin aus Luxemburg, Lydie Polfer unter ganz besonderen Bedingungen stattfand: Aufgrund der derzeit hohen Infektionszahlen in den Städten und in der gesamten Großregion trafen sich die Mitglieder erstmals seit Vereinsgründung nicht im Rahmen einer Präsenzsitzung, sondern fassten ihre Beschlüsse auf elektronischem Wege.

QuattroPole-Musikpreis wird weitergeführt
Laut Pressemitteilung beschlossen die

Mitglieder ebenfalls das Arbeitsprogramm für 2021, das eine intensive Vernetzung der Krisenstäbe der vier Städte sowie eine Stärkung der Präsenz des Städtenetzwerks in digitalen Medien vorsieht. Weitergeführt werde das Projekt des mit 10.000 Euro dotierten QuattroPole-Musikpreises, der im April 2021 verliehen werden soll. Der Preis richtet sich an Künstlerinnen und Künstler aus dem Bereich der innovativen Musik. Die Bewerbungsphase ist bereits abgeschlossen und die Jury wird aus den zahlreichen hochwertigen Musikstücken die Siegerin bzw. den Sieger küren. Der QuattroPole-Musikpreis ist die zweite Säule der grenzüberschreitenden kulturellen Zusammenarbeit der QuattroPole-Städte neben dem Robert-Schuman-Kunstpreis und wird ebenfalls alle zwei Jahre verliehen.

In den Vereinsvorstand gewählt wurden weiterhin der Saarbrücker Oberbürgermeister Uwe Conradt als Vize-Präsident, der neue Metzger Oberbürgermeister François Grosdidier sowie der Trierer Oberbürgermeister Wolfram Leibe.

Die luxemburgische QuattroPole-Präsidentschaft sehe eine Vertiefung des Austauschs der Stadtverwaltungen im Hinblick auf die laufende Coronapandemie vor, um sich abzustimmen und über getroffene Maßnahmen in den Städten austauschen zu können, heißt es ferner.

Auch der grenzüberschreitende Tourismus soll im kommenden Jahr gestärkt werden. Hingewiesen wird dabei auf die kürzlich erstmalig erschienene QuattroPole-Fahrradkarte. Sie diene „der Stärkung des Images von Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier als Destination für den Fahrradtourismus, und dies gerade im Jahr 2021, das voraussichtlich noch von Kontaktbeschränkungen im Hinblick auf die Coronapandemie geprägt

sein wird“, so die Pressemitteilung. Auch soll die gemeinsame touristische Marketingarbeit der QuattroPole-Städte im kommenden Jahr deutlich digitaler ausgerichtet werden, um noch mehr jüngere Menschen anzusprechen. ●

„Angesichts der sanitären Lage sind wir fest entschlossen, die Kooperation und den Austausch zwischen den Quattropole-Städten weiter zu vertiefen“

LYDIE POLFER Bürgermeisterin von Luxemburg und Vorsitzende der Quattropole

Der kleine Grenzverkehr bleibt unberührt

Rheinland-Pfalz und Saarland halten an Regelungen zu Luxemburg fest – keine Ausgangssperren

Luxemburg. Ab morgen soll es in Deutschland zunächst bis zum 10. Januar einen erneuten Lockdown geben. Im Zuge dessen wird unter anderem der Einzelhandel, mit Ausnahme von Geschäften für den täglichen Bedarf, geschlossen. Da der Einzelhandel in dieser Zeit in Luxemburg jedoch weiterhin geöffnet bleibt, stellt sich die Frage, ob die Bundesländer in den Grenzregionen ihre Bestimmungen für den Grenzverkehr ebenfalls wieder verschärfen könnten.

Derzeit ist es Menschen aus Luxemburg erlaubt, sich bis zu 24 Stunden im Saarland und in Rheinland-Pfalz aufzuhalten, ohne sich in Quarantäne begeben zu müssen. Umgekehrt gilt für Deutsche eine Frist von bis zu 72 Stunden bei der Einreise nach Luxemburg. Erst wenn der Aufenthalt drei Tage überschreitet, müssen sie sich bei der Rückkehr in Isolation begeben.

Auf LW-Nachfrage erklärt der saarländische Regierungssprecher Alexander Zeyer, eine Änderung für den Grenzverkehr sei „nach

derzeitigem Stand“ nicht vorgesehen. Es soll also bei den bestehenden Regelungen bleiben. Auch aus dem Büro der rheinland-pfälzischen Regierungssprecherin Andrea Böhner hieß es gestern, Verschärfungen der Einreisebestimmungen oder gar erneute Grenzkontrollen seien derzeit nicht in Planung. Da die Zahlen derzeit überall dynamisch hoch seien, sehe man aktuell keinen Anlass, den kleinen Grenzverkehr einzuschränken, so ein Sprecher.

Flächendeckende Ausgangsbeschränkungen sind in den beiden Bundesländern jedoch zunächst nicht vorgesehen – anders als zum Beispiel in Baden-Württemberg, wo diese bereits seit dem Wochenende zwischen 20 und 5 Uhr gelten. Hingegen gilt von morgen an ein deutschlandweites Verbot von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum.

Lockerungen an Weihnachten

Wer Verwandte oder Freunde in den beiden Nachbarbundesländern hat und diese besuchen möch-

te, sollte die Kontaktregeln beachten: Es dürfen sich maximal fünf Personen aus höchstens zwei Hausständen treffen. Vom 24. bis zum 26. Dezember sind neben dem eigenen Hausstand vier weitere Menschen aus dem engsten Familienkreis zulässig, auch aus mehr als zwei Hausständen.

An den Schulen von Rheinland-Pfalz wird die Präsenzpflcht von morgen an ausgesetzt, die Schulen bleiben aber offen. Nach den Ferien wird es vom 4. Januar bis 15. Januar Fernunterricht geben. Im Saarland wird die Präsenzpflcht von Mittwoch an bis zum 10. Januar aufgehoben. Für Schüler bis zur Klassenstufe 6 soll es aber ein pädagogisches Angebot in der Schule geben, wenn die Eltern aus beruflichen Gründen nicht zuhause dafür sorgen können. Das Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS) in Homburg verschiebt ab sofort planbare Eingriffe und Ambulanz-Termine.

SC/mer mit dpa

Leitartikel

Kein Vorbild Berlin

Von Michael Merten

*Das deutsche**Hick-hack um**Weihnachten**war**abstoßend.*

Mit großer Spannung haben viele Luxemburger in den vergangenen Tagen nach Deutschland geblickt, wo seit Mittwoch ein „harter“ Lockdown in Kraft ist und nur noch wenige Geschäfte zur Versorgung mit dem Lebensnotwendigen offen haben dürfen. Da kommt es doch bestimmt auch bei uns bald zu härteren Restriktionen, diese Mutmaßung geisterte tagelang durch das Großherzogtum. Doch Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) machte schnell deutlich, dass Luxemburg seinen eigenen Weg durch den Corona-Winter gehen wird. So, wie die Regierung das strenge französische Confinement nicht einfach übernommen hat, folgt sie nun auch nicht automatisch dem restriktiven Berliner Beispiel. Stattdessen wurden die geltenden Covid-Maßnahmen im Großen und Ganzen bis zum 15. Januar verlängert. Es gab zwar einige Verschärfungen, etwa ein Ess- und Trinkverbot von Mitnahmegesellschaften vor Ort. Doch hierbei handelt es sich um Präzisierungen, nicht um einen radikalen Kurswechsel. Hätte Luxemburg nachziehen und die Regeln jetzt verschärfen sollen? Die ehrliche Antwort auf diese Frage lautet,

dass sie sich erst zum Ende des Winters seriös wird beantworten lassen. Doch ein Rückblick auf die letzten anderthalb Monate ist aufschlussreich.

Ende Oktober sahen sich zahlreiche europäische Regierungen angesichts stark ansteigender Ansteckungszahlen gezwungen, härtere Maßnahmen zu ergreifen. Frankreich setzte von Beginn an auf ein hartes Confinement, bei dem die Schulen allerdings geöffnet blieben. Jeder, der dies konnte, floh noch schnell auf das Land, während vor allem die ärmere Bevölkerung in den Vorstädten hart von den rigorosen Ausgangssperren getroffen wurde. Im Ergebnis sind die Fallzahlen immerhin deutlich zurückgegangen. Die Franzosen können wieder shoppen, doch gelten nun Ausgangssperren zwischen 20 und 6 Uhr.

In Deutschland wurde ab November ein sogenannter „Lockdown light“ eingeführt, der ebenso wenig wie in Luxemburg zu einem deutlichen Rückgang der Corona-Zahlen führte. Gastronomie, Freizeit, Sport- und Kulturveranstaltungen wurden verboten, jedoch blieben der Einzelhandel sowie Schulen und Kitas geöffnet. In den vergangenen Wochen war in Berlin jedoch eine politische Kakophonie zu beobachten. Erst sollten für die Weihnachts- und Silvesterzeit großzügige Ausnahmen gelten, dann wurde dies alle paar Tage wieder geändert. Am 13. Dezember kam schließlich die große Kehrtwende mit strengeren Weihnachtsbesuchsregeln und einer raschen Schließung des Einzelhandels, was zu heillosem Getümmel in den Städten führte.

Man kann und muss über den luxemburgischen Weg aus der Krise streiten. Doch wer jetzt nach einem Nachahmen der harten deutschen Linie ruft, sollte bedenken, dass eine vorausschauende Corona-Politik anders aussieht. Die Stärke des luxemburgischen Wegs ist, dass das Parlament deutlich besser eingebunden ist als im Nachbarland, wo eine kleine Runde aus der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten weitreichende Entscheidungen trifft. Zudem war der Kurs der luxemburgischen Regierung deutlich kohärenter als das deutsche Hickhack um die Weihnachtstage.

Besonderer Dank an Luxemburg

BEHÖRDEN UND POLITIKER Reaktionen auf die Ereignisse in Trier

Tobias Senzig

Luxemburger Politiker und Gemeinden haben den Trierern noch am Dienstag ihre Solidarität versichert. Die Einsatzzentrale CGDIS entsandte sogar Retter und Material, um in der Moselstadt zu helfen.

Triers Oberbürgermeister Wolfram Leibe hat sich bei der Pressekonferenz nach den Ereignissen in Trier für eine Sache besonders Zeit genommen – den Dank an die Nachbarn aus Luxemburg. „30 Minuten nachdem der Vorfall bekannt war, haben die Luxemburger Kliniken angeboten, Patienten zu übernehmen“, sagte Leibe am Dienstagabend in Trier.

Zahlreiche Luxemburger Behörden, Gemeinden und Politiker haben den Trierern am Dienstag ihre Solidarität ausgesprochen. „Die Großherzogin und ich sind zutiefst bestürzt über den schrecklichen Vorfall, der sich heute Nachmittag in Trier zugetragen hat“, schreibt Großherzog Henri in einer Kondolenzbotschaft an den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. „Im Namen Luxemburgs möchten wir Ihnen und Ihren Landsleuten unser aufrichtiges Beileid und unsere Anteilnahme ausdrücken.“

Auch Premierminister Xavier Bettel (DP) sicherte den Trierern seine Solidarität zu. „Ich bin zutiefst entsetzt und bestürzt über die schrecklichen Nachrichten aus Trier“, schrieb Bettel am Nachmittag auf Twitter. „In diesem schwierigen Moment steht

Luxemburg fest an der Seite unserer Nachbarn und Freunde.“

Martine Hansen, CSV-Fraktionsführerin in der Chamber, twitterte: „Trierer und Luxemburger sind eng miteinander verbunden.“ Umso mehr schockiere sie diese „feige Tat“ in der Nachbarstadt. „Wir stehen heute besonders an der Seite unserer Trierer Freunde!“ Auch Innenministerin Taina Bofferdin äußerte sich zur den Ereignissen auf Twitter. „Ich bin zutiefst erschüttert über die schrecklichen Nachrichten aus meiner alten Studentenstadt Trier“, schrieb die LSAP-Politikerin – und bedankte sich auch bei der Luxemburger Einsatzzentrale CGDIS für die Nachbarschaftshilfe.

CGDIS schickt Einsatzkräfte nach Trier

Tatsächlich waren unter den 300 Hilfskräften, die in Trier im Einsatz waren, auch welche aus Luxemburg. Das CGDIS schickte vier Krankenwagen, zwei Rettungshubschrauber, einen Rettungswagen, einen leitenden Notarzt und einen Verbindungsoffizier in die Moselstadt, um die Helfer vor Ort zu unterstützen, wie ein CGDIS-Sprecher am Nachmittag gegenüber dem *Tageblatt* bestätigte. Die deutschen Behörden hätten Luxemburg um medizinische Verstärkung gebeten.

Die Hilfe basiert auf einer Ver-

einbarung, die erst vor kurzem unterzeichnet wurde. „Vor ein paar Wochen haben wir ein Abkommen mit Rheinland-Pfalz unterschrieben, damit wir im Alltag als Rettungsdienste besser grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten können“, sagte der CGDIS-Sprecher. Diese neue Kooperation funktioniert in beide Richtungen. Für Katastrophenfälle gibt es diese Partnerschaft schon seit längerem, erklärt der Sprecher: „Vergangenes Jahr nach dem Sturm in Petingen haben uns die deutschen Rettungsdienste zum Beispiel auch unterstützt.“

Auch Triers Quattropole-Partnerstadt Luxemburg reagierte. Bürgermeisterin Lydie Polfer sprach dem Trierer Oberbürgermeister in einem Schreiben ihre Solidarität aus. „Das Bürgermeister- und Schöffenkollegium der Stadt Luxemburg sowie die Einwohnerinnen und Einwohner der luxemburgischen Hauptstadt teilen das Leid und die Trauer Ihrer Mitbürgerinnen“, schrieb Polfer. Die Luxemburger Stadtverwaltung zieht auch Konsequenzen aus dem Vorfall aus Trier: In einer Pressemitteilung kündigt sie an, dass die eigene Fußgängerzone mit Stahlbeton-Pollern gesichert werden soll. „Um die Sicherheit der Fußgängerzone so weit wie möglich zu gewährleisten, wird die Stadt ab Mittwochabend ein System aus Stahlbetonpollern einsetzen.“



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Luxemburgs Wirtschaft hat sich gut gehalten

KONJUNKTUR Rück- und Ausblick der Handelskammer

Christian Muller

Die ursprüngliche Hoffnung auf einen starken wirtschaftlichen Aufschwung zum Ende des laufenden Jahres ist zwar nicht eingetreten – aber die Luxemburger Wirtschaft hat sich 2020 gut gehalten. Nichtsdestotrotz stehen die Unternehmen auch weiter vor vielen Herausforderungen, meinte die Luxemburger Handelskammer am Dienstag vor Journalisten.

Die am Tag zuvor vorgestellten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung Luxemburgs im dritten Quartal 2020 seien „ermutigend“, so Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer. In den Monaten Juli bis September hat sich die Luxemburger Wirtschaft laut einer ersten Schätzung des Statistikamts Statec derart gut entwickelt, dass die Wirtschaftsleistung des Landes zum Ende des Zeitraums bereits 0,5 Prozent über der des Vorjahreszeitraums lag.

„Luxemburg hat sich bewährt“, meint Thelen weiter. Als Gründe für diese Entwicklung sieht er die Tatsache, dass „die Luxemburger Staatsfinanzen vor der Krise besser waren als in anderen Ländern“. Das habe es ermöglicht, unterstützende Maßnahmen anzubieten. Zudem gebe es im Großherzogtum einige „resistente Sektoren“, etwa den Finanzbereich, die Logistik, das Bauwesen, die exportierende Industrie und andere Dienstleistungen.

Entwicklung hängt an den Lockdowns

„Sollte sich die Konjunktur im vierten Quartal gleich gut entwickeln als im dritten, dann wäre das eine gute Überraschung“, so Carlo Thelen. Das würde bedeuten, dass man das Jahr mit einem Minus von nur 1,4 Prozent abschließen könnte – deutlich besser als der Einbruch von 3,5 Prozent, mit dem das Statec aktuell

(laut optimistischem Szenario) rechnet.

Ob diese optimistische Überlegung jedoch eintreffen wird, ist ungewiss. Immerhin ist das Land aktuell wieder im „confinement“, sagt der Sprecher der Unternehmen weiter. „Es herrscht immer noch keine normale Situation. Die Herausforderungen für die Betriebe bleiben hoch.“ Er gibt zu bedenken, dass es nach der Stahlkrise ganze zehn Jahre und nach der Finanzkrise fünf Jahre gedauert habe, ehe die Krise vorüber war. Auch sei aktuell noch nicht bekannt, wie es mit Pandemie und Lockdowns weitergeht. Es sei immer noch schwierig, Vorhersagen zu machen, so Thelen. Er erwartet noch einige unsichere Monate und hofft dann auf positive Folgen der Impfung. Wie die Wirtschaft wächst oder schrumpft, hänge an der Entwicklung der „confinements“, so der Direktor.

Klar ist aber bereits heute, dass die verschiedenen Sektoren ganz unterschiedlich durch die Krise kommen. Manche Sektoren, etwa Restaurants, Veranstalter oder Reisebüros, werden die Krise wohl noch bis 2024 spüren, davon ist Thelen überzeugt. „Der verzeichnete wirtschaftliche Einbruch ist für sie sehr stark.“ Pleiten werden folgen, warnt er. Auf der anderen Seite gebe es jedoch auch Sektoren, die sich „sehr stark“ entwickelten.

Unter Berufung auf eine von der Kammer im September durchgeführte Umfrage fügt Christel Chatelain hinzu, dass der „Mangel an Fachkräften“ als erste Sorge der Unternehmen durch „Sorgen vor den Kosten der Arbeit“ abgelöst worden seien. Zudem machten sich immer mehr Firmen Gedanken über die Rückzahlung der Darlehen, die sie im Rahmen der ersten Corona-Welle aufgenommen hatten.

Nicht vergessen werden dürfen derweil auch die 30.000 Selbstständigen, so Chatelain. Sie seien schon in normalen Zeiten einem Armutsrisiko ausgesetzt, das doppelt so hoch sei wie bei An-

gestellten. Ihr Zugang zu Hilfen für Firmen sei jedoch begrenzt. Zudem arbeiten viele in Sektoren, die dieser Krise besonders ausgesetzt sind. Aus diesem Grund würde sich die Kammer Ausgleichsmaßnahmen, ähnlich wie für Arbeitnehmer, wünschen.

Gewinne der Banken bleiben vorerst stabil

Mit Spannung schaut die Kammer auf die Entwicklung im Finanzsektor. „Aktuell trägt er noch zur Lösung der Krise bei“, so Thelen. Jedoch geht er davon aus, dass der Sektor die Rückstellungen erhöhen wird, für den Fall, dass manche Unternehmen ihre Darlehen nicht mehr zurückzahlen können. Das würde die Steuereinnahmen mindern, warnt er. Bereits vor Corona sei der Sektor von steigenden Kosten (unter anderem durch Regulierung) und einem zunehmenden Konkurrenzkampf getroffen gewesen. Wie es weitergeht, hänge nun viel von der Dauer der Krise ab, meint der Vertreter der Kammer. 2021 riskiere kein so gutes Jahr mehr zu werden.

Neue Zahlen der Luxemburger Finanzaufsicht bestätigen diese Sicht: Das Ergebnis vor Rückstellungen des luxemburgischen Bankensektors beläuft sich bisher, für die ersten neun Monate des Jahres 2020, auf 3,7 Milliarden Euro. Das entspricht einem kleinen Rückgang von 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Derweil werde das Nettoergebnis für das Jahr 2020 „von der Höhe der Rückstellungen für Kreditrisiken aufgrund der Covid-19-Pandemie abhängen“, so die CSSF am Dienstag. Letztere seien bis Ende September auf fast 500 Millionen Euro angestiegen.

Damit die Unternehmen die Herausforderungen möglichst gut meistern können, sei es wichtig, ihnen dabei zu helfen, ihre Substanz zu erhalten, schlussfolgert

Carlo Thelen. Daher sei es weiterhin unabdingbar, den betroffenen Sektoren Hilfen zukommen zu lassen. Die Investitionen (etwa in Immobilien und in die 5G-Infrastruktur) müssten weiter hochgehalten und die Wirtschaft

weiter diversifiziert werden. Zudem müsse die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs im Blick bleiben. „Die Kosten sind zu hoch“, so der Direktor der Kammer. Dabei redet er nicht nur von dem höheren Mindestlohn, sondern auch von beispielsweise den Kosten für Sozialpläne.

Nicht aus dem Blick verlieren dürfe man derweil auch die Ent-

wicklung der Staatsfinanzen. Eine antizyklische Entwicklung sei wohl der richtige Weg, sagt Thelen. Doch gelte es, auch an die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen zu denken, das Kreditrating AAA zu wahren und neue Reserven aufzubauen. Auch für die nächste Krise müsse das Land gerüstet sein.

Luxemburger Wirtschaft erholt sich

RHYTHMUS DER PANDEMIE Auswirkungen der zweiten Welle erwartet

Sidney Wiltgen

Luxemburgs Wirtschaft hat sich im dritten Quartal bisher von den Auswirkungen der Pandemie erholt und weist damit ähnliche Tendenzen auf wie die gesamte Eurozone. Das berichtet die Luxemburger Statistikbehörde Stateg. Sorgen könnten jedoch die erneuten Coronamaßnahmen bereiten. Aber: Ganz so schlimm wie im Frühling sollen die ökonomischen Einbußen nicht ausfallen.

Das staatliche Statistikamt Stateg wartet für das dritte Quartal mit erfreulichen Neuigkeiten auf – und einer Warnung. Wie für die gesamte Eurozone erwartet sich Stateg eine Erholung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im dritten Quartal. Zudem prognostizieren die Statistiker, dass die Auswirkungen der erneuten Coronamaßnahmen nicht ganz so drastisch ausfallen wie im Frühling. In der gesamten Eurozone war das Wachstum des BIP um vier Prozent im ersten und um zwölf Prozent im zweiten Quartal eingebrochen.

Die Erwartungen an das Jahresende sind demnach eher gemischt, schreibt Stateg. Der Anstieg an Infektionen im Oktober habe bereits für Besorgnis im Dienstleistungssektor und in der Industrie gesorgt – mit den erneuten Maßnahmen im November wurde diese dann auch ganz konkret. Die Einkaufsmanagerindizes (PMI), die für den Monat November bereits vorliegen, würden diesen rückläufigen Trend dann auch bestätigen, schreiben die Statistiker. „Der Index ist unter die 50-Punkt Marke gefallen, was auf einen wahrscheinlichen Rückgang des BIP im vierten Quartal hindeutet.“

Freudige Aussichten

Trotzdem gibt es auch freudige Aussichten, schreibt das Stateg. Die Ankündigungen von Impfstoffen mit hoher Wirkkraft wurden von den Börsen gut aufgenommen. Die Auswirkung auf

Dienstleistungen und Haushalte muss hingegen noch abgewartet werden. Insgesamt wird dem vierten Quartal und den erneuten

Corona-Maßnahmen gespannt entgegengeblickt: Die Eindämmungsmaßnahmen betreffen weniger Wirtschaftsbranchen und seien in Luxemburg insgesamt weniger restriktiv ausgefallen als im Rest Europas. Ein weiterer Pluspunkt aus wirtschaftlicher Sicht sei das Bildungssystem, das weitgehend normal funktioniere. Andernfalls wären viele Eltern gezwungen, zu Hause zu bleiben, schreibt das Statistikamt – was wiederum die Wirtschaftsleistung erheblich beeinträchtigt hätte.

Die Wirtschaftsleistung der Industriebranche ist in Luxemburg in den ersten neun Monaten um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr eingeknickt. Das sind drei Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der Eurozone (elf Prozent). Mit Einzug des Herbstes hat sich die Produktion jedoch leicht unter dem Niveau des Vorjahres stabilisiert. Alle Wirtschaftszweige weisen in ihrer Produktivität einen Knick in V-Form auf – mit Ausnahme der Holz- und Textilindustrie, die einen Anstieg an Produktivität von zehn Prozent aufweist, und der Pharmaindustrie, die im Vergleich zum Vorjahr stagniert. Trotz eines leichten Produktionsrückgangs im November scheint sich die Industrie auch im November weiter zu erholen, prognostiziert Stateg.

Der Konsum der Haushalte müsse sich im Vergleich zum Vorjahr im dritten Quartal wieder erholen, schreibt die Statistikbehörde. Im zweiten Quartal war er um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr eingebrochen. Der starke Rückgang ist vor allem auf den starken Einbruch beim Einzelhandel im zweiten Quartal zurückzuführen, als alle nicht-essenziellen Geschäfte schließen mussten. Einige Läden haben im dritten Quartal von einem Aufholphänomen profitiert: Einkäufe und Geschäfte, die im Frühjahr nicht getätigt wer-

den konnten, wurden im Sommer nachgeholt. Trotzdem bleiben die Gesamtumsätze drei bis vier Prozentpunkte unter denen von 2019. Das erklärt sich laut Stateg unter anderem dadurch, dass verschiedene Geschäftszweige, wie z.B. der Verkauf von Benzin oder anderen Brennstoffen, wenig bis gar nicht von einem Aufholphänomen betroffen sind. Einzig die großen Kaufhäuser haben – dadurch dass sie auch im Frühling geöffnet hatten – ein Plus im Verkaufsvolumen von acht Prozent in diesem Jahr zu verzeichnen.

Banken werden vorsichtiger

Weil die Regierung die Wirtschaft mit monetären und fiskalischen Mitteln unterstützt hat, konnten die Banken zinsgünstige Kredite an die luxemburgischen Unternehmen vergeben. Mit einem nahenden Ende der Moratorien jedoch rechnen die Banken mit einigen Kreditausfällen und sind besonders bei Darlehen über längere Zeiträume an Haushalte und Unternehmen vorsichtiger geworden. Ab kommenden Januar gelten dann auch neue Beschränkungen bei Immobilienkrediten: Der vergebende Kredit darf dann maximal 90 Prozent der Gesamtkosten des neuen Eigentums ausmachen, bei Immobilieninvestitionen, die zur Miete freigegeben werden sollen, liegt diese Obergrenze sogar bei 80 Prozent.

Auch der Versicherungssektor hat die Auswirkungen der Pandemie gespürt. Prämieinnahmen auf Lebensversicherungen sind in den ersten neun Monaten um 34 Prozent im Vergleich zum Vorjahr eingebrochen, bei allen anderen Versicherungsarten jedoch um 7,5 Prozent gestiegen. In Bezug auf Lebensversicherungen verhalten sich Investoren an den Märkten auch eher abwartend, schreibt Stateg. Insgesamt jedoch hat die Beschäftigung im Versicherungssektor um 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, während sie im Bankensektor

leicht rückläufig war (minus 1,6 Prozent).

Beschäftigung stabilisiert sich

Die Anzahl an geleisteten Arbeitsstunden ist im August fast wieder auf dem Niveau des Vorjahres angekommen (minus 0,5 Prozent). Zum Vergleich: Während des Lockdowns im April brach die Anzahl an Arbeitsstunden um 27 Prozent ein. Auch im vierten Quartal erwartet sich das Statistikamt aufgrund einer höheren Infektionsanzahl und den einhergehenden Coronamaßnahmen einen Rückgang der Arbeitsstunden. Der Horeca-Sektor sei besonders stark davon betroffen, schreiben die Statistiker, wenden jedoch ein: Mit nur 4,5 Prozent macht die Gastronomie- und Hotelbranche einen Bruchteil der gesamten bezahlten Arbeitsstunden der luxemburger Wirtschaft aus. Die bis Oktober verfügbaren Daten legen jedoch nahe, dass sich die Beschäftigung insgesamt stabilisiert. Die Statistiker haben ein anhaltendes

Beschäftigungswachstum (1,6 Prozent) im Jahresvergleich festgestellt und beobachten eine Arbeitslosenquote, die sich bei 6,3 Prozent eingependelt hat.

Mit der Krise sind auch die Ölpreise eingebrochen. Im April kostete das Rohöl der Sorte Brent 20 US-Dollar pro Barrel, mittlerweile liegt der Preis wieder bei 45 Dollar pro Barrel. Die Statistiker der luxemburger Behörde rechnen bis 2021 mit einem stetigen Anstieg, bis sich der Preis bei 50 US-Dollar stabilisiert. Nicht die Preisstabilisierung, sondern auch die Einführung einer CO₂-Steuer wird für eine Verteuerung der Ölprodukte sorgen. Alleine aufgrund der Steuer rechnet Statec mit einer Teuerung von fünf bis sechs Cent pro Liter auf Benzin, Diesel, Heizöl oder Kubikmeter Gas.

Der erwartete Wiederanstieg der Inflation im nächsten Jahr soll sehr stark von den Erdölprodukten abhängig sein, prognostiziert das nationale Statistikamt. Die Inflation soll laut Behörde noch in diesem Jahr von 0,9 Prozent wieder auf 1,8 Prozent steigen und sich im kom-

menden Frühling der Zwei-Prozent-Marke nähern. Die Rate der Kerninflation soll hingegen von 1,6 Prozent im Jahr 2020 auf 1,4 Prozent sinken – demnach sei nicht mit einer weiteren Indexbranche vor 2022 zu rechnen, meint Statec.

Die CO₂-Steuer hat das Statistikamt etwas genauer analysiert und errechnet, dass die Steuer 2021 eine zusätzliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen von sechs Prozent mit sich bringen wird. Aufgrund einer hohen Preissensibilität gehen die Statistiker davon aus, dass der Kraftstoffverkauf um acht Prozent und der Verbrauch von Gas und Heizöl um zwei Prozent zurückgehen wird. Das primäre Ziel – geringerer Verbrauch an Treibhausgasemissionen – wird erreicht, prognostiziert das Statistikamt. Ohne CO₂-Steuer würde die Behörde mit einem Anstieg von elf Prozent an Treibhausgasemissionen rechnen. Mit der CO₂-Steuer rechnen die Statistiker weiterhin nicht mit einem Rückgang der Emissionen, mit einem Anstieg von vier Prozent fällt dieser aber weniger drastisch aus.

Purchase Managers Index/ Einkaufsmanagerindex (PMI)

Der Einkaufsmanagerindex ist ein Gesamtindex, der einen allgemeinen Überblick über die konjunkturelle Lage in der Industrie ermöglicht. Eine Notierung des Index unter der Referenzlinie von 50 zeigt an, dass die Geschäfte in der Industrie im Vergleich zum Vormonat schrumpften.

Kerninflation

Die Kerninflation ist ein Konzept zur Messung der Preissteigerung, das jedoch bestimmte Güter, wie z.B. Lebensmittel und Energiepreise, ausschließt, da diese stärkeren Schwankungen unterliegen.

Der Arzt aus dem Rechner

Zwei Luxemburger Firmen wollen der Telemedizin in der Pandemie zum Durchbruch verhelfen

Von Thomas Klein

In einer Pandemie überlegt man es sich zweimal, ob man jetzt wirklich die Einkäufe im Laden erledigt – oder doch lieber wieder online bestellt. Die Abneigung gegen überfüllte Räume gilt erst recht, wenn es um einen Arztbesuch geht. Die Aussicht auf stundenlanges Ausharren im Wartezimmer, gemeinsam mit potenziell infektiösen Patienten, schreckt nicht wenige davon ab. Das ist einer der Gründe, warum eine Idee eine Renaissance feiert, die schon vor ein paar Jahren als Allheilmittel gegen explodierende Kosten im Gesundheitswesen galt, aber dann aufgrund der Skepsis von Ärzten und Patienten lange auf der Stelle trat: der Telemedizin. So rechnet die Beratungsfirma McKinsey damit, dass sich der Markt für digitale Gesundheit unter dem Eindruck der aktuellen Krise von rund 350 Milliarden US-Dollar im vergangenen Jahr auf 600 Milliarden Dollar bis 2024 nahezu verdoppeln wird.

Luxemburger Lösung

Auch in Luxemburg wird seit dem Beginn der Pandemie in den Bereich investiert. So haben Patienten und Ärzte seit März Zugriff auf die Telemedizin-Plattform „eConsult“, die von der staatlichen Agentur „eSanté“ ins Leben gerufen wurde. Über die Webseite können Patienten vom heimischen Computer aus direkt mit ihrem Hausarzt oder einem Spezialisten sprechen.

„Von der Funktionsweise ähnelt es grundsätzlich Videoplattformen wie Zoom“, erklärt David Celis, Managing Partner von CMD Solutions, dem IT-Ableger der Wagner-Gruppe und einer der technischen Partner bei der Umsetzung des Projekts. Der Unterschied bestehe hauptsächlich in dem höheren Sicherheitslevel der Lösung mit einer „End-to-End“-Verschlüsselung der Konsultation, so Celis. Außerdem seien die Daten vollständig in Luxemburg gehostet.

Dabei soll die Plattform nicht nur ein Kommunikationsmittel zwischen Arzt und Patient sein, sondern auch ein Werkzeug, um die Organisation medizinischer Abläufe zu erleichtern. So können sich Patienten Krankschreibungen, Diagnosen oder Verschrei-

bungen in ein besonders abgesichertes digitales Fach in der Cloud ablegen oder per E-Mail zuschicken lassen. „Das macht es für den Patienten leichter, seine medizinischen Informationen zu verwalten und mit anderen behandelnden Ärzten zu teilen“, so Celis. Der nächste Schritt sei jetzt, in Zusammenarbeit mit eSanté eine Anbindung der Plattform an die virtuelle Patientenakte „MyDSP“ durchzuführen. Dann könnten beispielsweise bei einem Notfall Ärzte mit einem Blick in die Patientenakte feststellen, ob eine Medikamentenunverträglichkeit oder Vorerkrankungen vorliegen. Auf der anderen Seite würde sich auch für den Patienten die Transparenz erhöhen, wenn er dadurch auch Jahre später Einblick in frühere Diagnosen und Behandlungsmethoden erhält. Das offensichtlichste Argument gegen eine solche zentrale Patientendatei – der Datenschutz – greift nur bedingt, weil in der derzeitigen Situation ja die Krankenkassen ohnehin bereits detaillierte Informationen zu den Krankheitsgeschichten ihrer Kunden haben.

Man habe bereits vor der Pandemie an einer Telekonsultationslösung gearbeitet, aber damit gerechnet, dass es länger dauert, bis die Akzeptanz dafür da ist, sagt auch André Reitenbach, der Geschäftsführer von G-Core Labs, dem zweiten Entwicklungspartner bei dem Projekt. „Wir dachten aber vorher schon, wenn so eine Lösung da ist, werden die Leute es auch mögen. Insofern hat Corona ein bisschen wie ein Katalysator gewirkt. Ich denke, das wird fortan große Akzeptanz finden“, so Reitenbach. Die Zahl der Patienten, die bereits die Lösung genutzt haben, liege im Tausenderbereich, schätzt Celis. Für die Dauer der Krise ist die Plattform für Ärzte und Patienten durch die Förderung des Gesundheitsministeriums kostenfrei. Nach dem Ende der Pandemie wird sie wohl in der jetzigen Form außer Betrieb gesetzt werden. Dann will Celis die Lösung als privatrechtliches Angebot weiterführen. Wie genau das kommerzielle Modell aussehen wird, wissen die Entwickler noch nicht. Wahrscheinlich werden Ärzte und Krankenhäuser eine mo-

natliche Gebühr für die Nutzung zahlen müssen.

Grenzen der Telekonsultationen

Die beiden Entwickler sind sich aber auch bewusst, dass die Telekonsultationen wie sie derzeit stattfinden, noch recht limitiert sind. „Selbstauskünfte kann der Patient genauso gut über den Bildschirm wie in der Arztpraxis geben. Aber zusätzliche Messungen wie zum Beispiel Blutdruck, sind derzeit noch nicht möglich“, so David Celis. Daher habe man eine Reihe von bereits erhältlichen Geräten wie tragbare internetfähige Blutdruckmesser identifiziert, die die mündlichen Konsultationen ergänzen können. Man prüfe bereits, wie man solche Quellen in die Plattform integrieren könne, erklärt Celis. „Wir denken, dass wir erst am Anfang dieser Entwicklung stehen“, sagt Reitenbach. So können smarte Geräte helfen, die Gesundheit chronisch kranker Patienten zu überwachen und den behandelnden Arzt informieren, wenn sie besorgniserregende Muster beobachten. In Zukunft könnte Künstliche Intelligenz dabei helfen, die Diagnostik weiter zu verbessern. So will Amazon seinem Sprachassistenten Alexa beibringen, am Klang des Hustens der Nutzer zu erkennen, ob es sich um Krupphusten oder eine andere Krankheit handelt. „Mithilfe von Künstlicher Intelligenz kann man sehr viele Rückschlüsse schon aus der Optik oder den Verhaltensweisen eines Patienten ziehen. Bewegungsablauf, Körperhaltung, Mimik können alle Hinweise zu bestimmten Krankheitsbildern liefern“, sagt Reitenbach. Noch einen Schritt weitergedacht könnten Gesundheitsämter irgendwann aus aggregierten Daten solcher Plattformen beispielsweise geografische Muster von Gesundheitsinformationen ableiten. Man könnte so möglicherweise in Zukunft Pandemien früher erkennen. Das sei aber alles Zukunftsmusik, betont Reitenbach. Ob und wie solche Plattformen tatsächlich den medizinischen Alltag der Zukunft bestimmen, hängt auch von der Akzeptanz der Technologie bei Patienten, Medizinern und politischen Entscheidungsträgern ab.

● *Corona hat wie*

● *ein Katalysator gewirkt.*

André Reitenbach, G-Core Labs

Luxemburg schnürt die Moonboots

Ende November hat Luxemburgs Raumfahrtsektor ein neues Organ bekommen: Das ESRIC soll die Gewinnung von Rohstoffen im Weltall voranbringen. Schon heute ist Luxemburg Vorreiter.

Der 18. November ist ein nervenaufreibender Tag für Mathias Link. Zwei Jahre Vorbereitung, nun kommt alles unter Dach und Fach. Der Veranstaltungssaal fasst normalerweise 500 Personen, heute sind nur 50 anwesend, darunter Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) als Vertreter der Luxembourg Space Agency (LSA), Thomas Kallstenius, CEO des Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST), per Live-Schalt unter anderem dabei der Generaldirektor der Europäischen Raumfahrtbehörde (ESA) Johann-Dietrich Wörner. 1.600 Menschen sehen per Live-Stream, wie der Vertrag zur Eröffnung des European Space Resources Innovation Centers (ESRIC) mit drei Unterschriften besiegelt wird.

Mathias Link ist neuer Interim Direktor des ESRIC. Unter seiner Leitung soll die Einrichtung zu einem Forschungspool und Wirtschaftshafen werden. Die ESA versammelt hier ihre Kompetenzen und Ausrüstung in Sachen Space Resources unter dem Dach des LIST. Die Frage, die Mathias Link und das ESRIC beschäftigt: Wie können wir Rohstoffe im Weltall gewinnen, vor Ort nutzen und das möglichst profitabel für die beteiligten Luxemburger Unternehmen?

Das ESRIC plant, eine Basisstation auf dem Mond einzurichten, von der aus Asteroiden und Planeten einfacher zu erkunden sind. Die Astronauten sollen sich quasi selbst versorgen können. Denn Raketenstarts für Versorgungsflüge sind sehr teuer. „Es lohnt sich, zum Beispiel Wasser vor Ort zu gewinnen, als Trinkwasser für Astronauten und zur Umwandlung in Treibstoff“, erklärt Mathias Link. Doch zunächst einmal müssen viele Probleme gelöst werden: Energie, Wasser und Sauerstoff, vor allem

Sauerstoff. „Wir fangen jetzt an zu erforschen, wie man Sauerstoff aus Mondgestein extrahieren kann“, sagt Mathias Link. Viele Technologien, zum Beispiel zum Einschmelzen von Mondgestein werden jetzt schon erprobt. Andere sind in der Entwicklung. „Mit ähnlichen Prozessen kann man später auch Metalle aus dem Mondgestein herausholen, zur Herstellung von verschiedenen Strukturen und Systemen, eine Mondstation etwa, technische Geräte oder auch Solarzellen.“ Im kommenden Jahr wird die ESA all ihre Apparaturen und Forschungen zur Sauerstoffgewinnung nach Belvaux verlegen.

In den nächsten zwei Jahren soll das ESRIC eine „Dirty Vacuum Chamber“ bekommen, eine Kammer, in der die Mondbedingungen simuliert werden, samt Vakuum und Temperaturextremen. Weitere Labore und Forschungsfelder sind in Planung. Schon heute ist Luxemburg in Sachen Space Resources Vorreiter. Es geht um einen Markt der Zukunft, der viel Geld bringt. Es geht auch um Ansehen. Luxemburg profiliert sich als Weltraumnation. Die LSA hat 2016 die Plattform SpaceResources.lu in Gang gebracht. Auf ihre Initiative hin hat Luxemburg neben den USA als erstes Land ein Eigentumsrecht für Rohstoffe aus dem Weltall erlassen. Wer abbaut, dem gehört es. So umstritten wie nationale Gesetze zur Fischerei in internationalen Gewässern – Stichwort: Wem gehört die Welt(raumkohl)? Die Initiative und auch der rechtliche Rahmen haben Lockwirkung. Ein Jahr später hat das japanische Startup Ispace seine europäische Zweigstelle in Luxemburg gegründet. „Ispace und SpaceResources.lu haben die gleiche Vision“, sagt Julien-

Alexandre Lamamy, Direktor von Ispace Europe. Im nächsten Jahr wird die erste Transportrakete des Unternehmens auf dem Mond landen, an Bord die Ausrüstung eines ihrer Kunden. 2023 soll der erste eigene Rover durch den Mondstaub rollen, auf der Suche nach Wasser, nach Informationen, auf Erkundungstour. Ispace verkauft die Daten, verkauft die Rover, den Service, als eines der ersten Unternehmen überhaupt. Mobilität auf dem Mond ist wichtig. Das Mondwasser findet man vor allem an den Polen, wo Raketen nicht landen können. Um den Weg dorthin zu finden, sind die Rover mit Kameras ausgestattet und werden von der Erde aus ferngesteuert.

An der Universität Luxemburg experimentiert das Team um Miguel Olivares-Mendez derweil an autonomen Rovern. Er ist Leiter des Lunalab – eines der Spielfelder der Studierenden des neuen Studiengangs Interdisciplinary Space Master. Auf acht Quadratmetern ist Basalt in unterschiedlicher Körnung aufgeschüttet. Die Studierenden arbeiten an kleinen Robotern, die eigenständig über die künstliche Mondlandschaft fahren, Wege durch und um Krater bahnen. Das verantwortliche Forscherteam um Miguel Olivares-Mendez erstellt Algorithmen, mit denen die Roboter lernen, sich auf der Mondlandschaft zurechtzufinden. Die sollen in einigen Jahren verschiedenen Unternehmen zur Verfügung stehen.

50 Firmen im Bereich Space Resources sind in Luxemburg schon ansässig, viele für eine solche Nische in einem so kleinen Land. Das ESRIC soll weitere Firmen locken, ihr Geschäft mit den Weltraumrohstoffen in Luxemburg aufzubauen. Dazu wird das Zentrum einen

Inkubator für Start-ups einrichten, die Technologien zur Gewinnung von Sauerstoff, Wasser, Metallen und Energie, zum Infrastrukturaufbau und der Monderkundung entwickeln.

Oft fällt das Wort Nachhaltigkeit. Seit zwei Jahren arbeitet das Luxemburger Start-up Maana Electric daran, Solarzellen auf dem Mond herzustellen, aus nichts weiter als Mondgestein. „Das große Problem, das bisher für die Gewinnung von Ressourcen im Weltall besteht, ist das Fehlen von Energie“, erklärt CEO Joost van Orschoot. Dieses möchten sie lösen. „Zwar kann man Solarzellen auf den Mond transportieren, doch der Transport von einem Kilogramm in einer Rakete kostet etwa 100.000 Euro.

Außerdem ist das eine vergängliche Lösung.“ Irgendwann funktionieren die Zellen nicht mehr. Maana Electric also möchte die Solarzellen vor Ort herstellen. Zurzeit testet das Unternehmen das mit nachgebaute Mondgestein und außerdem für einen kurzfristigeren Nutzen: mit Wüstensand. Das System extrahiert die Mineralien wie Quarz, Kalzium, Aluminium und Eisen aus dem Sand und verarbeitet diese zu Solarzellen. Die wiederum werden das Gerät antreiben. Im Moment entsteht das System im Labor in Luxemburg, 2021 soll es in der Wüste Solarzellen herstellen und vor Ort nutzen, 2024 sind die ersten Tests auf dem Mond geplant, 2030 soll die Technologie auf dem Mond eingesetzt werden. Das ist

die Timeline.

Ähnlich sieht die des gesamten Industriezweiges aus. Die Entwicklungen in Industrie und Forschung laufen parallel, ergänzen sich in Zukunft. Auch Mathias Link ist zuversichtlich, dass schon in zehn Jahren Astronauten längerfristig auf dem Mond leben können. „Oft gehen die Dinge sogar schneller als man denkt.“ Bis dahin sind Anwendungen wie die von Maana Electric willkommen. „Wir wollen Start-ups unterstützen, deren Technologien langfristig für den Weltraum gedacht sind, bis dahin aber auch auf der Erde Anwendung finden“, sagt Link.

Wir erforschen, wie man Sauerstoff aus Mondgestein extrahieren kann

In zehn Jahren können Astronauten längerfristig auf dem Mond leben.

Mathias Link



Das erste Geschäft mit Mondstaub

ISPACE Luxemburger Firma erhält Zuschlag von der NASA

Yves Greis

Das Luxemburger Unternehmen iSpace wurde ausgewählt, um auf dem Mond Bodenproben für die NASA zu sammeln. Die Mission wird wahrscheinlich zur ersten Bewährungsprobe für das luxemburgische Space-Mining-Gesetz. Über die Bedeutung der Mission sprachen die Beteiligten gestern bei einer Pressekonferenz.

Randy Evans staunte nicht schlecht, als er zum ersten Mal eine Veranstaltung der Luxemburger Raumfahrtbehörde LSA besuchte. Unter all den Flaggen, die aufgehängt waren, fand der amerikanische Botschafter jene seines Landes nicht. Ein Versäumnis der Veranstalter? Immerhin sind die Amerikaner eine Weltraumnation und waren die Ersten, die mit einer bemannten Mission auf dem Mond gelandet sind! Wie sich herausstellen sollte, hatte das Fehlen der Flagge einen Grund. Zu diesem Zeitpunkt hatten Luxemburg und die USA noch keine Absichtserklärung über eine Zusammenarbeit im Weltall unterschrieben. Das würde sich dramatisch ändern, wie der Botschafter gestern bei einer Pressekonferenz berichtete.

Im Mai 2019 reiste der amerikanische Handelsminister nach Luxemburg, um mit seinem luxemburgischen Amtskollegen Étienne Schneider besagte Absichtserklärung zu unterschreiben. Kurz darauf besuchte Astronauten-Legende Buzz Aldrin das Großherzogtum. Es folgte eine Reise luxemburgischer Diplomaten nach Amerika, wo sie sich mit NASA-Chef Jim Bridenstine trafen. Im September 2020 begab sich eine Delegation der NASA nach Luxemburg, um sich mit Wirtschaftsminister Fayot und einer Reihe von Unternehmen aus der Branche zu treffen. Drei Wochen später unterschrieb Luxemburg zusammen mit einer Handvoll anderer Länder, der japanischen Weltraumbehörde JAXA und der

NASA die Artemis-Vereinbarung über die friedliche Zusammenarbeit im Weltall.

„Fruchtbare Zusammenarbeit“

Von der „fruchtbaren Zusammenarbeit“ mit Luxemburg schwärmt auch der japanische Botschafter Jiro Okuyama. So ist zum Beispiel Professor Junichiro Kawaguchi, Initiator des Hayabusa-Projekts, Mitglied des Advisory Board der luxemburgischen Space-Resources-Initiative.

Nun wollen die USA erneut zum Mond. Zum ersten Mal soll eine Frau den Mond betreten und dieses Mal soll eine ständige Präsenz auf dem Erdtrabanten etabliert werden. Eine Weltraumstation – die „Gateway“ – soll in einem Orbit um den Mond geparkt werden: ein erster Schritt in Richtung Mars. Und dieses Mal nimmt die NASA andere Nationen und Privatunternehmen mit an Bord.

Die Eroberung des Sonnensystems ist längst zu einer kollektiven Anstrengung geworden. Und doch ist es ungewöhnlich, wenn ein kleines Land wie Luxemburg, ohne Weltraumhafen und ohne Astronauten, mittedrin ist, wenn ein neuer Meilenstein auf dem Weg zum Mars gesetzt wird. Möglich macht es eine Firma aus Japan, deren europäisches Hauptquartier in Luxemburg-Stadt auf dem alten Werksgelände von Paul Wurth liegt – iSpace.

Aushängeschild des New Space

Das Privatunternehmen hat sich in den letzten Jahren gewissermaßen zum Aushängeschild einer jungen wilden Generation von Weltraumunternehmen in Luxemburg gemausert, die kollektiv als „New Space“ bezeichnet wer-

den. iSpace hat Niederlassungen in Tokio, Luxemburg und Denver. In Luxemburg betreibt die Firma ihre hauseigene Mondlandschaft, in der Rover getestet werden. Eine ähnliche Anlage besitzt in Luxemburg noch High-tech-Schmiede der Uni – das Institut SNT.

iSpace will zum Mond und ist diesem Ziel ein gutes Stück nähergekommen. Als erstes Luxemburger Unternehmen wurde iSpace von der NASA ausgewählt, um an der Artemis-Mission teilzunehmen. Die Männer und Frauen von iSpace sollen auf dem Erdtrabanten Proben von der Oberfläche einsammeln und der NASA verkaufen. Die Proben werden auf dem Mond gelagert, bis die NASA das Mondgestein physisch bergen kann.

Tatsächlich konnte iSpace gleich zwei Verträge mit der NASA abstauben. Einen erhielt die Konzernmutter in Japan und einen die Niederlassung in Luxemburg. Die Mission des Mutterhauses soll 2022 stattfinden. Dabei soll ein Lander auf der Mondoberfläche landen und Proben sammeln. Die Mission der Luxemburger Niederlassung soll 2023 stattfinden. Dabei soll ein Rover zum Südpol des Mondes gebracht werden, der u.a. Proben einsammelt. In beiden Fällen verkauft iSpace das Mondgestein für erschwingliche 5.000 Dollar an die NASA.

Erster Deal mit Rohstoffen im Weltall

Obwohl es bei den Deals nur um eine kleine Menge Mondstein geht, kann die Bedeutung dieser Mission nicht genug betont werden. Darin sind sich alle Beteiligten einig. Bei den Missionen geht es auch darum, einen Präzedenzfall zu schaffen. Es handelt sich dabei um den ersten Handel mit Rohstoffen, der im Weltall stattfindet. Die Transaktion soll zur „Normalisierung“ solcher Geschäfte

beitragen. iSpace glaubt, dass dieses Ereignis der Startschuss für das Erde-Mond-Wirtschaftssystem sein wird. Zum großen Erstaunen internationaler Beobachter hatte Luxemburg 2017 als zweites Land weltweit (nach den Vereinigten Staaten) ein Gesetz erlassen, das den Abbau von Ressourcen im Weltall reguliert und Unternehmen Rechtssicherheit gibt. Ein ähnliches Gesetz befindet sich in Japan derzeit auf dem Instanzenweg.

Der internationale Weltraumvertrag von 1963 regelt, dass kein Land sich einen Himmelskörper aneignen kann. Wie es um die daraus extrahierten Rohstoffe steht, sagt dieser Vertrag nicht. Heute besteht ein Konsens, dass sich diese Rohstoffe angeeignet wer-

den dürfen. Die Artemis-Vereinbarung bestätigte diese Position noch einmal.

Die iSpace-Mission könnte sich auch zum ersten Testlauf für das luxemburgische Space-Mining-Gesetz entwickeln. Das Unternehmen befindet sich bereits mit dem Staat in Gesprächen für eine Lizenz. Offiziell wurde noch kein Antrag gestellt, bestätigte Mathias Link von der Luxemburger Weltraumagentur LSA gestern bei der Pressekonferenz.

Weiterer Schritt zum Mars

Vielleicht bleibt iSpace nicht das letzte Unternehmen aus Luxemburg, das an einer Mondmission der NASA teilnimmt. In einer Pressemitteilung der US-

Botschaft heißt es: „Die NASA freut sich jetzt schon auf weitere Unternehmen aus Luxemburg, die sich der Mission zum Mond anschließen, und gratulierte iSpace.“

Der Abbau von Rohstoffen im Weltall ist für die Eroberung des Sonnensystems von enormer Bedeutung. Es geht dabei nicht darum, die Rohstoffe zur Erde zu schaffen. Vielmehr sollen sie vor Ort genutzt werden, um das Notwendige herzustellen. Darunter Atemluft für die Astronauten und Treibstoff für Raumschiffe. Ein begehrter Rohstoff, der im Weltall abgebaut werden soll, ist Wasser. Space-Mining gilt heute als Voraussetzung für eine Marsmission mit menschlicher Besatzung.

20 Millionen Euro für Spire Global

WELTRAUM Luxemburger Firma erhält Finanzierung durch die EIB

Christian Muller

Erstmals hat Europas Investitionsbank EIB eine junge Firma aus dem New-Space-Bereich mit 20 Millionen Euro Risikokapital ausgestattet. Es gilt, eine Lücke in der Attraktivität des Standortes Europa zu füllen. Es handelt sich dabei um das Unternehmen Spire Global, mit Europasitz in Luxemburg.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist eine besondere Bank. Sie will, wie jede Bank, einen Gewinn erzielen – doch zahlt sie nie eine Dividende an ihre Aktionäre aus. Erwirtschaftete Gewinne fließen ins Eigenkapital der Bank und erlauben ihr, mehr Geschäfte zu tätigen. Die EIB ist eine Art Hausbank der Europäischen Union (EU). Sie hilft, politische Ziele, etwa die Förderung des Binnenmarktes und der Wissensgesellschaft oder grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte und den Kampf gegen den Klimawandel, mit der Finanzierung von ausgewählten Projekten zu unterstützen. Die Anteilseigner der EIB sind die Mitgliedsländer der EU.

Ein Bereich, in dem Europas Investitionsbank seit einigen Jahren tätig ist, ist die Finanzierung von jungen, innovativen Unternehmen, die bereits erste Erfolge vorweisen können und in eine Phase schnellen Wachstums eingetreten sind. Um zu wachsen, brauchen sie jedoch viel Kapital. „Doch bei solchen Finanzierungen klafft in Europa

eine Lücke“, so Hristo Stoykov, zuständig für diesen Bereich bei der EIB, gegenüber dem *Tageblatt*. „Das Angebot in Europa ist sehr unterentwickelt. In den USA und China steht dem Sektor mehr Risikokapital zur Verfügung.“ Ein Hemmnis für die Entwicklung von innovationsstarken Firmen in Europa.

In die Bresche ist, vor ungefähr fünf Jahren, die EIB gesprungen. Etwa 2,5 Milliarden Euro an Venture-Finanzierungen für wachstumsstarke Unternehmen in der Spätphase wurden seitdem an circa 150 Unternehmen vergeben. Das Darlehen wird jeweils auf den Kunden und das Projekt zugeschnitten.

Impfstoff gegen Corona

Die Finanzierungen, die sich meist über fünf bis sieben Jahre hinziehen, sind mit Risiko behaftet. Der Empfänger der Kredite verfügt im Normalfall über keine Sicherheiten, die er einem Investor anbieten kann. Die EIB finanziert daher nie mehr als 50 Prozent eines Projekts. Zudem wird der Kredit in Tranchen ausgezahlt, die an das Erreichen gewisser Ziele gebunden sind. Auch erwartet die EIB bei jedem Projekt eine angemessene Gewinnmarge. Zur Bezahlung gehört meist auch ein kleiner Anteil an der Firma (den die EIB jedoch zurück- oder weiterverkauft).

Ein hoher Gewinn bei einigen Projekten ist notwendig, um Verluste bei anderen aus-

zugleichen, erklärt Hristo Stoykov. Von den getätigten Investitionen „entwickelt sich bisher lediglich ein halbes Dutzend schlechter“. Die Rechnung gehe, unter dem Strich, auf. Zudem haben die Investitionen weitreichende, positive Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft und Wirtschaft. „Wir finanzieren Innovation, von denen alle profitieren.“

Zu den finanzierten Projekten zählen schwimmende Windmühlen zur Stromproduktion und selbstfahrende Busse. Auch ein Impfstoff gegen Corona war dabei. „Im Januar hatten wir bei Biontech angerufen und ihnen 90 Millionen angeboten“, so Hristo Stoykov. Auch das deutsche Unternehmen CureVac, das US-Präsident Donald Trump kaufen wollte, „haben wir finanziert. Etwa ein Dutzend europäische Firmen mit Covid-Strategien haben wir dieses Jahr finanziert.“

Von dieser Art der Finanzierung konnte nun erstmals auch eine Firma aus Luxemburg profitieren: Die EIB hat dem Weltraumunternehmen Spire Global ein Risikodarlehen von 20 Millionen Euro gewährt. Es handelt sich gleichzeitig auch um die erste Direktfinanzierung der EIB in der jungen europäischen New-Space-Industrie.

Ein Netz von 100 Satelliten

Spire Global verfügt über Satellitentechnologie, mit der sich Wetterprognosen erstellen und die Position von Schiffen

und Flugzeugen aus dem Welt-
raum verfolgen lassen. Das
Unternehmen wurde 2012 ge-
gründet und ist in vier Län-
dern (USA, Großbritannien,
Singapur und Luxemburg) ver-
treten. „Wir haben 100 Satel-
liten und 60 Antennen“, so
Geschäftsführer und Gründer
Peter Platzer gegenüber dem
Tageblatt. „Die dritt-größte Kon-
stellation der Welt.“ Die Satelli-
ten sind etwa so groß wie eine
Flasche Wein oder ein Schuh-
karton.

Ein besonderes Angebot von
Spire habe man derweil von
Amazon und Jeff Bezos ab-
geschaut, so Platzer. Dabei geht
es um die Infrastruktur, die
Weltraumunternehmen brau-
chen. „Wir bieten alle Dienst-
leistungen aus einer Hand“,
so der gebürtige Österreicher.
„Dann können Unternehmen
sofort loslegen.“ Die Geschäfts-
sparte „orbital services“ helfe
beim Bau und der Steuerung
von Satelliten, beim Betreiben
einer Bodenstation und beim
Anfragen von Lizenzen. „Wir
haben über 150 Kunden, die

die höchsten Anforderungen
stellen, denen wir diese Infra-
struktur anbieten.“ Zu den Kun-
den zählen S&P, NASA, die
ESA und die Air Force.

Das Geld der EIB will Spire
für Forschung, zur Einstellung
neuer Ingenieure, für eine kom-
merzielle Expansion, für Marke-
ting und für den Start weiterer
Satelliten einsetzen, so der zu-
ständige Investment Officer
Luis Cervera. Details werden
aus wettbewerblichen Gründen
keine genannt. „Wir werden wei-
ter aufbauen und erweitern“, so
Peter Platzer. Es gelte, neue Pro-
dukte auf den Markt zu bringen.
„Europa braucht mehr Innova-
tion. Doch die gibt es nicht ohne
Risikokapital.“

In der Pressemitteilung zur Fi-
nanzierung äußerte sich auch
Paolo Gentiloni, EU-Kommissar
für Wirtschaft, zu der Finanzie-
rung. „Die von privaten Unter-
nehmern bislang noch kaum
beachtete New-Space-Wirtschaft
bietet ein enormes Wachstums-
und Job-Potenzial“, sagt er. „Mit
der Finanzierung der EIB kann
Spire Global bei Forschung und

Entwicklung aufs Tempo drü-
cken, sein Netzwerk für die
Analyse von Weltraumdaten er-
weitern und viele hoch quali-
fizierte Arbeitsplätze schaffen.“
Es soll nicht die einzige New-
Space-Finanzierung durch die
EIB bleiben. Die Entwicklungs-
bank will europäische Welt-
raum-Start-ups künftig verstärkt
fördern.

Luxemburg hat sich derweil
bereits am Kapital von Spire
Global beteiligt. Insgesamt 15
Millionen Euro investierte der
Luxembourg Future Fund in die
Gesellschaft. Der Beteiligungs-
fonds ist auf innovative kleine
und mittlere Unternehmen aus
dem Technologiebereich spezia-
lisiert. Ein Ziel des Fonds ist die
Diversifizierung der Luxembur-
ger Wirtschaft. Spire ist seit Mitte
November 2017 ein luxemburgi-
sches Unternehmen. Von seinen
weltweit 250 Mitarbeitern sind
50 hierzulande tätig. Mit dem
neuen Kapital sollen nun wei-
tere hoch qualifizierte Arbeits-
plätze entstehen.

Mehr Lohn in der Krise

Parlament beschließt Erhöhung des Mindestlohns ab dem 1. Januar

Von Michèle Gantenbein

Die gestrige Parlamentssitzung begann mit der Wahl eines neuen Kinderrechtsbeauftragten. Charel Schmit hat sich mit 45 von 56 gültigen Stimmen gegen zwei andere Kandidaten durchgesetzt. Schmit ist Pädagoge und hat bis vor zehn Monaten in der Erziehschule LTPES unterrichtet. Seit Februar arbeitet er für das Justiz- und das Bildungsministerium an der Jugendschutzreform. Schmit ist außerdem stundenweise an der Universität Luxemburg in der Ausbildung der Sozialarbeiter tätig.

Charel Schmit ersetzt René Schlechter, der Ende des Jahres nach acht Jahren im Amt in Rente geht. Er wird unter besseren Bedingungen arbeiten können. Zum einen ist der Ombudsman für Kinder a Jugendlecher (Okaju) in neue, und größere Räumlichkeiten in der Route d'Arlon gezogen. Zum anderen stehen dem Kinderrechtsbeauftragten künftig mehr Mittel zu. Das kleine Team wird personell erweitert und erhält zusätzliche Kompetenzen.

Das Parlament stimmte gestern auch über den Gesetzentwurf zur Erhöhung des Mindestlohns ab, der ab dem 1. Januar 2021 um 2,8 Prozent steigt. Der Mindestlohn für unqualifizierte Arbeitskräfte steigt um rund 60 Euro auf 2 202

Euro (brutto). Der qualifizierte Mindestlohn steigt um 71,93 Euro auf 2 642 Euro (brutto).

60 500 Mindestlohnempfänger

Wie der Berichterstatter, LSAP-Fraktionschef Georges Engel, erklärte, kommen knapp 60 500 Arbeitnehmer in den Genuss der Erhöhung, 33 500 von ihnen leben in Luxemburg. Die Anpassung komme zu einem opportunen Augenblick, fand Engel. Der Mindestlohn sei ein wichtiges Instrument in der Bekämpfung der Armut und dem Erhalt der Kaufkraft. Trotz der Erhöhung sei es schwierig, mit dem Mindestlohn über die Runden zu kommen. „Wir müssen weitere Anstrengungen unternehmen, insbesondere im Bereich Wohnen“, so Engel. Die Erhöhung schlägt mit 53 Millionen Euro zu Buche.

Damit die Betriebe, die am meisten unter der Corona-Krise leiden, durch die Anpassung nicht zusätzlich belastet werden, erhalten sie eine einmalige finanzielle Hilfe in Höhe von 500 Euro pro Mitarbeiter, dessen Gehalt zwischen dem Mindestlohn und dem qualifizierten Mindestlohn liegt. Die Hilfe richtet sich unter anderem an Betriebe aus dem Horesca- und Tourismusbereich, dem Event-Sektor, dem Handel und dem Kulturbereich.

Marc Baum (Déi Lénk) ärgerte sich über die Arbeitgeber, die seit Jahren argumentierten, der Mindestlohn zerstöre Arbeitsplätze. „Wie viele Arbeitsplätze sind denn in den vergangenen 45 Jahren durch die Mindestloohnerhöhung zerstört worden? Das soll mir mal jemand vorrechnen“, so Baum.

Die DP musste Kritik von Déi Lénk und der CSV einstecken, weil sie einer Mindestloohnerhöhung nur unter der Bedingung zugestimmt hat, dass die Betriebe eine Kompensationszahlung erhalten. Sven Clement (Piraten) bemängelte, dass der Nettomindestlohn trotz Erhöhung immer noch unterhalb der Armuts Grenze liegt, er plädierte für einen Mindestlohn, der mindestens 20 Prozent über der Armuts Grenze liegt.

Auch der Revis wird erhöht. Die Anpassung schlägt laut Berichterstatter Max Hahn (DP) mit 7,1 Millionen Euro zu Buche.

● *Wie viele
Arbeitsplätze sind
denn durch die
Mindestlohn-
erhöhung zerstört
worden?*

Marc Baum, Déi Lénk

„Die wirtschaftliche Substanz erhalten“

Handelskammer sieht Herausforderungen, aber auch Chancen für Unternehmen im kommenden Jahr

Von Nadia Di Pillo

Es kommen harte Zeiten auf die Luxemburger Wirtschaft zu. Bedingt durch den Verlauf der Pandemie sieht die Handelskammer immer noch viele Risiken für das kommende Jahr. „Die Herausforderungen für Unternehmen sind besonders zahlreich und von beispiellosem Umfang“, betonte Direktor Carlo Thelen bei der Vorstellung der Konjunkturaussichten für Luxemburg. Durch die stark steigenden Infektionszahlen bleibe die Unsicherheit groß. Für die weitere Entwicklung sei entscheidend, wie die Pandemie eingedämmt werden könne. Die Aussicht auf einen Corona-Impfstoff verbessert der Handelskammer zufolge die Chancen für eine schnellere Konjunkturerholung. „Die mehr oder weniger flächendeckende Einführung von Impfstoffen ab Anfang 2021 ist ein Hoffnungsschimmer, auch wenn es wohl noch einige Monate dauern wird, bis die ersten nachhaltigen Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft sichtbar werden.“

Prognosen sind derzeit wegen der Pandemieentwicklung extrem unsicher und risikobehaftet. Weil die Auswirkungen auf die einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich sind, deutet aber laut Handelskammer vieles auf eine K-förmige Erholung hin. Dies ist eine Erholung, bei der sich zwischen den Krisenverlierern und den Krisengewinnern eine Kluft auftut. „Das Szenario einer Erholung in K, die je nach Wirtschaftszweigen weitgehend ungleichmäßig verläuft, scheint derzeit realistisch“, sagt Carlo Thelen.

Zu den Krisenverlierern gehören natürlich die Sektoren, die durch die teilweise oder sogar vollständige Einstellung der Tätigkeit stark geschwächt wurden: das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Veranstaltungsbranche, der Tourismus, bestimmte Einzelhandelsgeschäfte in Stadtzentren und Einkaufszentren, Reisebüros und kulturelle Aktivitäten. Zu dieser Kategorie gehören aber auch die rund 30 000 Selbstständigen, bei denen die Armutsgefährdungsquote in Normalzeiten doppelt so hoch ist wie bei den Angestellten. Aus diesem Grund fordert die Handels-

kammer „Ausgleichsmaßnahmen für Selbstständige auf der gleichen Basis wie für Angestellte“. Die Selbstständigen könnten etwa durch die Einführung einer Staffelung der Beihilfen deutlich entlastet werden, so die Handelskammer.

Die Corona-Pandemie trifft das Hotel- und Gaststättengewerbe besonders hart. „Vielen Betrieben wird ein erheblicher Teil, wenn nicht sogar die gesamte Einnahmequelle, entzogen, was zu einem deutlichen Anstieg der Insolvenzen und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen wird“, so die Handelskammer. Auch für Betriebe, die den Lockdown überleben werden, bleibt die Unsicherheit sehr groß, vor allem in Bezug auf die Rückkehr der Kunden. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssten „die von der Regierung angekündigten Hilfen so schnell wie möglich freigegeben und zur Verfügung gestellt werden“. Die Handelskammer fordert aber auch „mehr administrative Unterstützung“ für die von der Krise besonders betroffenen Sektoren, zum Beispiel durch die Einführung eines zinslosen Moratoriums für verspätete Zahlungen an die öffentliche Verwaltung oder auch die Anpassung der Zahlungsfristen an die Rückzahlungskapazitäten der Unternehmen.

Verzögerte Auswirkungen im Finanzsektor

Andere Wirtschaftszweige zeichnen sich durch eine gewisse Widerstandsfähigkeit aus. Dies gilt insbesondere für den Finanzsektor, der durch seine Diversifizierung und Entwicklung in den vergangenen Jahren vergleichsweise gut da stehe. Allerdings müsse man damit rechnen, dass „die Auswirkungen auf den Banken- und Versicherungssektor zeitlich verzögert eintreten“. Carlo Thelen weist darauf hin, dass manche Kunden, ihren Verpflichtungen aufgrund der Krise nicht mehr nachkommen können. Dies habe Folgen für den Banken- und Versicherungssektor und könnte zu einem Rückgang der Umsätze führen, während die Kosten weiter steigen. Gleichzeitig steigern die großen Banken ihre Risikovorsorge – dadurch wird der Beitrag des Fi-

nanzsektors zu den staatlichen Steuereinnahmen zurückgehen, betont die Handelskammer.

Auch der Industriesektor zeichnet sich durch einen deutlichen Aufschwung aus. Das deutet auf eine gute Entwicklung im Jahr 2021 hin – vorausgesetzt, die Auslandsnachfrage bleibt hoch. Trotzdem bleibe „das Umfeld volatil und von strukturellen Herausforderungen geprägt“, etwa in Bezug auf die digitale Transformation und die Energiewende.

Die Bauwirtschaft profitiert weiterhin von der Inlandsnachfrage; diese gute Entwicklung kann sich laut Handelskammer 2021 fortsetzen, wenn die geplanten Investitionen beibehalten werden. Das Gleiche gilt für den ICT-Sektor, der von der zunehmenden Nutzung des Internets und der Cloud-Diensten profitiert.

Um die Corona-Krise zu überstehen, müssten die am stärksten betroffenen Unternehmen auch im Jahr 2021 von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Allgemein müsse die Wirtschaft durch eine „antizyklische Steuerpolitik gestützt werden, die auf hohen öffentlichen Investitionen und einem unternehmensfreundlichen und stimulierenden Umfeld basiert“.

„Eine proaktive politische Strategie“

Weiterhin heißt es: „Der Aufschwung muss entschlossen vorbereitet werden, damit die Wirtschaft wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren kann.“ In dem Sinne sei eine „proaktive politische Strategie notwendig“, um die Gesellschaft auf die vielen Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten, die Wirtschaft zu diversifizieren und die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Die Corona-Hilfen müssten beibehalten und erweitert werden, um das Überleben der Unternehmen abzusichern. Es gehe letztlich darum, „die wirtschaftliche Substanz unseres Landes zu erhalten“, so Thelen.

● **Der Aufschwung muss jetzt vorbereitet werden**

Carlo Thelen, Handelskammer

Fünf weitere Jahre Stahl „made in Luxembourg“

ARCELORMITTAL Einigung bei der Tripartite

Gewerkschaften, Regierung und ArcelorMittal haben sich im Streit um den Stellenabbau beim Stahlkonzern auf eine Lösung geeinigt. Das teilten Gewerkschaften und Regierung gestern Nachmittag mit. Die Produktionsstätten in Differdingen, Dommeldingen, Esch-Belval, Rodange und Bissen sowie die Verwaltung in Luxemburg und Esch/Alzette sollen für fünf weitere Jahre garantiert werden und ein „Plan de maintien dans l'emploi“ ausgearbeitet werden.

536 Stellen wollte ArcelorMittal in Luxemburg streichen, rund 15 Prozent der Arbeitskräfte im Land. Nach der erfolgreichen vorläufigen Einigung bei der Tripartite zwischen dem Unternehmen, der Regierung und den Gewerkschaften soll nun ein „Plan de maintien dans l'emploi“ umgesetzt werden.

Konkret verpflichtet sich Arcelor-

Mittal dazu, in den nächsten fünf Jahren weiter in die Produktionsstätten in Differdingen, Dommeldingen, Esch-Belval, Rodange und Bissen zu investieren. Laut Regierung soll es sich um Investitionen von 165 bis 202,5 Millionen Euro zwischen 2021 und 2025 handeln.

Personalüberschuss

Während der kommenden fünf Jahre wird durch die Verständigung ein Personalüberschuss bei ArcelorMittal herrschen. Dieser soll durch Umbesetzungen, externe Umorientierungen, Verleih von Arbeitskräften und Weiterbildungen abgebaut werden. 280 Personen sollen provisorisch einer „Cellule de reclassement“ zugewiesen werden, bis sie einen neuen Job bekommen können. Neben den „normalen Abgängen“ – Rente, Frührente oder Jobwechsel – sollen außerdem fast

240 Mitarbeiter, die in oder vor 1964 geboren sind, in eine „pré-retraite-ajustement“ gehen. Dies soll ebenfalls im Laufe der kommenden fünf Jahre passieren oder auch darüber hinaus möglich sein, wenn die Sozialpartner sich darüber einig werden.

Die Gewerkschaft OGBL zeigt sich zufrieden mit der Übereinkunft und lobt in ihrem Schreiben auch das „starke Signal“ der beiden Minister Franz Fayot (Wirtschaft) und Dan Kersch (Arbeit). Die Regierung hätte gefordert, dass die Firma einen Teil der ihnen zugeteilten Hilfen zurückbezahlt, wenn sie die in der Tripartite ausgehandelten Abmachungen nicht respektiere. Während der Gespräche habe ArcelorMittal außerdem bestätigt, die Produktionsstätte in Dommeldingen weiter zu unterhalten. Laut OGBL bräuchte man aber einen Industrieplan, um dessen Existenz zu garantieren. (Red.)

Kaufpreise steigen noch schneller als im Vorjahr

WOHNEN Steigerung von 13,6 Prozent im Vergleich zu 2019

Christian Muller

Die Preise für Wohneigentum in Luxemburg steigen immer schneller. Daran hat auch die Corona-Krise nichts geändert. Ganz im Gegenteil: In den ersten neun Monaten sind die Preise noch schneller gestiegen als im Vorjahr. Das zeigen neue Zahlen des statistischen Instituts Statec.

Im Schnitt bezifferte sich der Anstieg der Preise für Wohnimmobilien im Jahr 2019 auf 10,12 Prozent. Ein neuer Rekord. Deutlich mehr als im Vorjahr. Damals, 2018, hatte die Steigerung noch 7 Prozent betragen. 2017 waren es erst 5,6 Prozent. Im Jahr 2014 waren die Preise lediglich um 4,4 Prozent gestiegen.

Auch 2020 werden die Preise wieder um mehr als zehn Prozent zulegen. In den ersten neun Monaten sind sie bereits schneller gestiegen als im Vorjahr. Wer sich im dritten Quartal 2020 hierzulande eine Immobilie kaufen wollte, der musste im Schnitt satte 13,6 Prozent mehr Geld auf den Tisch legen als ein Jahr zuvor. Wohneigentum ist hierzulande demnach

mehr als 50 Prozent teurer als vor fünf Jahren. Die Preise steigen mehr als doppelt so schnell wie im Schnitt der Eurozone.

Der durchschnittliche Preis für eine Wohnung ist bis September 2020 auf 583.072 Euro gestiegen. Ein Jahr zuvor waren es „erst“ 529.286 Euro. Zur selben Zeit ist das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Menschen in Luxemburg leicht geschrumpft.

Leicht weniger Verkäufe

Die Zahl der Verkäufe war derweil in den ersten neun Monaten 2020 leicht rückläufig. Während im Vorjahreszeitraum 5.344 Immobilien den Besitzer gewechselt haben, waren es dieses Jahr nur noch 4.624. Wie üblich verstecken sich hinter der Zahl von 13,6 Prozent einige leichte Unterschiede: So sind beispielsweise neue Wohnungen um 10,8 Prozent teurer geworden, während bestehende Wohnungen 15,3 Prozent (Häuser 13,8 Prozent; Apartmentwohnungen 17,5 Prozent) im Preis zugelegt haben. Wichtigster Faktor für Preisunterschiede ist

für gewöhnlich die Distanz zu Luxemburg-Stadt.

Im Schnitt sind in Luxemburg gute 69 Prozent der Haushalte Besitzer der eigenen vier Wände, 26 Prozent besitzen weitere Immobilien. Die große Mehrheit der Haushalte hat zudem keine Immobilienschulden mehr abzutragen. Der Anteil der Haushalte, die Hypothekenschulden zurückzahlen, liegt bei 31,2 Prozent. Diese Zahlen (von 2018) stammen aus dem von der Luxemburger Zentralbank und dem „Luxembourg Institute of Socio-Economic Research“ erstellten „Luxembourg Finance Consumption Household Survey“.

Für das Vermögen der einzelnen Haushalte spielt es eine große Rolle, ob die eigene Wohnung gekauft oder gemietet wird. Wer sein Haus gekauft hat, der hat später deutlich mehr Vermögen als der, der sich für die Miete entschieden hat. Im Schnitt (Median) haben Besitzer (mit Kreditvertrag) ein Vermögen von 502.000 Euro. Wer jedoch mietet, verfügt im Schnitt nur über 23.000 Euro Kapital.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Klimatechnische Stellschraube

Am 1. Januar kommt die sogenannte CO₂-Steuer. Benzin, Diesel, Heizöl und Gas werden damit teurer, auch damit Luxemburg seine Klimabilanz verbessern kann. Welche Auswirkungen das Drehen an der Preisschraube haben wird, analysierte das Stateg in einer rezenten Studie.

Zurück auf Los. Nach dieser Devise dürfte der gewählte nächste amerikanische Präsident bei seinem Amtsantritt im Januar vorgehen. Dem Monopoly-Motto entsprechend will Biden nämlich die eine oder andere Entscheidung von seinem Vorgänger Trump rückgängig machen. So will der 78-Jährige unter anderem den „Affordable Care Act“ („Obamacare“) stärken und ausweiten, dies nach dem Trump, während seiner Mandatszeit versucht hat, diese abzuschaffen. Und Biden will sofort bei Amtsantritt, dass die USA wieder dem Pariser Klimaabkommen beitreten. Das Abkommen aus dem Jahr 2015 sieht bekanntlich vor, dass die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 stark gesenkt und sie bis 2050 sogar auf null gedrückt werden sollen. Dass die USA, der größte CO₂-Verschmutzer der Welt, sich wieder zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft bekennt ist sicher gut für den Klimaschutz, doch auch kleinere Länder, wie etwa Luxemburg müssen einen Zahn zulegen, um die vorgegebenen Pariser zu erreichen. Laut dem „Plan national intégré en matière d'énergie et de climat“ (PNEC) sollen hierzulande die Treibgas-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 gedrückt werden.

Unter anderem deshalb hat die Regierung hierzulande deshalb beschlossen, zum 1. Januar des kommenden Jahres eine CO₂-Steuer einzuführen, als ein Werkzeug, ganz nach dem Verursacherprinzip um den Verbraucher und der Wirtschaft den finanziellen Ansporn zu geben, klimafreundlicher und nachhaltiger zu handeln. Berechnet wird die Steuer auf pro ausgestoßene Tonne

Kohlendioxid. 2021 werden 20 Euro pro Tonne fällig. Für die Jahre 2022 und 2023 wird die Gebühr jeweils um fünf Euro steigen. Bei der Vorstellung des PNEC hatte Energieminister Claude Turmes („dél gréng“) als Beispiel vorgerechnet, dass etwa ein Autofahrer der 20.000 Kilometer mit einem Durchschnittsverbrauch von 6,8 Litern auf 100 Kilometern fährt, im kommenden Jahr 70 Euro mehr ausgeben muss.

Die Reaktionen auf das Einführen dieser Steuer ist, wie könnte es anders sein, gemischt. So hat die Handelskammer etwa in ihrer Stellungnahme zum vorgelegten Staatshaushalt 2021 in Sachen CO₂-Steuer bemängelt, dass diese den wirtschaftlichen Realitäten des Landes nicht angepasst sei und Betriebe, welche keine technischen Alternativen zum CO₂-Ausstoß hätten, bestraft würden. Die Handwerkerkammer haut in eine vergleichbare Kerbe, zwar wird die neue Steuer begrüßt, allerdings werden Ausgleichsmaßnahmen für Betriebe gefordert, welche keine andere Wahl hätten und welche durch diese neue Steuer besonders betroffen würden. Die Arbeitnehmerkammer CSL wiederum begrüßt die CO₂-Steuer, bemängelt allerdings, dass die angedachte Umsetzung alles andere als sozial ausgeglichen sei. Etwas anders sieht es selbstverständlich der „Mouvement écologique“. Die Umweltorganisation fordert seit Jahren vehement eine nachhaltige Steuerreform ein, welche die fossile und CO₂-intensive Wirtschaft finanziell ins Gebet nimmt und entsprechend zur Kasse bittet.

Die Frage, die unterdessen im Raum

steht, ist die, welche Konsequenzen die neue Steuer haben wird, sowohl auf den Verbrauch fossiler Energieträger als auch – Tanktourismus lässt grüßen – auf die Staatsfinanzen. Das Drehen an der Preisschraube wird dazu führen, dass im kommenden Jahr die Preise für fossile Brennstoffe steigen: Ein Liter Diesel kostet ab Januar 6 Cent mehr, 7 Cent im Jahr 2021 und 9 im Jahr 2023. Beim Benzin sind 5, 6 respektive 8 Cent, die der Autofahrer in Zukunft mehr berappen muss. Das Stateg geht – nach klassischer wirtschaftlicher Logik – davon aus, dass diese Preissteigerungen zu einem Sinken der Nachfrage führen werden. Es soll zu einem Rückgang von acht Prozent beim Verkauf von Kraftstoffen in den kommenden zwölf Monaten kommen und bis 2023 soll der Verkauf sogar um 15 Prozent zurückgehen. Hauptsächlich soll der Diesel-Verkauf an ausländische Kunden rückläufig sein. Der Verkauf von anderen Produkten, wie Gas und Heizöl, soll im kommenden Jahr zwei und bis 2023 vier Prozent weniger verkauft werden. Über den Horizont 2023 hinaus soll die Steuer progressiv nach oben gedrückt werden, auch wenn der Prozentsatz aktuell noch nicht feststeht.

Alles in allem soll dieses Minus an Verbrauch von fossilen Energien dazu führen, dass hierzulande im kommenden Jahr sechs Prozent weniger Treibhausgase in die Luft geblasen werden sollen. Bis 2023 sogar elf Prozent. In seinem Bericht schreibt das Statistikamt, dass die CO₂-Steuer zwar eine notwendiger aber nicht ausreichende Maßnahme sei, um die Emissionen zu drücken. Andere Faktoren wie beispielsweise Subventi-

onen könnten genauso dazu beitragen, wie eine verstärkte Verbreitung von Elektro-Mobilität. Eine detaillierte Analyse, welche Rolle diese bei der Reduzierung der Treibgase spielen, will das Statistikamt in einer weiteren Studie erforschen, auch weil dies ermöglichen wird einzuschätzen, wie viel der Staat noch an der CO₂-Steuer-Schraube drehen muss, um das angegebene Ziel für 2030 zu erreichen.

Was die finanzielle Seite der neuen Steuer angeht, so erklärt das Statéc in seiner Studie, dass im kommenden Jahr über 140 Millionen Euro in die Staatskassen gespült würden. Allerdings wird der Staat unterm Strich weniger einnehmen, als ohne die Steuer (zwar noch nicht im kommenden Jahr, allerdings in mittelfristiger Zukunft). Drei Faktoren sind hierfür verantwortlich: der

Rückgang des Brennstoffverkaufs, daran gekoppelt ein Rückgang des Verkaufs von Tabakwaren (die bekanntlich oft an Tankstellen in großen Mengen erworben werden) und die Erhöhung der Steuergutschrift als soziale Maßnahme (eine Regelung, die besteht um die CO₂-Steuer Haushalte mit niedrigem Einkommen abzufedern). Aber den Schutz des Klimas gibt es eben nicht zum Nulltarif. 
Text: **Hubert Morang**

**Die Frage, die
unterdessen
im Raum steht,
ist die, welche
Konsequenzen
die neue Steuer
haben wird.**

Luxembourg

FinTech Einhornunternehmen PingPong sichert sich innovative E-Geld Lizenz in Luxemburg

Luxembourg (ots/PRNewswire) - - PingPong, Spezialist für nahtlose grenzüberschreitende Transaktionen, verarbeitete bisher über 10 Milliarden Dollar in E-Commerce-Umsatz weltweit

PingPong gibt heute seine Zulassung als E-Geld-Institut durch die Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) in Luxemburg bekannt. Damit wäre das Unternehmen die erste in Luxemburg ansässige B2B-Fintech, die nach ihrer Bewerbung im Dezember 2019 dieses Ziel in der EU erreicht hat. PingPong besitzt ebenfalls Büros in Hangzhou, New York, San Francisco, Japan und Hongkong.

Die Lizenz ermöglicht es PingPong, eine flexiblere Auswahl an Dienstleistungen anzubieten und den Kundenkreis in Zukunft zu erweitern. PingPong hat bereits über 800.000 Verkäufern auf der ganzen Welt in 14 verschiedenen Märkten geholfen. Die Lizenz unterstützt die internationale Expansion der Firma, die im März dieses Jahres mit einer Bewertung von 1,5 Milliarden USD offiziell zum Einhorn wurde. Das Unternehmen kann nun eine sichere elektronische Brieftasche und den Zugang zu einer Vielzahl neuer Dienste bereitstellen.

Während die Banken bei der Digitalisierung nur langsam vorankamen, haben mobile grenzüberschreitende Zahlungsdienste in den letzten Jahren explosionsartig an Popularität gewonnen. Europa ist derzeit führend bei der Entwicklung der Sofortzahlungen, und es wird ein Wachstum von über 500 Prozent (<https://siliconcanals.com/news/startups/joompay-luxembourg-emi-licence/> [<https://siliconcanals.com/news/startups/joompay-luxembourg-emi-licence/>]) bis 2025 erwartet - ein weltweit beispielloses Volumen. Dadurch konnten agile Fintechs wie PingPong vom weltweiten E-Commerce-Boom profitieren, der in diesem Jahr rekordverdächtige 3.914 Billionen Dollar Umsatz (<https://www.emarketer.com/content/global-ecommerce-2020> [<https://www.emarketer.com/content/global-ecommerce-2020>]) erzielen könnte.

Innovation ermöglicht es den Fintechs, den Verbrauchern effiziente Zahlungsdienstleistungen zu wesentlich geringeren Kosten anzubieten, wobei die Lizenzierung von E-Geld-Instituten die Lücke zwischen herkömmlichen Banken und Verbrauchern schließt, indem sie digitale Produkte, Dienstleistungen und Kanäle für die Erfüllung eines breiten Spektrums von Kundenzahlungsbedürfnissen schafft.

Ning Wang, Mitbegründer und Chief Business Officer bei PingPong, kommentiert: "Wir sind sehr stolz darauf, in Luxemburg, einem weltweit renommierten Fintech-Hub und einem Pionier auf dem EU-Markt, die Erlangung einer Lizenz als E-Geld-Institut bekannt zu geben. Dies stärkt unsere bestehenden Services, die Kunden an verschiedenen Marktplätzen wie Amazon, eBay und Walmart unterstützen und uns die Flexibilität geben, unser Geschäftsmodell über E-Commerce-Plattformen hinaus zu erweitern. Es ist ein Beweis für unser internationales Wachstum und es ergänzt die zahlreichen Lizenzen, die wir auf der ganzen Welt halten. Es legt die Grundlage für viele weitere zukünftige E-Wallets. PingPong ist wirklich global ausgerichtet, wobei die Einhaltung der Regeln und die Sicherheit im Mittelpunkt unseres Handelns stehen."

Ning Wang fährt fort: "Durch die Pandemie hat sich der E-Commerce zu einer dominierenden Kraft in der Handelslandschaft und zum Katalysator für die Globalisierung entwickelt. Die Lizenz wird es uns ermöglichen, unser Angebot zu diversifizieren, um unsere Kunden so zu unterstützen, wie es das Bankensystem nicht kann, um unsere Weltklasse-Fähigkeiten im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr zu konsolidieren und gleichzeitig unsere Position als E-Commerce-Bank der Zukunft zu stärken."

Der Finanzminister von Luxemburg, **Pierre Gramegna** meint abschließend: "Gegenwärtig ist Luxemburg einer der führenden Zahlungsverkehrs- und E-Geld-Hubs in der EU, und ich freue mich auf weiteres Wachstum. In diesem Sinne begrüße ich es, dass PingPong seine Präsenz in Luxemburg gerade mit einer neuen E-Geld-Lizenz ausgebaut hat, mit der es seine europäischen Kunden besser bedienen kann."

Informationen zu PingPong Payments

Der Finanzplatz 2021

Schwierige Einnahmensituation für Versicherer, Kreditausfälle für Banken, unsichere Märkte für Fonds

Von Marco Meng

Eine Pleitewelle von vor allem kleinen Unternehmen ist für 2021 ein großes Risiko für die Luxemburger Banken, so Guy Hoffmann, Präsident des Bankenverbands ABBL.

Um die Rückzahlung bestehender Kredite zu verschieben, haben Banken in Luxemburg fast 18 000 Rückzahlungsmoratorien bis Juni gewährt. Ende Oktober waren laut Statoc noch mehr als 3 414 Moratorien in Kraft, die sich auf einen Betrag von fast 800 Millionen Euro belaufen, das sind drei Prozent der ausstehenden Darlehen an inländische Unternehmen.

Gerade als die meisten Kreditmoratorien ausliefen, die von Unternehmen in Anspruch genommen wurden, um die Zeit von Einnahmeausfällen während der Pandemie zu überbrücken, kam die zweite Infektionswelle. „Vor allem der Horesca-Sektor, Tourismus und die Luftfahrtindustrie sind davon betroffen, demzufolge auch Banken, die besonders in diesen Branchen aktiv sind“, sagt Hoffmann. Es wäre darum „illusorisch zu glauben, 2021 und 2022 kämen die Banken ohne Schaden davon“. Auch, weil das Wachstumspotenzial im nächsten Jahr wegen der Unsicherheit begrenzt bleibt.

Bislang war Luxemburg stets das Land mit der niedrigsten Rate an „faulen Krediten“, also Darlehen, die von den Kreditnehmern nicht mehr zurückgezahlt werden können; das werde sicher auch so bleiben, wenngleich die Zahl der faulen Kredite auch für Banken in Luxemburg wohl steige, so Hoffmann. Der Anteil von notleidenden Krediten beträgt in Luxemburg 1,1 Prozent, jeder fünfte davon wurde an Privathaushalte vergeben. Die Notfallpolster, die die Luxemburger Banken aufgebaut hätten, seien jedoch hoch, um die Kreditausfälle verkraften zu können, denkt der ABBL-Vorsitzende. Kredite mit Staatsgarantie, die innerhalb von sechs Jahren nach ihrer Gewährung rückzahlbar sind, können noch bis Ende Juni 2021 gewährt werden.

Nach einer neuen Studie des Research-Unternehmens Forrester werden im Jahr 2021 die europäischen Banken zum Risikomanagement übergehen. Das hieße, sie werden vermehrt Zwangsvollstrec-

kungen vornehmen, die Kreditvergabe an kleine Unternehmen und Hypotheken mit hohem Beleihungswert einschränken und noch mehr negative Zinssätze für Einlagen einführen. Auch habe die Coronakrise die Banken genötigt, ihre digitale Transformation zu beschleunigen und ihre Filialkonzepte zu überprüfen. Eine zunehmende Digitalisierung des Finanzplatzes, die durch die Krise beschleunigt wurde, ist jedenfalls auch nach Meinung von Hoffmann eine Folge der Pandemie.

Auch an den Versicherern im Land – rund 55 Sachversicherer, 195 Rückversicherer und 41 Lebensversicherer – geht die Pandemie nicht spurlos vorüber. Marc Hengen, Geschäftsführer des Versicherungsverbands ACA, schätzt, dass Luxemburgs Versicherer durch die Krise rund 20 Prozent weniger Prämieinnahmen haben als 2019, als sich die Einnahmen auf rund 41 Milliarden Euro belaufen. Das ist ein Minus von rund zehn Milliarden Euro. Für 2021 erwartet Hengen einen weiteren Rückgang des Geschäfts oder bestenfalls eine Stagnation.

Niedrigzins bleibt eine Belastung

Wie für die Banken, so bleibt auch für die Versicherer die Zinssituation eine Belastung. Als Folge davon ändert sich auch der Produktmix bei den Versicherern, sodass zum Beispiel die Lebensversicherer immer mehr fondsgebundene „Unit-Linked“-Produkte verkaufen statt klassischen Lebensversicherungen mit fester Verzinsung. Für die Versicherer stellt sich auch die Frage: Wo investieren, um Renditen zu generieren?

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (EIOPA) teilte in Bezug auf die EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzwirtschaft mit, dass im Rahmen des „Green Deals“ der EU ein Investitionsplan definiert ist, der einen erheblichen Betrag in nachhaltige Investitionen mobilisieren soll, aber Versicherer bislang nur in geringem Ausmaß in nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten im Sinne der Taxonomie investieren. Eine Veränderung der Kapitalanlagestrategie dürfte darum nächstes Jahr forciert werden, auch Digitalisierung und Cyberversiche-

rungen hat die EIOPA als ihre Aufsichtsschwerpunkte für 2021 definiert.

Nach Angaben des Luxembourg House of Financial Technology (LHoFT) zählt Luxemburg inzwischen mehr als 200 Fintech-Unternehmen. Im kommenden Jahr könnten nun nach Banking-Fintechs mehr und mehr Versicherungs-Fintechs (InsurTechs) hinzukommen. Nasir Zubairi, CEO des LHoFT, meint jedenfalls: „Fintechs werden in Luxemburg weiter wachsen und florieren, da es für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Finanzdienstleistungsbranche von zentraler Bedeutung ist.“

Mehr Interesse an Fonds erwartet

Luxemburgs Fonds verwalten derzeit rund 4 600 Milliarden Euro. Zu Beginn der Pandemie-Krise büßten sie etwa 500 Milliarden Euro ein, vor allem, weil die Börsenkurse kurzzeitig in den Keller rauschten. „Das war die erste Auswirkung von Covid-19 auf Luxemburgs Fondsindustrie“, so Camille Thommes, Generaldirektor des Fondsverbands Alfi. Manche Anlageklassen wie Geldmarktfonds waren besonderem Stress ausgesetzt. „Das hat sich dann aber in den nächsten Wochen wieder beruhigt“, erklärt der Alfi-Generaldirektor: Alles in allem habe der Sektor in Luxemburg die Krise gut gemeistert, „auch weil die Kunden, die in Fonds investierten, nicht in Panik gerieten.“

Staatliche Maßnahmen wie die, Verwaltungsratssitzungen und Hauptversammlungen elektronisch durchzuführen, die vereinbarten Übergangsregelungen mit den Nachbarstaaten gefolgt von Homeoffice, das ohne Digitalisierung nicht möglich wäre, gibt auch der Digitalisierung der gesamten Vermögensverwaltung neuen Schub. „Das stärkte bei allen Akteuren das Bewusstsein um die Wichtigkeit der Digitalisierung, sowohl in Ausnahmesituationen wie der Pandemie, aber auch generell“, erklärt Thommes.

Der Brexit, der durch die Pandemie weitgehend überlagert wurde und bald vollzogen werden soll, ist auch bei den Fondsgesellschaften noch nicht „unter Dach und Fach“. Es seien aber alle so gut es

ginge vorbereitet, sagt Thommes: „Der Austausch mit den Behörden lief stets weiter.“ Da wegen der Pandemie der Zins auch 2021 und wohl darüber hinaus niedrig bleibt, rechnet Thommes damit, dass Anleger – sowohl institutionelle, aber vor allem auch private – vermehrt Investmentfonds als langfristige Spar- und Geldanlageprodukte entdecken.

Den Finanzplatz insgesamt sieht Thommes für 2021 jedenfalls nicht

schlecht aufgestellt. Alles, was mit Nachhaltigkeit und Infrastruktur zu tun habe, gewinne stark an Bedeutung, wenngleich voraussichtlich die Märkte weiterhin volatil blieben und die Konkurrenz weltweit wachse.

„Bei Produktpalette und Besteuerung muss Luxemburg wettbewerbsfähig bleiben“, folgert Thommes. Regulatorisch wird für die Fondsbranche nächstes Jahr die Revision der Alternative Invest-

ment Fund Managers Directive (AIFMD), die Umsetzung des Aktionsplanes zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums sowie das Paneuropäische Private Pensionsprodukt (PEPP) und die EU-Kapitalmarktunion wichtig.

*An den Banken
geht das nicht
spurlos vorüber.*

Guy Hoffmann, ABBL-Präsident

Generationenwechsel bei der Börse

Julie Becker löst Robert Scharfe an der Spitze der LuxSE ab

Von Marco Meng

Julie Becker übernimmt die Leitung der Bourse de Luxembourg; Robert Scharfe, der derzeitige Geschäftsführer, wird nach neun Jahren an der Spitze von seinem Amt zurücktreten. Das teilte die Luxemburger Börse (LuxSE) gestern mit. Die 45-jährige Französin Julie Becker wird demnach ab dem 21. April 2021, dem Datum der nächsten Generalversammlung, offiziell die Zügel der Börse übernehmen und ist vom Verwaltungsrat der Börse zur CEO und Vorsitzenden des Exekutivausschusses in Nachfolge von Robert Scharfe ernannt worden. Scharfe (67) wird dann von seinem Amt zurücktreten und vor seinem Ruhestand noch einige Monate Becker begleitend zur Seite stehen, „um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten“, wie die Börse mitteilt.

„Julie Becker hat in den vergangenen sieben Jahren bewiesen, dass sie über die Vision, die Kompetenzen, den Innovationsgeist und die Führungsstärke verfügt, um die Luxemburger Börse erfolgreich in eine glänzende Zukunft zu führen“, kommentiert Frank Wagener, Vorsitzender des Verwaltungsrates der LuxSE.

Becker ist auf regulatorische und rechtliche Fragen im Zusammenhang mit den Kapitalmärkten spezialisiert. Sie kam im Juli 2013 an die Luxemburger Börse und wurde nur zwei Jahre später in den Exekutivausschuss des Unternehmens berufen. Im Dezember 2019 wurde sie zudem zur stellvertretenden CEO von LuxSE ernannt.

Das Gesicht hinter Green Exchange

Auf die Frage, was ihre Prioritäten seien und was sie während ihres Mandats erreichen wolle,

meinte Becker gegenüber dem „Luxemburger Wort“, dass sie vor allem Kontinuität mit der bisher verfolgten Strategie wolle, „nicht nur, um die Positionierung der Luxemburger Börse als Vorreiter im Bereich der nachhaltigen Finanzen zu festigen, sondern auch, um die Digitalisierung unserer Geschäftsbezüge und Dienstleistungen zu beschleunigen und aktiv zur Transformation der Kapitalmärkte im Dienste der Realwirtschaft beizutragen“, so Becker.

Sie ist weithin als innovative Expertin für nachhaltige Finanzen anerkannt und gründete 2016 die von den Vereinten Nationen ausgezeichnete Luxemburger Grüne Börse (LGX), um nachhaltige Investitionen weltweit zu erleichtern. Damit war die Luxemburger Börse die erste weltweit mit einer eigenen Handelsplattform für grüne Finanzinstrumente. Heute sind rund 50 Prozent des weltweiten Marktes für grüne Anleihen dort gelistet. Bis zum 30. April 2020 wurden auf der LGX Anleihen in Höhe von mehr als 268 Milliarden Euro gehandelt.

„Es geht auch darum“, erklärt Becker, „die Attraktivität der Börse dank der bereits eingeleiteten und fortzuführenden kommerziellen Entwicklungen und Kooperationsvereinbarungen international zu unterstützen.“ Die Strategie und die Prioritäten werden auf der nächsten Jahreshauptversammlung der Börse im Frühjahr ausführlicher vorgestellt.

Der Verwaltungsrat hat zudem Arnaud Delestienne mit Wirkung vom 1. Januar 2021 zum Mitglied des Exekutivausschusses von LuxSE ernannt. Delestienne trat der Börse im September dieses Jahres als Direktor für internationale Ka-

pitalmärkte bei. In dieser Funktion leitet er die wichtigen internationalen Primärmarktaktivitäten der Luxemburger Börse und soll die Gesamtaktivitäten des Unternehmens entwickeln.

In 90 Jahren mehrfach Pionier

1928 gegründet, schrieb die Börse Luxemburg gleich in mehreren Aspekten Geschichte: Sie war die erste Börse, an der in Europa Sukuks (Anleihen nach islamischem Recht) gelistet wurden, und ist die Nummer 1 von Dim Sum-Bonds (Anleihen in chinesischer Währung) außerhalb Asiens.

Auch wurde an der Luxemburger Börse die allererste Euroanleihe, die 1963 von Autostrade begeben wurde, notiert. Die Börse selbst hat etwa 125 Mitarbeiter und auf Konzernebene, wozu auch die 2013 gegründete 100-prozentige Tochtergesellschaft Fundsquare gehört, etwa 200. Allein 2019 wurden 10 400 neue Wertpapiere hier notiert, was einem Wert von 1,2 Billionen Euro entspricht. Ende 2019 waren an der Börse mehr als 36 000 Wertpapiere zur Notierung und zum Handel an ihren Märkten zugelassen.

2019 hatte die LuxSE ihren Nettogewinn um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 13,5 Millionen Euro gesteigert.

● Ich will die
● Positionierung
der Luxemburger
Börse als Vorreiter
für nachhaltige
Finanzen festigen.

Julie Becker, Bourse de Luxembourg

Neue Branche

Wie „Luxembourg for Finance“ vergangene Woche meldet, wird Goldman Sachs eine neue Branche seiner Aktivitäten in Luxemburg eröffnen, welche sich vor allem um die europäischen Geschäfte in den Bereichen Private Banking, Investment und Vermögensverwaltung kümmern soll. Damit baut das amerikanische Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen seine Aktivitäten am Luxemburger Finanzplatz weiter aus.

Yves Mersch's Abschied

Der letzte Banker aus der Gründergeneration von 1998 verlässt die EZB

Frankfurt/Luxemburg. Der gestrige Montag markierte für die Europäische Zentralbank (EZB) die endgültige Übergabe des Staffelstabes von der Gründergeneration der Institution an die heutige Führung, als Yves Mersch das Direktorium verließ.

Der 71-jährige Luxemburger ist der einzige Banker, der zu den ursprünglichen 17 EZB-Ratsmitgliedern gehört, die 1998 die Leitung des noch jungen Währungsprojektes übernahmen und bald damit begannen, die Zinssätze in der gesamten Eurozone festzulegen. Da-

mals war Mersch gerade von einer Karriere als Beamter des Finanzministeriums zum ersten Gouverneur der Luxemburger Zentralbank aufgestiegen – eine Institution, die zeitgleich mit der Einführung der gemeinsamen Währung gegründet wurde. Nach einer Verzögerung durch die Forderungen des Europäischen Parlaments nach einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis wurde er 2012 Mitglied des EZB-Direktoriums und 2019 wurde er stellvertretender Vorsitzender des einheitlichen Aufsichtsmechanismus („Single

Supervisory Mechanism“ – kurz: SSM).

Mehr als 20 Jahre bei der EZB

Mersch's 22-jährige Tätigkeit als EZB-Banker ist weitaus länger als die seiner Kollegen aus dem Euro-Raum, und es könnte eine Weile dauern, bis ein anderer EZB-Banker den Rekord von Mersch in Frankfurt übertrifft. Die Amtszeit der Direktoriumsmitglieder ist auf acht Jahre begrenzt und kann nicht verlängert werden. Der dienstälteste Notenbankgouverneur ist der deutsche Bundesbankpräsident

Jens Weidmann, der sein Amt im Mai 2011 antrat – zwei Monate vor seinem niederländischen Kollegen Klaas Knot, gefolgt von Bank of Italy-Chef Ignazio Visco im November.

Der niederländische Zentralbanker Frank Elderson tritt die Nachfolge des Luxemburgers Yves Mersch an – seine achtjährige Amtszeit als Mitglied im Leitungsgremium der Europäischen Zentralbank beginnt heute. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten die Personalie am vergangenen Donnerstag auf dem EU-Gipfel in Brüssel gebilligt.

Bloomberg/dpa/mbb

Der moderate Falke geht von Bord

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK Mandat von Yves Mersch endet

Christian Muller

Am heutigen Montag endet die Amtszeit von Yves Mersch bei der Europäischen Zentralbank. Der am 1. Oktober 1949 geborene Luxemburger kann auf eine bemerkenswerte Karriere zurückblicken. Er ist einer der Väter von Europas Währung, dem Euro.

Nach seinem Studium der Politik- und Rechtswissenschaften in Paris wird Yves Mersch 1974 in die Luxemburger Anwaltskammer aufgenommen. Ein Jahr später tritt er als Assistent ins luxemburger Finanzministerium ein. Kurz darauf wird er für zwei Jahre zum Internationalen Währungsfonds nach Washington entsendet.

Nach seiner Rückkehr beginnt sein Aufstieg in der Behörde. 1978 wird Mersch „Attaché“ im luxemburgischen Finanzministerium. Ab 1983 wird er Ratsmitglied des luxemburgischen Währungsinstituts (Bankenaufsichtsbehörde). Von 1985 bis 1989 ist er Staatskommissar für die Luxemburger Börse (Wertpapieraufsichtsbehörde). Von 1989 bis 1998 ist er Direktor des Schatzamts. Gleichzeitig ist er persönlicher Vertreter des Finanzministers bei den Verhandlungen über den Maastrichter Vertrag. Dann wird er, in den Jahren 1998 bis 2012, erster Präsident der neuen Luxemburger Zentralbank (BCL). Seine vielen weiteren Mandate in Gremien und Verwaltungsräten aufzuzählen, würde einen eigenen Artikel erfordern.

Er ist nicht bekannt für seine Suche nach Harmonie. Als Chef einer unabhängigen Zentralbank spielte er seine Rolle als Kontrolleur der anderen. Egal ob Großbanken, Gewerkschaften oder Politik. Er hat sich mit jedem angelegt. Er ist ein Mann mit Kanten.

Auf seinen regelmäßigen Pressekonferenzen nahm er kein Blatt vor den Mund. Er fand immer klare und deutliche Worte der Kritik, sei es an der staatlichen Finanzpolitik (etwa die zu hohen Konsumausgaben der Regierung), an der schrumpfenden Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft, an den hohen Immobilienpreisen oder an der Indexierung der Gehälter.

Als er von Jean-Claude Juncker für das Direktorium der Europäischen Zentralbank vorgeschlagen wird, eilt ihm bereits ein Ruf voraus. In Frankfurt machen die Mitarbeiter sich Sorgen: Die Gewerkschaft International and European Public Services Organisation (IPSO) stellt sich gegen seine Kandidatur. Seine Entscheidung, 2005 einen Personalvertreter zu entlassen, sei nur „die Spitze des Eisbergs einer langen Vorgeschichte der Repression von Personalvertretern bei der BCL“ gewesen, schreibt IPSO damals an EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy. Auch das Europaparlament hatte sich gegen seine Kandidatur ausgesprochen – es hätte lieber eine Frau auf dem Posten gesehen.

20 Jahre in den obersten Führungsgremien

Trotz aller Einsprüche wird der damals 62-jährige Yves Mersch Ende 2012 ins Gremium nominiert. Seine Fachkompetenz war unbestritten. Er hat den Luxemburger Schock über die einseitige Entwertung des gemeinsamen Frankens durch Belgien miterlebt, und später die Finanz- und die Schuldenkrise. Er kannte das ganze System in- und auswendig. Die Stabilität der Gemeinschaftswährung und der Staatsfinanzen lag ihm sichtbar am Herzen. Er galt als Kandidat der nord-

europäischen Länder, ein geldpolitischer „Falke“, der eine stabilitätsorientierte Linie verfolgt. Er zögerte nicht, zu sagen, dass ein gemeinschaftliches Projekt Regeln und auch mal Härte braucht. Doch auch wenn er aus Überzeugung „Falke“ ist, so hat er sich in Frankfurt scheinbar vor allem bei der Suche nach Kompromissen bewährt. Als Luxemburger kennt er die französischen Sorgen, aber auch die deutsche Angst vor der Inflation. Nur mit Kompromissen kommt Europa voran, das ist dem überzeugten Europäer bewusst.

Im Oktober 2019 wird er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank ernannt. In den Schlagzeilen taucht er regelmäßig weiter auf. Mal mit überzeugenden Fachkenntnissen und wichtigen Aussagen – mal als er seine Frau mit auf Geschäftsreisen mitgenommen hatte.

In der Bank wird er jedenfalls vermisst werden. Niemand sonst kann auf 20 Jahre Erfahrung in den obersten Führungsgremien zurückblicken. Die „Falken“ sind mittlerweile in der Minderheit. Die Notenbank kauft fleißig immer mehr Staatsanleihen auf, drückt immer mehr Geld, finanziert Defizite und hält die Zinsen niedrig. Gegenstimmen gibt es kaum noch.

Trotzdem kann Yves Mersch zufrieden sein. Als er zuerst mit der Gemeinschaftswährung in Kontakt kam, war sie nur ein Traum. Heute ist sie eine der führenden Währungen der Welt. Bleibt zu hoffen, dass seine Botschaft nicht ganz vergessen wird: Allein das Abschaffen der Maastricht-Regeln wird die Wirtschaft nicht verbessern. Früher oder später würde die Stabilität der Währung leiden. Für Wachstum braucht es strukturelle Reformen. Auch, wenn viele es nicht gerne hören.

„Der Druck wird größer“

Studie zu Vermögensverwaltern mahnt: Wer eine Zukunft haben will, muss jetzt handeln

Von Marco Meng

Schon vor der Corona-Krise bestand Handlungsbedarf für die Vermögensverwalter, ein profitables, zukunftssicheres Geschäft zu gewährleisten. Die langfristigen Folgen der Pandemie dürften die europäischen Asset-Manager noch weiter unter Druck setzen, die sich zudem in Fragen von Umweltschutz, Sozialstandards und guter Unternehmensführung (ESG) klar positionieren müssen.

Das geht aus einer aktuellen Studie der Strategie- und Managementberatung zeb mit Hauptsitz Münster und Niederlassung in Luxemburg hervor. Analysiert wurden 44 große Asset-Management-Gesellschaften mit einem signifikanten Geschäft in Europa, die mit insgesamt etwa 34 Billionen Euro rund ein Drittel der global verwalteten Vermögen betreuen.

Im Detail ergab die Studie, dass intensiver Wettbewerb, fallende Gebühren und hohe Kosten die Profitabilität der europäischen Asset-Management-Industrie stark unter Druck setzen.

Carsten Wittrock, Mitautor der Studie und zeb-Partner, erläutert: „Das Kostenwachstum übersteigt aktuell bei den meisten Asset-Managern das Ertragswachstum, so dass die durchschnittlichen Gewinne fallen.“

Zunehmende Marktkonzentration

Die Gebühren stehen aufgrund der langfristig im Durchschnitt eher mäßigen Performance aktiver Fondsmanager, der erhöhten Transparenz und des anhaltenden Erfolgs passiver Anlagestrategien (ETF-Fonds) unter Druck. Auch das weiterhin niedrige Zinsniveau belastet. Lediglich bei den größten Anbietern ließ sich laut zeb zuletzt noch ein überdurchschnittliches Wachstum bei nahezu gleichbleibender Profitabilität beobachten.

Während vor allem kleinere Asset-Manager unterdurchschnittliche Ergebnisse erreichten, zeichneten die ganz Großen der Branche zudem den höchsten Neugeldzufluss. Im Vergleich zur zeb-Studie von 2019 ist demnach auch die Marktkonzentration weiter gestiegen: „Die zehn größten Unternehmen verwalten rund ein Drittel und die zehn Prozent größten Akteure fast zwei Drittel der gesamten Assets“, stellt die Untersuchung fest. Europa ist der zweitgrößte Markt weltweit, auf den 27 Prozent des gesamten verwalteten Vermögens entfallen.

Wer im Asset-Management profitabel sein möchte, muss laut zeb sein Geschäftsmodell strategisch klar positionieren, Kosten sparen und auch ESG-Anforderungen integrieren. Zum neuen Branchenstandard wird nach Ansicht der Studie nämlich die Orientierung der Asset-Management-Anbieter an ESG-Kriterien. Gleichwohl liegen Anspruch und Wirklichkeit der Anbieter in Hinblick auf ESG-Produkte noch zu weit auseinander, so die Studie.

Um mehr Nachhaltigkeit in der Branche zu erreichen, fordert auch der europäische Fondsverband Efama die Schaffung eines zentralen elektronischen Registers für ESG-Daten in der EU. In Europa berücksichtigten laut Efama Ende 2019 Fonds mit einem verwalteten Vermögen von 10,7 Billionen ESG-Kriterien. Was diese Kriterien aber genau sind und wie streng sie angewendet werden, liegt an jedem Fonds selbst.

ESG wird zum „neuen Standard“

Europas Vermögensverwalter, so die zeb-Studie, müssen ESG als neuen Standard implementieren, nicht nur zur Unterscheidung von anderen, sondern, um zukunftsfähig zu sein. Vermögensverwalter

wie Blackrock oder Union Investment sind schon länger dabei, Druck in dieser Hinsicht aufzubauen, und zwar auf Unternehmen, in die investiert wird. So sollen Unternehmen künftig klare Pläne vorlegen, wie sie beispielsweise ihre CO₂-Emissionen bis 2050 auf Null herunterfahren können. Denn sowohl institutionelle wie private Anleger suchen mehr nachhaltige Investitionsmöglichkeiten: Fast die Hälfte des Geldes, das europäische Anleger im dritten Quartal 2020 in Fonds investierten, floss in Nachhaltigkeitsprodukte – oder solche, die sich so nennen. Denn der Markt ist unübersichtlich und komplex.

Laut KPMG gab es 2019 in Europa 2 816 „Responsible Investment“-Fonds in ganz Europa, ein Plus von 27 Prozent im Vergleich zu 2016. Luxemburg ist führend mit einem Anteil von 34 Prozent solcher Fonds. Nach der Recherche von Morningstar erreichte das Vermögen von ESG-Fonds im dritten Quartal des laufenden Jahres 882 Milliarden Euro. Auch hier variieren die Zahlen, weil es aufgrund fehlender Standards nicht einfach ist, die Zahl „nachhaltiger“ Fonds zu zählen.

Sachin Vankalas, der die „Luxembourg Finance Labelling Agency“ (Luxflag) leitet, die seit 2006 nachhaltige Geldanlagen zertifiziert, meinte noch vor Kurzem, wer heute nicht wisse, was ESG bedeute, der verliere Business und Kunden. Bald kann man vielleicht sagen, wer nicht ESG-konform investiert, verliert sein Business und seine Kunden. Noch aber ist es nicht so weit: Zwar will auch die Europäische Union (EU) massiv nachhaltiges Finanzwesen fördern, doch eine grundlegende Definition, was denn nachhaltig ist, fehlt. Und um zu bestätigen, dass Inhalt und die Bezeichnung „ESG“

übereinstimmen, bedarf es verlässlicher Zertifizierungen. In den letzten Monaten hat Luxflag deutlich mehr Fonds zertifiziert. Dahinter stehen rund 130 Milliarden Euro verwaltetes Vermögen. Eine beachtliche Summe, aber sehr wenig angesichts der mehr als 4 600 Milliarden insgesamt, die in Luxemburger Fonds stecken.

Wird es irgendwann eine verbindliche ESG-Definition geben? Sachin Vankalas meint, dass gemeinsame Mindestfaktoren, die ein ESG-Produkt berücksichtigen müsse, wichtiger seien. „Aus meiner Sicht ist ESG-Investieren eher eine Reise als ein Ziel, und wenn man dies berücksichtigt, werden sich die ESG-Faktoren im Laufe der Zeit natürlich entwickeln.“ Vankalas fordert daher „dringend gemeinsame Mindestfaktoren und keine endgültige Definition.“

Bis spätestens zum 10. März 2021 müssen Investmentfonds und Vermögensverwalter die wichtigsten EU-Bestimmungen über nachhaltigkeitsbezogene Angaben erfüllen. „Alle Investmentfonds und Teilfonds – insgesamt 14 000 in Luxemburg – werden verpflichtet sein, Nachhaltigkeit in irgendeiner Form zu verankern“, teilt Luxemburgs Fondsverband Alfa dazu mit, und weiter: „Daraus ergeben sich jedoch keine verbindlichen Regeln für die Zusammensetzung des Portfolios dieser Fonds.“ Der Druck, sich „ESG“ zu nennen, steigt jedenfalls, verlangt Brüssel doch, dass ab kommendem Jahr Finanzberater ihre Kunden verpflichtend danach fragen müssen, ob sie bei der Geldanlage ökologische, ethische oder soziale Kriterien berücksichtigen wollen. Dann kommt es nur noch drauf an, dass auch ESG drin steckt, wo es draufsteht.

Trotz Corona weiter Musterschüler

HAUSHALTSREDE Finanzminister blickt optimistisch in die Zukunft

Luc Laboulle

Trotz Corona-Krise bleibt Luxemburg ein AAA-Land und ein Musterschüler in der Europäischen Union. Zu dieser Schlussfolgerung kam Finanzminister Pierre Gramegna in seiner Haushaltsrede. Luxemburg glänzt aber vor allem bei der Wirtschaftsleistung. Die Prognosen für die Entwicklung am Arbeitsmarkt sind etwas weniger günstig. Im Wettbewerb mit anderen Staaten schneide das Großherzogtum gut ab, erklärte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) bei seiner Haushaltsrede am Mittwochmorgen im Parlament. Mit einer prognostizierten Staatsschuld von 18,9 Milliarden Euro (29,4% des BIP) liegt Luxemburg im Jahr 2021 hinter Estland auf Platz zwei in der EU. Allerdings sei die Progression der Staatsschuld in Estland wegen der Corona-Krise viel höher als in Luxemburg. Lag sie in dem baltischen Staat vor der Krise noch bei 8,4%, ist sie inzwischen auf 23,6% angestiegen. In Luxemburg sei die Staatsschuld zwischen 2019 und 2021 lediglich um 7,4% gestiegen. Damit belege Luxemburg den Spitzenplatz in der Eurozone, sagte Gramegna, auch in den Nachbarländern Frankreich (von 98,1% auf 116,2%/Anstieg um 18,1%), Belgien (von 98,1% auf 113,6%/15,5%) und Deutschland (von 59,6% auf 70,3%/10,7%) habe Covid-19 die Staatsschuld weitaus stärker belastet.

Das ist umso bemerkenswerter, weil Luxemburg im Vergleich zu seinen Nachbarländern mit 5,1% des BIP einen höheren Anteil seines erwirtschafteten Vermögens für wirtschaftliche und soziale Hilfen ausgegeben hat als Deutschland (4,7% des BIP), Frankreich (2,9%) und Belgien (3,9%). Pro Kopf gerechnet habe Luxemburg 4.928 Euro an Hilfen ausgegeben und belege auch damit den europäischen Spitzenplatz vor Irland mit 3.450 Euro. In Anbetracht der überdurchschnittlich hohen

Wohn- und Lebenshaltungskosten in Luxemburg dürfte dies allerdings nicht verwundern. Die Inflationsrate soll von derzeit 0,2% bis 2022 wieder auf 1,8% steigen.

Bei der Arbeitslosenquote sieht die Situation etwas anders aus. Luxemburg liegt mit prognostizierten 7,1% im Jahr 2021 zwar noch unter dem EU-Durchschnitt von 8,6%, belegt unter den 27 EU-Staaten aber lediglich den 13. Platz und bleibt im Vergleich zu den Nachbarländern hinter Deutschland (4%) und Belgien (7%) zurück.

Unzuverlässige Prognosen

Zu Beginn seiner Rede hatte der Finanzminister bereits darauf hingewiesen, dass Prognosen wegen der unsicheren sanitären Lage nicht ganz zuverlässig sein könnten. Hoffnung und Zuversicht auf ein Ende der Corona-Krise schöpfte Gramegna aus der Aussicht auf den baldigen Beginn der Impfungen. Das Coronavirus sei ein Reagenz und ein Katalysator für den Klimawandel, meinte der Minister, der das Land, die Gesellschaft und die Unternehmen „fit für das Klima“ machen will. Die blau-rot-grüne Regierung setzt dabei nicht nur auf energetische und umweltschonende Maßnahmen, sondern auch auf eine Strategie für nachhaltige Finanzen. Dazu gehört die Senkung der „taxe d'abonnement“ von 0,04% auf 0,01%, um Investitionen in nachhaltige Fonds zu fördern. Mit einem Greenwashing des Finanzplatzes habe dies nichts zu tun, dafür würden die Kriterien der europäischen Taxonomie sorgen, entgegnete Gramegna der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“, die diesen Verdacht in ihrem Gutachten geäußert hat.

Hatte Berichterstatter François Benoy in seinem mündlichen Bericht am Dienstag bereits auf Resilienz gesetzt (der Begriff kommt achtmal in seiner Rede vor), blieb Gramegna noch der Nachhaltig-

keit (siebenmal) verhaftet.

Seit der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für 2021 und seiner Hinterlegung im Parlament am 14. Oktober wurde Luxemburg von einer dritten (oder vierten) Coronawelle erfasst. Um finanziell auf diese Entwicklung reagieren zu können, hat die Regierung am 25. November noch mehrere Abänderungen eingereicht, darunter zusätzliche 30 Millionen Euro für die Verlängerung des „Fonds de relance et de solidarité“, 20 Millionen Euro für die Weiterführung des „Régime d'aides“ und 30 Millionen Euro an Investitionshilfen. Darüber hinaus sollen auch die staatlichen Garantien für die Aufnahme von Krediten für Unternehmen und die Kurzarbeit um mehrere Monate verlängert werden. Weitere Haushaltsänderungen betreffen die Hilfen für Künstler und die Erhöhung des Mindestlohns. Für den Kauf des Impfstoffs gegen SARS-CoV-2 hat die Regierung 16,45 Millionen vorgesehen, zur Kostenrückerstattung des „Congé pour raisons familiales“, der „Indemnités pécuniaires de maladie“ und des „Congé pour soutien familial“ zahlt der Staat bis 2023 insgesamt 386 Millionen Euro an die Gesundheitskasse CNS. Zur personellen Verstärkung der Krankenhäuser durch die Rettungsleute vom CGDIS sind 560.000 Euro vorgesehen.

Das Budget des Zentralstaates wird 2020 mit einem Defizit von 5 Milliarden Euro abschließen (gegenüber 60 Millionen Euro Überschuss im Jahr 2019). Für 2021 wird ein Defizit von 2,7 Milliarden Euro prognostiziert. Der Staatshaushalt nach luxemburgischen Buchhaltungsregeln wird 2021 mit einem Defizit von 2,46 Milliarden abschließen. Gramegna schloss sein Exposé mit den Worten „Mir müssen net fir eis Staatsfinanzen beonrouegt sinn“ und stellte weiterhin eine vorsichtige und verantwortungsvolle Finanzpolitik in Aussicht.

WO STEHEN WIR?

Restart auf Raten

Der Staatshaushalt bleibt noch lange in den roten Zahlen

CLAUDE KARGER

„En aussergewöhnlechen Budget fir aussergewöhnleche Zäiten“. Derart hatte Finanzminister Pierre Gramegna bereits bei der Hinterlegung des teuersten und in diesem Jahr besonders wichtigen Gesetz des Jahres den Staatshaushalt 2021 bezeichnet. Um zu verstehen, wie außergewöhnlich dieses Budget ist - und wahrscheinlich auch die nächsten Staatshaushalte sein werden - braucht man nur einen Blick auf die Grafik über die Lage des Zentralstaats (Seite 5) - zu werfen. Die dringlichen Maßnahmen, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern haben in diesem Jahr ein Loch von über 5 Milliarden Euro gerissen. Eine Miese von 640 Millionen - vor allem durch hohe Infrastrukturinvestitionen - war geplant.

Und 2021 wird statt einem Minus von 400 Millionen eins von 2,7 Milliarden beim Zentralstaat stehen. Denn die Unterstützungsprogramme für die Wirtschaft werden noch eine Zeitlang weiter laufen müssen - und es ist zu diesem Moment mehr als ungewiss, wie lange wirklich. Denn die Pandemie ist längst nicht vorbei, auch wenn der Impfstoff einen Großteil der Bevölkerung gegen Covid-19 immunisiert.

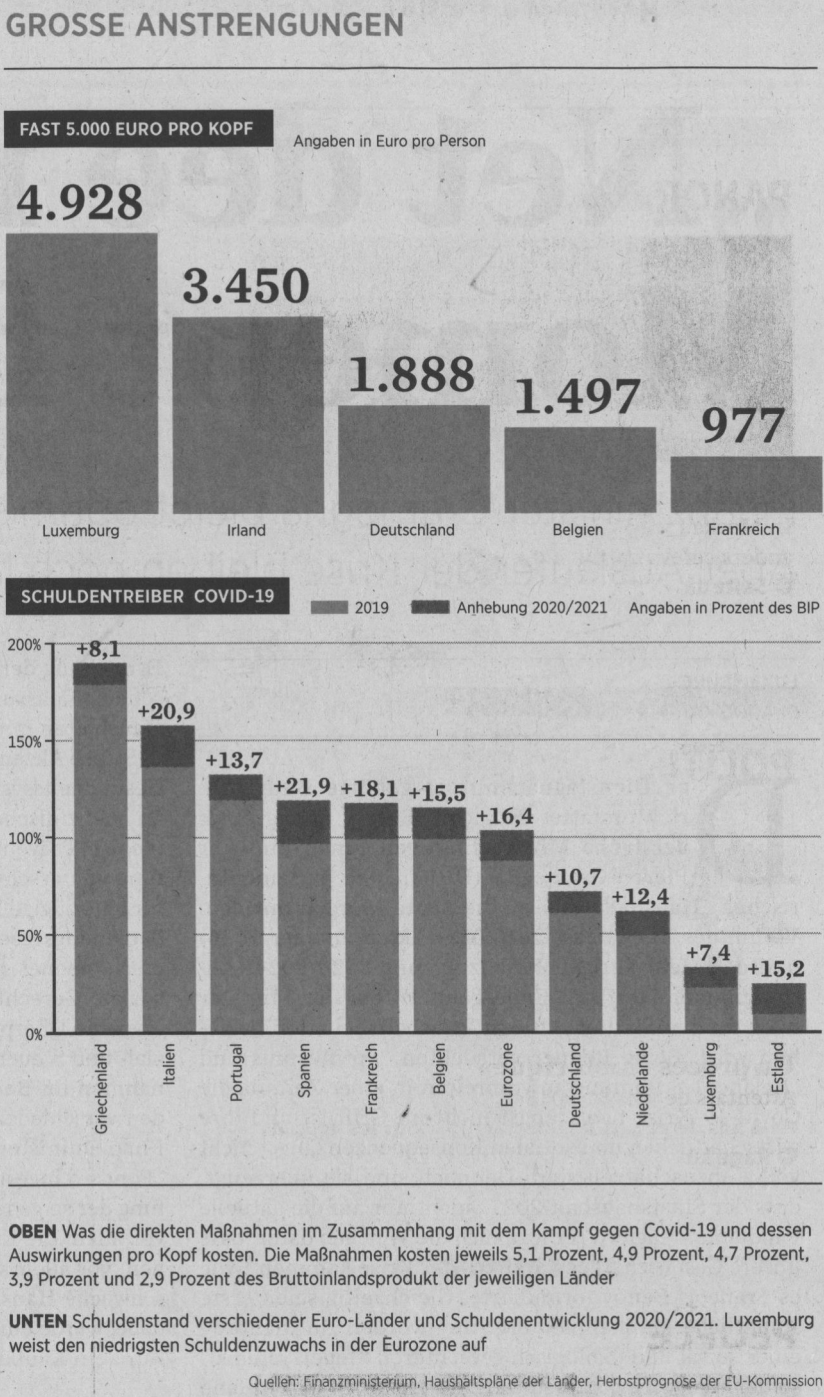
Wenn, wenn, wenn... „Ganz allgemeng ass et awersou, dass des Kris viles verännert huet, an et zu desem Zäitpunkt nach ze fréi ass, fir eng kloer Vue ze hunn doriwwer, wéi d'Situatioun sech an Zukunft entwéckele wäert, souwuel op gesondheetlechem wéi och op finanziellem Plang. Alles wat mer mat Bestëmmtheet wëssen, ass, dass eis Ausgangspositioun no der Kris eng aner wäert sinn, wéi nach virun der Kris“, sagte Finanzminister Gramegna in der Einleitung seines Vortrags zum Auftakt der Budgetdebatten gestern.

Wann genau der Nebel, in dem auch noch andere Gefahren lauern - sollte das Post-Brexit-Arrangement etwa scheitern, bleibt das auch nicht ohne konjunkturelle

Auswirkungen - sich lichtet, bleibt demnach ungewiss. Gewiss ist, dass soviel Anstrengungen wie möglich unternommen werden müssen um zu gewährleisten, dass keine Insolvenzwelle kommt, die eine soziale Krise ungeahnten Ausmaßes nach sich ziehen würde, die wiederum die Staatsfinanzen und die Gesellschaft insgesamt enorm belasten würde.

Dass weder die Hilfspakete noch die Investitionsprogramme nicht zurückgefahren werden können, darüber herrscht nicht nur politischer Konsens, alle europäischen und internationalen Wirtschaftsinstitute warnen vor einer Abschwächung der Interventionen der öffentlichen Hand. Einen „Apel fir den Duuscht“ anzulegen - der Terminus wurde gestern schon fast inflationär benutzt, insbesondere von der Opposition, die der Regierung vorwarf, unzureichend zu sparen - wird also ungleich schwieriger. Ebenso schrumpfen die politischen Spielräume. Denn Reformen, die etwa Steuererleichterungen bringen, werden schwieriger zu machen sein. Das alles wird sich noch über Jahre auch auf die politische Auseinandersetzung auswirken, Versprechen in Wahlprogrammen werden sicher noch stärker auf ihre Kosten und ihren Nutzen abgeklopft werden, derweil - und da hat der Budgetberichterstatter schon Recht - die bestehenden Ausgaben- und Einnahmenposten gründlich überprüft gehören. Auch und gerade weil sie auch anderen Herausforderungen gerecht werden müssen, wie etwa den Kampf gegen den Klimawandel.

Da noch einige Krisenbudgets folgen werden, sollte das kommende Jahr im Rahmen einer Debatte stehen, wie sie in der vorigen Legislatur schon einmal angeleiert worden war: wie sehen wir die Zukunft, wie soll das Land wachsen, die Wirtschaft neu gestartet werden? Aufgrund der harten Krisenerfahrungen muss dabei ein langfristiges Restart- und Schuldensenkungsprogramm rauskommen, im größtmöglichen Konsens.



„Net dee richtige Moment fir ze spueren“

Finanzminister Gramegna bleibt optimistisch
Aber Ausläufer der Krise bleiben noch lange

LUXEMBURG

CLAUDE KARGER

Der Dienstagmittag gehörte Budgetberichterstatter François Benoy (déi gréng), der frühe Mittwochmorgen Finanzminister Pierre Gramegna (DP) in der parlamentarischen „Haushaltswoche“, die heute Morgen mit dem Votum des Budgetgesetzes 2021 (Aktennummer 7666) und der Mehrjährigen Finanzplanung 2020-2024 (Aktennummer 7667) zu Ende geht. Wobei der Minister noch einmal Stellung zu den Haushaltsdebatten beziehen wird. Beide Redner versuchten, Optimismus und „Relance“-Stimmung zu verbreiten in einer Zeit, da die Covid-19-Krise noch längst nicht im Griff ist und ihre wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen längst nicht völlig abzuschätzen sind. Dennoch sind sie überzeugt, dass der Staatshaushalt 2021 „nicht nur auf die aktuelle Pandemie“ reagiert, „er legt auch die Weichen dafür, dass unsere Gesellschaft gestärkt aus der Krise kommen“, wie es François Benoy formulierte. Gleichzeitig seien erste steuerliche Maßnahmen ergriffen worden „in Richtung eines sozial und ökologisch gerechteren Steuersystems“, so der Budgetberichterstatter, der gleich an den Anfang seines 250 Seiten starken Rapports eine Liste von rund 50 Empfehlungen stellte, bei denen Umweltschutz und Kampf gegen den Klimawandel natürlich eine bedeutende Rolle spielen.

Nachhaltig auf allen Ebenen

So empfiehlt er etwa im Rahmen eines nachhaltigen Wirtschaftsaufschwungs eine „ex-ante Nachhaltigkeitskontrolle“ bei der Ansiedlung neuer Unternehmen und Industrien, ein „Fit 4 Climate“-Programm, um Unternehmen auf dem Weg in die Nachhaltigkeit zu begleiten, die Förderung der Kreislaufwirtschaft als Fundament für eine nachhaltige Wirtschaft, die Weiterentwicklung der „Green Finance“, den gezielteren Einsatz staatlicher Beihilfen zur Förderung der emissionsfreien Mobilität oder die Einführung eines transversalen Einsatzes für „Green Budgeting“ – also die systematische Bewertung und Quantifizierung der Umweltauswirkungen der Haushalts- und Finanzpolitik. Die Entwicklung des CO₂-Preises will der Budgetberichterstatter nach 2023 an die Erreichung der Klimaziele koppeln, mit einer automatischen Anpassung des Steuerkredits zur Entlastung von Haushalten mit niedrigem Einkommen.

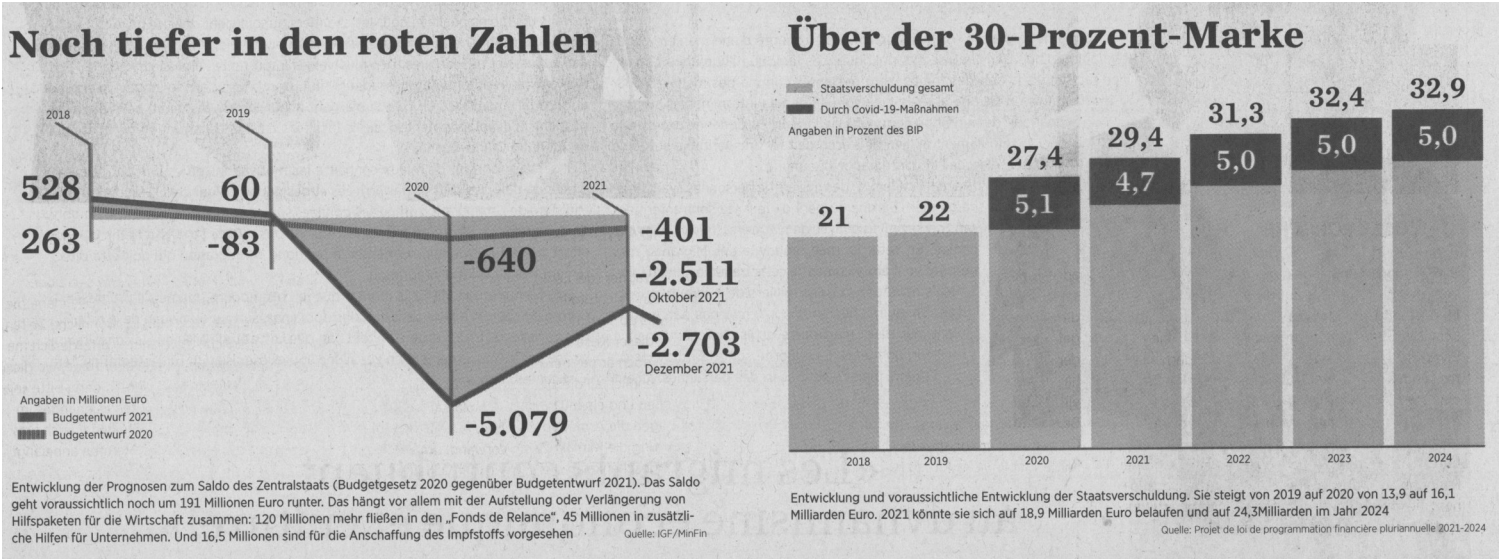
Starke Akzente legte Benoy ferner auf die Stärkung des Gesundheitssystems – hier gelte es vor allem dem Mangel an medizinischem Fachpersonal entgegen zu wirken und mehr in Prävention zu investieren –, die verstärkte Schaf-

fung von erschwinglichem Wohnraum – hier plädiert er für eine zügige Reform der Grundsteuer und des Gemeindeplanungsgesetzes mit einer „substanziellen“ Steuer auf erschlossenes, aber brachliegendes Bauland –, und mehr soziale Gerechtigkeit. Hier mahnt der Berichterstatter etwa die Überprüfung der Umverteilungseffekte im Sozial- und Steuersystem an. Auf die geplanten Steuermaßnahmen im Budgetgesetz und die Reaktionen darauf in den verschiedenen Budgetgutachten ging natürlich auch Finanzminister Gramegna ein. Neben der Reform der „Fonds d'investissements spécialisés“ und der Abschaffung der so genannten „Stock options“ sorgte bekanntlich vor allem die Einführung der CO₂-Steuer für Diskussionen, vor allem was die Kompensierung für einkommensschwache Haushalte anbelangt. Wie der Statec bestätigt habe, werde durch die Erhöhung des Steuerkredits um 96 Euro ein Kaufkraftverlust vermieden.

„Mir müssen net fir eis Staatsfinanzen beonrouegt sinn“

In seinem knapp einstündigen Vortrag ging Pierre Gramegna aber neben den „manner gutt Noriichten“ – sprich die zweite Pandemiewelle und die Unsicherheiten nach dem Brexit – und den „besser Noriichten“ – die Aussicht auf den Impfstoff, der Wechsel im Weißen Haus, der EU-Plan für den wirtschaftlichen Neustart und die besseren Prognosen des Statec, der eine Rezession von 4,5 Prozent des BIP statt 6 Prozent für 2020 voraussieht – auch auf die Unterstützungsprogramme für die Wirtschaft ein, in der ganze Branchen Corona-bedingt schließen mussten. Im Frühjahr hatte die Regierung ein umfangreiches „Neistart“-Paket geschnürt, dessen Maßnahmen mittlerweile bereits angepasst und verlängert wurden – oder noch werden – bis weit ins Jahr 2021 hinein. Auch diese Kosten sind mittlerweile in das Budgetgesetz 2021 eingeflossen. Genau wie die Ausgaben für den Impfstoff, die auf 16,5 Millionen Euro beziffert werden.

Pierre Gramegna unterstrich, dass Luxemburg eine gute Ausgangsposition hatte, um diese Krise, die niemand vorhersah, abzufedern. Europäische und internationale Institutionen würden bekräftigen, dass in punkto Management und Staatsfinanzen immer die richtige Herangehensweise gewählt worden sei. „Et ass net dee richtige Moment fir ze spueren a fir d'Leit an d'Entreprises am Stach ze loosse“, stellte der Finanzminister fest und versprach: „d'Regierung wäert aus dem Grond konsequent seng Investissementspolitik op héigen Niveau halen, an am Sënn vun der Solidaritéit an enger nohalteger Relance handeln“. Luxemburg werde noch eine zeitlang mit den Ausläufern der Krise zu kämpfen haben, müsse aber nicht beunruhigt sein über seine Staatsfinanzen. ●





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Nach Gratis-ÖPNV baut Luxemburg weiter an neuen Angeboten

Luxemburg ist seit 1. März das erste Land der Welt mit einem kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr. Die Bilanz fällt trotz Corona gut aus. Denn die Gratis-"Öffis" haben ein Umdenken bewirkt.

Luxemburg (dpa/lrs) - Der in Luxemburg zum 1. März eingeführte Gratis-ÖPNV hat das zweitkleinste Land der EU bei seiner geplanten Verkehrswende weit vorangebracht: "Der kostenlose Nahverkehr war der Hebel, um in Luxemburg eine echte Mobilitätsrevolution anzukurbeln", sagte Luxemburgs Mobilitätsminister **François Bausch** (Grüne) der Deutschen Presse-Agentur. Natürlich habe die Corona-Pandemie anfängliche Rekord-Passagierzahlen in Tram, Zug und Bus zeitweise wieder ausgebremst. Es sei aber insgesamt ein neues Bewusstsein entstanden für eine andere Mobilität - die auf einen Mix aus Verkehrsmitteln setzt.

Beim Ausbau der "Öffis" sei A und O eine hohe Qualität der Angebote: "Ich stelle fest, dass in die Stadtbahn jetzt Leute einsteigen, die vorher nie in einen Bus gestiegen wären", sagte Bausch. Mit Milliarden-Investitionen unter anderem in Schiene und Tram will er bis 2025 rund 50 Prozent mehr Passagiere in öffentliche Verkehrsmittel locken. Wie viele andere Städte und Länder in Europa leidet Luxemburg unter vielen langen Staus im Berufsverkehr.

Das ist zum Beispiel so zwischen den beiden Wirtschaftszentren im Land - zwischen Luxemburg-Stadt und Esch im Süden, die rund 20 Kilometer auseinanderliegen. "Die Straßeninfrastruktur ist gnadenlos überlastet. Es gibt eine Autobahn, da fährt man in Spitzenzeiten mit Tempo 30", sagte der Minister. Statt eine neue Spur zu bauen, plant er "ein schnelle Stadtbahn", die letztlich den Flughafen über die Hauptstadt und die Uni bis nach Belval verbinden soll.

Zwischen Luxemburg-Stadt und Esch werde die Stadtbahn auf einer Strecke von rund zehn Kilometern bis zu 100 Stundenkilometer schnell fahren. Zudem sei entlang der Route ein "Express-Fahrradweg" geplant. Und auf der Autobahn selbst werde die Pannenspur vergrößert, so dass in Spitzenstunden der Autoverkehr rechts fahren solle, damit zwei Spuren frei seien für Schnellbusse und Car-Sharing. "Es wird ein multimodaler Korridor."

Das Verkehrskonzept in Luxemburg sei nicht eins zu eins auf andere Länder übertragbar. Das Großherzogtum sei mit seinen rund 620 000 Einwohnern und 230 000 Pendlern aber ein urbaner Raum, der sehr wohl vergleichbar sei mit anderen Räumen. Daher gebe es auch ein weltweites Interesse an Luxemburgs Verkehrsstrategie.

Nach Schätzungen der UNO würden in 2050 mehr als 70 Prozent der Menschheit in großen urbanen Räumen leben: "Da müssen wir die urbanen Räume ganz anders organisieren, vor allem in der Mobilität", sagte Bausch. "Wir haben in Luxemburg den ganzen öffentlichen Raum komplett umgestaltet, um den Menschen wieder mehr Raum zu geben und um wieder mehr Leben in die Stadt zu bringen." Das gelte auch mit Blick auf die Klimakrise.

"Wir möchten zeigen, dass Verkehrsplanung im 21. Jahrhundert wekommt von dieser fixen Idee, dass wir Infrastrukturen bauen, um Autos oder Züge zu bewegen. Es geht immer darum, dass wir Menschen bewegen. Und deswegen muss man schauen, dass man immer Korridore entwickelt, in die man auch die ganze Mobilitätspalette einbezieht", sagte er.

Luxemburg hatte am 1. März dieses Jahres als erster Staat der Welt den öffentlichen Nahverkehr im gesamten Land für alle Nutzer kostenlos gemacht. Man braucht keine Fahrscheine mehr: einfach nur einsteigen und mitfahren. Der kostenfreie ÖPNV bedeutet für den Luxemburger Staat Mehrausgaben von 41 Millionen Euro im Jahr.

Corona sorgt für Elektro-Boom

Luxemburgs Autohäuser spüren deutliches Nachfrageplus bei E-Autos

Von Marco Meng

Von Januar bis Oktober 2019 waren in Luxemburg 47 929 neue Personenkraftwagen zugelassen worden – im gleichen Zeitraum des laufenden Jahres sind es knapp 10 000 weniger. Das ist die niedrigste Zahl der Neuzulassungen seit 1996.

„Die Menschen sind zurückhaltend“, erklärt Frank Lentz vom Händlerverband Fedamo. Im Juli und im September dieses Jahres waren zwar sogar mehr Autos verkauft worden als im Jahr davor; der Ausfall von März und April konnte damit aber nicht aufgeholt werden. Was aber deutlich festzustellen ist: Während Benzin- und Dieselfahrzeuge im letzten halben Jahr weniger gekauft wurden, nahmen die Verkäufe von Hybrid- und voll-elektrischen Autos zu.

Verkäufe eingeknickt

„Die Automobilindustrie wurde von der Covid-19-Krise hart getroffen“, sagt Guido Savi vom Verband der Autoindustrie in Belgien und Luxemburg (Febiac). Die Prognose besagt für dieses Jahr einen Rückgang der Autoverkäufe insgesamt von etwa minus 15 Prozent. „Das ist allerdings von Marke zu Marke unterschiedlich“, so Savi, so dass einige Marken besser abschneiden als der Gesamtmarkt.

Kundenkontakte seien nicht weniger geworden, „höchstens zum Teil digitaler“, meint Eric Bailleul,

Geschäftsführer des Mercedesvertragsändlers Merbag. Aufgrund des Lockdowns in der Großregion mussten auch bei Merbag kurzfristig einige Werkstatt-Termine umdisponiert werden. „Im Grunde genommen sind aber sämtliche Verkaufs- und Service-Aktivitäten aktuell im ‚normalen Modus‘“, so Bailleul. Seit Mitte Mai hat das Unternehmen keinen Mitarbeiter mehr in Kurzarbeit. Auch vom Autohaus Losch ist zu erfahren, dass man dort wieder im „Vollbetrieb“ arbeitet, wenngleich derzeit weniger Autos unterwegs und die Werkstätten entsprechend weniger frequentiert sind als üblich.

Größeres E-Angebot

„Was wir vor allem in den letzten Monaten feststellten“, so Savi, „ist eine schnelle Transition hin zur Elektromobilität.“ Das spürt man auch bei Merbag, wie Bailleul bestätigt: „40 Prozent unserer PKW-Bestellungen sind Elektro- oder Plug-in-Hybridfahrzeuge“, erklärt er.

Bei der Arnold Kontz Group arbeitet die komplette Belegschaft seit dem 1. Juni wieder. „Wir sehen, besonders seit wir sowohl bei Jaguar als auch bei Land Rover viele Modellvarianten als Hybridfahrzeuge anbieten, deutlich mehr Nachfrage“, bestätigt Geschäftsführer Benji Kontz.

Das zunehmende Interesse an

E-Autos und vor allem an Hybriden sieht man auch an den Branchenzahlen: Machte der Anteil von Elektroautos letztes Jahr nur 1,8 Prozent der Neuzulassungen aus, hat sich dieser Anteil auf 4,6 Prozent im laufenden Jahr erhöht, bei Hybriden sogar auf 12,6 Prozent. Das heißt, derzeit ist fast jedes fünfte neuzugelassene Auto in Luxemburg mit einem E-Motor ausgestattet. „Im Vergleich zum Vorjahr können wir einen deutlichen Anstieg erkennen“, heißt es von Losch. Dies habe auch mit dem erweiterten Angebot der Modelpalette zu tun. Händler mit einem breiten E-Angebot sind damit in einer besseren Position als diejenigen, die Marken mit wenigen E-Modellen vertreten. Die meisten Modelle mit E-Motor haben die Händler von Mercedes, Audi und BMW, gefolgt von Volvo und Porsche. Das aktuelle Plus bei E-Autos kann freilich auch darauf zurückzuführen sein, dass Menschen, die jetzt nicht unbedingt ein neues Auto brauchen, keines kaufen, während diejenigen, die eins brauchen, die staatliche Förderprämien nutzen, die immerhin bei einem vollelektrischen Neuwagen 5 000 Euro und bei einem Plug-in-Hybrid 2 500 Euro betragen. Aktuell werden auf dem Luxemburger Automarkt laut Händlerverband etwa 140 elektrische Modelle angeboten – von knapp 20 000 Euro

Anschaffungskosten bis 188 000 Euro. Und die Zahl der angebotenen E-Modelle wird weiter steigen: Im kommenden Jahr sollen weitere 45 hinzukommen.

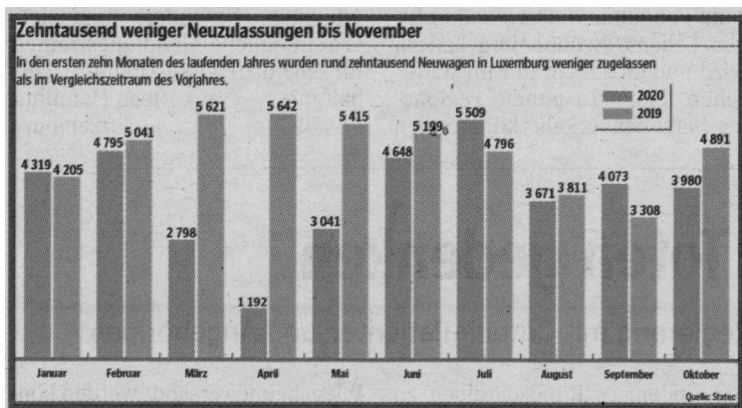
„Die Maßnahmen der Regierung funktionieren“, kommentiert Savi. Sowohl die Prämien würden helfen als auch die Zunahme an Ladestationen im Land: Luxemburg ist heute auf Platz 3 in der EU bei öffentlichen Aufladestationen im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße.

Das im Rahmen von „Neistart Lëtzebuerg“ vorgesehene Budget für die Automobilbranche erfüllte aber laut Kontz „eher einen ideologischen Zweck“ als dass es eine Neustarthilfe für die luxemburger Wirtschaft dargestellt habe. Zuversichtlich ist Kontz für das nächste Jahr. Er erwartet, dass dann auch Leasingkunden „in neue technologisch fortschrittliche Automobile investieren“.

Ein Grund dafür, warum Autohersteller vermehrt E-Autos auf den Markt bringen, sind strengere Abgasnormen. Zum 1. Januar 2021 müssen alle neu zugelassenen Pkw die Abgasnorm Euro 6d erfüllen. Die Emissionsgrenzwerte für Diesel und Benzin sind dann gleich. Seit dem Dieselskandal Ende 2015 geht die Anmeldung von Dieselmotoren in Luxemburg stark zurück.

40 Prozent unserer PKW-Bestellungen sind E-Autos.

Eric Bailleul, CEO von Merbag



Großer Bahnhof für die Tram

MOBILITÄT Zahlreiche Ehrengäste bei der Inbetriebnahme des dritten Teilstücks zwischen Zentrum und Hauptbahnhof

Eric Hamus

Fast auf den Tag genau drei Jahre nach der Einweihung des ersten Teilabschnitts wurde am Sonntag die Tramstrecke zwischen dem Stadtzentrum und dem Hauptbahnhof offiziell freigegeben. Damit konnte ein wichtiges Element des nationalen Mobilitätskonzeptes erfolgreich umgesetzt werden, wie die Verantwortlichen bei einer kleinen Feierstunde betonten.

Ein Schneesturm musste vor drei Jahren gemeistert werden, eine Hitzewelle vor anderthalb Jahren und nun eine Pandemie: Die Freigaben der drei Teilabschnitte der hauptstädtischen Tram standen bisweilen wahrlich nicht unter einem guten Stern. Angesichts der teils hitzig geführten Diskussionen in der Planungsphase, der Kontroversen rund um die Streckenführung, der Kritiken von Anwohnern und Geschäftsleuten in der Bauphase und der Verzögerungen aufgrund der sanitären Krise dürfte wohl so manchem Beteiligten ein deutlicher Seufzer der Erleichterung entglitten sein, als am Sonntagmorgen die Verbindung vom Stadtzentrum zum Hauptbahnhof mit den vier neuen Haltestellen offiziell freigegeben wurde.

Eine Erleichterung, die vielen Anwesenden regelrecht ins Gesicht geschrieben stand und die Luxtram-Direktor André von der Marck zum Auftakt einer kurzen Ansprache im Royal-Hamilius mit folgenden Worten treffend zusammenfasste: „Erlaabt mir, als éischt emol éffentlech e groussen Ouff ze soen!“ Worte, bei denen sogar Großherzog Henri laut auf-lachen musste, nachdem er kurz zuvor den dritten Abschnitt zusammen mit Mobilitätsminister François Bausch („déi gréng“) und Bürgermeisterin Lydie Polfer (DP) feierlich freigegeben hatte.

So hatten sich am Sonntag ent-

lang der Strecke nicht gerade wenige Schaulustige eingefunden, um der ersten offiziellen Fahrt der Tram zwischen dem Stadtzentrum und dem Hauptbahnhof beizuwohnen. Mitfahren durften sie allerdings (noch) nicht: Aus sanitären und sicherheitstechnischen Gründen war die Jungfernfahrt nur einer Handvoll Gästen vorbehalten, die bei Schritt und Tritt an die sanitären Regeln erinnert wurden.

Mit gleich zwei parallel fahrenden Straßenbahnen ging es ab 10.16 Uhr von der „Stäreplaz“ über die drei neuen Haltestellen „Hamilius“, „Place de Metz“ und „Paräisser Plaz“ zum Hauptbahnhof, wo Großherzog Henri unter den Augen zahlreicher Zaungäste und Sicherheitskräfte zunächst noch den Führerstand der ersten Maschine näher unter die Lupe nehmen durfte. Mit der zweiten Tram ging es dann zurück in Richtung „Rousegäertchen“, wo die drei Ehrengäste mit dem Durchschneiden der Tricolore den zwei Kilometer langen Streckenabschnitt offiziell freigaben, bevor sie sich am Centre Royal-Hamilius zu einem kurzen Festakt einfanden.

Damit erstreckt sich die gesamte Trasse nun über acht Kilometer. Zwischen den beiden „Pôles d'échange“, „Luxexpo“ und „Gare centrale“ liegen 13 weitere Haltestellen und drei zusätzliche Umsteigepunkte: „Rout Bréck – Pafendall“, „Stäreplaz“ und „Hamilius“. Pünktlich zur Eröffnung des neuen Abschnitts wurde der Fuhrpark von Luxtram auf 27 Fahrzeuge erweitert. Gleichzeitig wurden 28 neue Fahrer ausgebildet. Somit arbeiten heute 145 Personen für den Luxemburger Fahrbetrieb, der mit der Eröffnung am Sonntag noch lange nicht am Ende seiner Pläne angelangt ist.

Schneesturm, Hitzewelle
und Pandemie

1,3 Millionen Kilometer hätten die Fahrzeuge von Luxtram seit der ersten offiziellen Fahrt am 10. Dezember 2017 absolviert, rechnete Generaldirektor André von der Marck am Sonntag in perfektem Luxemburgisch vor. Nicht weniger stolz äußerte sich der gebürtige Franzose angesichts der Tatsache, dass man es allen Widrigkeiten zum Trotz geschafft habe, sowohl den Zeitplan als auch das Budget einzuhalten.

Ist der Bau einer neuen Straßenbahn in einer europäischen Großstadt an sich schon ein kompliziertes Unterfangen, gestalteten sich die Umstände rund um den dritten Streckenabschnitt durch das Stadtzentrum und das Bahnhofsviertel als besondere Herausforderung. Die Bauarbeiten mussten nicht nur um eine Hauptverkehrsachse, die Großbaustelle Royal-Hamilius und die Führung des öffentlichen Transports herum geplant werden: Neben dem kommerziellen Herzen der Hauptstadt waren auch zahlreiche Anwohner monatelang in ihrem Alltag stark beeinträchtigt. Und dann schlug auch noch Corona zu. „Doch wir haben es geschafft und die Tram ist nun im Herzen der Hauptstadt angekommen“, sagte der Luxtram-CEO.

Bausch erinnerte indessen an die widrigen Umstände, unter denen die Streckenabschnitte bislang freigegeben werden mussten. Beim Festakt zur Eröffnung des ersten Teilstückes am 10. Dezember 2017 war ein regelrechter Schneesturm über die Hauptstadt hinweggefegt. Knapp ein halbes Jahr später, am 28. Juli 2018, war es dann eine Hitzewelle mit Temperaturen um die 40 Grad Celsius, die den Ehrengästen und der Tram auf dem Limpertsberg zu schaffen machte. „Und nun grassiert weltweit eine Pandemie“, fügte der Minister hinzu. „Das kann man kaum noch steigern.“

Trotz aller Schwierigkeiten habe man sich jedoch nicht ent-

mutigen und von den Plänen abbringen lassen. „Im Gegenteil: Wir haben es geschafft, den schwierigsten Teil der Bauarbeiten umzusetzen sowie Zeitplan und Budget einzuhalten“, unterstrich der Minister, der von einem „gewaltigen Schritt“ für das Gesamtmobilitätskonzept des Landes sprach. Den Anwohnern und Geschäftsleuten gebühre sein Dank, genauso wie dem Team um Luxtram-CEO André von der Marck, den Bausch einen Glücksgriff für das Unterfangen Luxemburger Tram nannte.

Er sei sich bewusst, dass die Bauarbeiten für viele Anrainer mit großen Opfern verbunden gewesen seien. Die Belohnung erhielten sie nun aber in Form eines sehenswerten öffentlichen Raums, der nach dem Ende der Arbeiten am Pariser Platz noch schöner werde. „Was wurde uns nicht alles vorgeworfen?“, erinnerte der ehemalige Verkehrsschöffe der Stadt Luxemburg an die Diskussionen vor sieben Jahren. „Wir hätten sie nicht mehr alle, wir würden die Stadt ruinie-

ren. Doch das Gegenteil ist eingetreten“, so der Minister und verwies auf die 2.000 Busse, die dank der Tram nun weniger durch die Hauptstadt fuhr. „Stichwort Abgase und Lebensqualität!“

„Anstrengungen
haben sich gelohnt“

Bürgermeisterin Lydie Polfer dachte ebenfalls an die zahlreichen Bürger und Geschäftsleute, die während der Bauarbeiten der letzten Jahre zahlreiche Einschnitte verkraften mussten. Inzwischen aber zahle es sich aus, diesen Weg gemeinsam eingeschlagen zu haben, so die langjährige Stadtmutter, die gleich mehrmals die gute Zusammenarbeit zwischen sämtlichen Akteuren hervorhob. „Zugegeben, die Bauarbeiten waren langwierig und hart – insbesondere für die Anwohner und Geschäftsleute“, unterstrich Polfer.

Mehr als 122.000 Einwohner

zähle die Hauptstadt heute. „Das geht nicht ohne Anpassungen der Infrastruktur.“ Die Mobilität sei ein sehr wichtiger Bestandteil dieser Anstrengungen. „Aber nicht der einzige Bestandteil: Auch die Verschönerung des öffentlichen Raums ist wichtig“, ergänzte Polfer, die in diesem Zusammenhang etwa die Instandsetzung der Avenue de la Liberté hervorhob.

Mit dem Bau der neuen Tram werde jetzt eine lange Tradition der Stadt Luxemburg fortgesetzt: „Schließlich war Luxemburg eine der ersten europäischen Städte überhaupt, die über eine Straßenbahn verfügten“, sagte die Bürgermeisterin. 145 Jahre lang haben verschiedene Bahn-Generationen das Stadtbild geprägt, bevor das Verkehrskonzept ganz auf den Bus ausgerichtet wurde. Diese werden auch weiterhin Teil eines Mobilitätskonzepts bleiben, das mit der Tram jetzt um ein wichtiges Element erweitert worden sei. „Angesichts des Resultats haben sich die gemeinsamen Anstrengungen gelohnt!“

Fahrzeiten Luxexpo – Gare centrale

Die Tram ist täglich in Betrieb. Von montags bis freitags verlässt die erste Straßenbahn die Haltestelle „Luxexpo“ um 4.30 Uhr. Die erste Rückfahrt ab dem Hauptbahnhof ist um 4.58 Uhr vorgesehen. Zwischen 5.45 und 20.00 Uhr fährt die Tram im Fünf-Minuten-Takt. Außerhalb dieser Zeiten steigt die Wartezeit auf acht bis 15 Minuten.

Samstags gelten die gleichen Abfahrtszeiten am Morgen. Der Fünf-Minuten-Takt gilt allerdings erst ab 12.27 Uhr, und das bis 18.32 Uhr. Außerhalb dieser Zeiten ist eine Wartezeit zwischen fünf und zehn Minuten vorgesehen.

Sonntags fährt die erste Tram ab „Luxexpo“ um 5.15 Uhr. Die erste Rückfahrt ab dem Hauptbahnhof ist um 5.43 Uhr. Zwischen 11.25 und 18.45 Uhr ist ein Zehn-Minuten-Takt geplant. Außerhalb dieser Zeiten gilt ein Takt von 15 Minuten.

Von montags bis sonntags fährt die letzte Tram um Mitternacht (ab „Luxexpo“). Die letzte Rückfahrt ab dem Hauptbahnhof ist für 0.35 Uhr vorgesehen.

Für die rund acht Kilometer lange Strecke zwischen der Luxexpo The Box und dem Hauptbahnhof benötigt die Tram insgesamt 24 Minuten. Dabei werden zwischen den beiden Endstationen noch 13 weitere Haltestellen angefahren.

Noch lange nicht Schluss: So geht es weiter bis 2028

Mit der Freigabe der Strecke zwischen dem Stadtzentrum und dem Hauptbahnhof wurde zwar eine wichtige Phase nun auch offiziell umgesetzt, allerdings ist das ganze Projekt noch längst nicht abgeschlossen. Verkehrsminister François Bausch betonte am Sonntag, dass es sich dabei nur um ein Element von vielen in einem nationalen Mobilitätskonzept handelt, das mit dem gesamten Fahrplanwechsel im Dezember 2023 endgültig in Kraft treten soll.

„Bis dahin machen wir einen Quantensprung in der Schaffung eines multimodalen Verkehrskonzeptes, das eines 21. Jahrhunderts auch würdig ist“, versprach Bausch, der sich angesichts des „aktuellen Elans“ ganz optimistisch zeigte, die noch verbleibenden Etappen ebenfalls erfolgreich abschließen zu können. Tram und Zug sollen dabei das nötige Rückgrat bilden. Deshalb werde auch dem Ausbau des Schienennetzes viel Bedeutung zugemessen, so der Minister, der in diesem Zusammenhang an die Rekordbestellungen des nationalen Eisenbahnunternehmens in Höhe von fast 500

Millionen Euro erinnerte.

Als nächste Etappe nannte Bausch den Ausbau der Tramstrecke an Bonneweg entlang Richtung Howald. Die Arbeiten am Pont Buchler sollen bis Sommer abgeschlossen sein. Anschließend könnten die Tringleise gelegt werden. Der Umsteigepunkt „Bonnevoie“ soll dann im ersten Semester 2022 in Betrieb genommen werden. Im Herbst 2023 könnte dann die Erweiterung der Tram über Howald zur Cloche d'Or folgen, bevor Anfang 2024 am östlichen Streckenende auch der Flughafen an die Tram angeschlossen werden kann.

Die gesamte Strecke beträgt dann 16,4 Kilometer und umfasst neun sogenannte „Pôles d'échange“, wo die Nutzer auf Zug, Bus, Fahrrad oder den Privatwagen umsteigen können. Dies sind neben den Endstationen Findel und Cloche d'Or noch die Umsteigepunkte Howald, Lycée Bonnevoie, Gare centrale, Stäreplaz, Rout Bréck – Pafendall, Luxexpo und Héienhaff.

Mit Rout Bréck – Pafendall und Howald werde das Konzept bis dahin um zwei neue

Bahnhöfe erweitert, während die Kapazitäten des Hauptbahnhofs noch um 30 Prozent ausgebaut werden sollen. Gleichzeitig werden 7.500 Stellplätze auf drei neuen Park-and-Ride-Plätzen bereitgestellt. Ein erstes Gelände mit rund 1.500 Parkplätzen soll bereits nächstes Jahr in der Nähe der Luxexpo öffnen. Es folgen das Areal am neuen Stadion mit 2.000 Plätzen (bis Ende 2021) sowie der P&R Héienhaff mit 4.000 Plätzen. Gleichzeitig will die Regierung dem Parlament bis Ende der Legislaturperiode noch vier weitere Finanzierungsgesetze vorlegen, die den weiteren Ausbau der Tram betreffen. Zum einen soll die Metropole im Süden mit dem Zentrum verbunden werden, zum anderen ist eine Erweiterung der Tram über die route d'Arlon bis zum CHL angedacht. Geplant ist überdies noch eine Strecke nach Hollerich sowie die Anbindung des RTL-Gebäudes auf Kirchberg. Der gesamte Ausbau soll bis 2028 abgeschlossen sein. „Angesichts der Tatsache, dass wir den schwierigsten Teil der Tram von der Planung bis zur Inbetriebnahme in nur sieben Jahren umsetzen konnten, bin ich zuversichtlich, dass wir diesen Ausbau innerhalb der nächsten acht Jahre hinkriegen“, so Bausch.



Großherzog Henri ließ es sich nicht nehmen, Mobilitätsschöffe François Bausch und Bürgermeisterin Lydie Polfer auf der Jungfernfahrt zu begleiten

Endstation Gare centrale

Die Tram fährt vier zusätzliche Haltestellen an

Von Diane Lecorsais

Luxemburg. „Erlauben Sie mir, zuerst ein großes ‚Uff‘ zu sagen“, meinte Luxtram-Direktor André von der Marck gestern in seiner Ansprache zur Einweihung der erweiterten Tramstrecke: „Weil wir es geschafft haben. Damit ist der Abschnitt, der am schwierigsten zu bauen war, nun fertig.“

„Uff“, das werden sich in der Tat viele gesagt haben, als die Strecke zwischen Stäreplatz und Gare centrale fast auf den Tag genau drei Jahre nach der Eröffnung des ersten Abschnitts in Kirchberg für den regulären Betrieb freigegeben wurde: Nutzer des öffentlichen Transports, Anwohner, Geschäftsleute, die am Bau beteiligten Firmen und ihre Mitarbeiter, aber auch die Verantwortlichen aus der Politik. Denn auch wenn die Strecke damit trotz Corona wie geplant noch in diesem Jahr fertiggestellt wurde, ist bekannt, dass die vergangenen Jahre nicht einfach waren; die Megabaustelle im Herzen der Stadt mit zahlreichen Einschränkungen verbunden war. Umso größer ist die Erleichterung, dass es nun geschafft ist.

Großherzog Henri im Führerstand

Um kurz nach 10 Uhr brachen gestern zwei Tramfahrzeuge von der Stäreplatz aus zur Jungfernfahrt auf dem neuen Streckenabschnitt auf. Mit an Bord waren Großherzog Henri, Mobilitätsminister François Bausch, Bürgermeisterin Lydie Polfer sowie Luxtram-Direktor André von der Marck, Vertreter der Medien sowie eine begrenzte Anzahl von Ehrengästen. Eine Einweihung in Corona-Zeiten ist ein schwieriger Spagat, weshalb die Anzahl der Teilnehmenden eingeschränkt wurde; zuge-

lassen war nur, wer angemeldet war, es galt Maskenpflicht.

Durch die Avenue Emile Reuter und über den Boulevard Royal fuhren die beiden Tramfahrzeuge parallel zueinander zum ersten Halt: Hamilius. Von dort aus ging es weiter über den Pont Adolphe auf die Place de Metz, dann auf die Place de Paris und schließlich bis vor die Gare centrale, wo bereits zahlreiche Schaulustige auf die Ankunft der Tram warteten. Großherzog Henri nutzte die Gelegenheit für einen Besuch im Führerstand und ließ sich vom Fahrer eingehend erklären, wie sich ein Tramfahrzeug fährt.

Erleichterung bei den Händlern

Anschließend ging es wieder zurück auf die Paräisser Plaz in der Avenue de la Liberté, wo einige Geschäftsleute das Geschehen vor ihren Ladenlokalen verfolgten. Großherzog Henri suchte beim Zwischenstopp sogleich das Gespräch, erkundigte sich bei den Händlern, wie es ihnen ergangen ist. Schließlich folgte mit dem Durchtrennen des Tricolore-Bands in Höhe des Rousegärtchen der finale Einweihungsakt - den die inzwischen recht zahlreichen Schaulustigen mit einem Applaus quittierten.

„Heute erfolgt ein Schritt, der gewaltig ist in unserem Mobilitätskonzept“, sagte Minister François Bausch später bei seiner Ansprache mit Verweis auf das Zusammenspiel zwischen Tram, den geplanten Park&Rides, den neuen Bahnhöfen in Howald und Pfaffenthal, dem ausgebauten Hauptbahnhof und dem neuen Busnetz. „Die Tram ist das Rückgrat“, so Bausch. Die neue Strecke sei planmäßig fertiggestellt worden, das

Budget – rund 345 Millionen Euro – eingehalten. Viele hätten in den vergangenen Jahren Opfer bringen müssen. „Aber die Belohnung, die jetzt da ist, war es wert.“

Auch Bürgermeisterin Lydie Polfer ging auf die schwierige Situation während der Bauarbeiten ein. „Ja, die Baustelle war hart, für die Geschäftsleute und für die Anwohner. Ich habe oft gesagt, wir müssten ‚op d' Zänn bäissen‘. Aber nun sehen wir, es hat sich gelohnt“, so die Bürgermeisterin, die denn auch von dem neuen Erscheinungsbild der Avenue de la Liberté schwärmte und auf die noch bevorstehende Erneuerung der Place de Paris verwies.

Damit sich die Tram harmonisch ins Stadtbild einfügt, ist sie bis zum Hauptbahnhof übrigens weiterhin ohne Oberleitung unterwegs und wird stattdessen an den Haltestellen über eine Ladeschiene im Boden mit Strom versorgt.

2022 bis nach Bonneweg

Wie André von der Marck unterstrich, sorgen bei Luxtram inzwischen 145 Mitarbeiter dafür, dass der Betrieb reibungslos läuft. Alle fünf Minuten erhalten Passagiere unter der Woche eine Verbindung. Dafür wurden nun 28 zusätzliche Tramfahrer ausgebildet, 27 Fahrzeuge sind auf der Strecke im Einsatz. Seit ihrer Inbetriebnahme im Jahr 2017 habe die Straßenbahn inzwischen 1,3 Millionen Kilometer zurückgelegt, so André von der Marck.

Und deren dürften in den kommenden Jahren noch etliche hinzukommen. Mit den vier neuen Stationen erstreckt sich die Trasse inzwischen über acht Kilometer. Und die nächsten Ziele stehen fest, wie Minister François Bausch unterstrich: Im ersten Semester 2022 soll das nächste Teilstück bis zum Lyzeum in Bonneweg eröffnet werden. Im Herbst 2023 geht es weiter bis zur Cloche d'Or, Ende 2023 beziehungsweise Anfang 2024 bis zum Flughafen Findel.

Um elf Prozent rückläufig

Wie die Pandemie die Moselschifffahrt trifft

LUXEMBURG

LJ

Die Pandemie hat auch Auswirkungen auf die Binnenschifffahrt. So wurde in Frankreich ein Rückgang der Warentransportvolumina auf der Mosel um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet, wie die CSV-Abgeordnete Octavie Modert in einer parlamentarischen Frage an Mobilitätsminister François Bausch (déi gréng) festhält. Sie wollte wissen, wie es auf der luxemburgischen Mosel lief.

Zwischen Januar und November sind hier laut Minister Bausch genau 4.664.899 Tonnen Güter durch die Schleuse in Grevenmacher transportiert worden, also 578.236 Tonnen oder an die elf Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

„Es ist zu bemerken, dass sich dieser Rückgang auch deckt mit dem Rückgang von elf Prozent, der während des ersten Semesters 2020 auf dem Rhein festgestellt

wurde“, schreibt der Mobilitäts- und Infrastrukturminister. Zwischen März und November passierten 3.191 Güterschiffe die luxemburgischen Moselschleusen, 6,75 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2019. Tankschiffe wurden leicht mehr gezählt, 70 gegenüber 67, dafür aber weit weniger Personenschiffe (137, das sind fast 36 Prozent weniger als 2019) und Sportboote (286, 64,7 Prozent weniger als 2019).

Der Rückgang beim Personentransport übers Wasser sei durch die Corona-Einschränkungen - und zeitweise geschlossene Grenzen - zu erklären, die Abnahme des Gütertransports durch den Einbruch von Produktion und Nachfrage in verschiedenen Industriezweigen, wie im Stahlsektor und der Automobilindustrie. Das Volumen

der am Merterter Hafen umgeschlagenen Waren sei derweil um insgesamt 4,91 Prozent zurückgegangen. Wobei einzelne Waren solider rückläufig waren als andere. So sank der Export von Stahlprodukten um 5,62 Prozent in den ersten elf Monaten des Jahres und der Import von Schrott für

die Stahlindustrie um 26,89 Prozent im Jahresvergleich. Die Einfuhr von Ölprodukten fiel um 13,49 Prozent ab. Allerdings läuft diese Einfuhr derzeit größtenteils über die Straßen ab. „Ein größerer Anteil über den sicheren und umwelt-

freundlichen Wasserweg wäre mit einem Ausbau der Anlagen in Mertert möglich“, ist sich Minister Bausch sicher. ●

*„Europaweit ist festzustellen,
dass besonders die
„Trockengüterfahrt“ gelitten hat“*

FRANÇOIS BAUSCH Mobilitätsminister



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Mögliche Oscar-Vorzeichen

Regisseur Alexander Nanau nach dem Europäischen Filmpreis für die Luxemburger Koproduktion „Collective“ im Interview

Interview: Daniel Conrad

„Collective“, in Luxemburg von Samsa Film koproduziert, konnte sich am Samstag in der Kategorie „Beste Dokumentation“ bei den Europäischen Filmpreisen durchsetzen. Gegenüber dem Luxemburger Wort verweist der Regisseur Alexander Nanau aber eher auf die Menschen, die er zeigen wollte – und dankt für die Luxemburger Hilfe bei dem Projekt.

Alexander Nanau, Sie werden einmal mehr viele Glückwünsche für Ihren Film erhalten haben, der die Arbeit investigativer Journalisten zeigt nach einem Nachtclub-Brand und dessen Folgen ...

Danke ja. Aber simpel gesagt, geht es darum, dass die Wahrheit nicht erwünscht ist, die diese Menschen aufdecken.

In Ihrer Dankesrede zum Europäischen Filmpreis haben Sie die Rolle des investigativen Journalismus hervorgehoben. Einerseits streuen Sie mit dem Projekt mehr Salz in die Wunden von heutigen Gesellschaften und doch sind die Bemühungen um Besserung der Verhältnisse trotz aller Mühen scheinbar doch eher Lippenbekenntnisse...

Wir haben einen Film gemacht, der die Menschen zeigt, die die Wahrheit ans Tageslicht bringen, ihre Arbeit und das Risiko, das sie eingehen – und auch das Drama der Menschen, deren Leben

durch Machthaber oder das korrupte Gesundheitssystem begraben wird. Dass wenig passiert ist etwas, was ein Film nicht beeinflussen kann. Und ich denke auch nicht, dass das der Sinn eines Films ist. Man kann es nur zeigen. Und es ist nun einmal so, dass wir auf der ganzen Welt gerade damit zu kämpfen haben, dass wir immer mehr herausfinden, wie verlogen sozusagen die Machthaber auch in Demokratien sind. Die Bürger müssen verstehen, dass sie eine Rolle haben, in einer Demokratie mitzumachen und wählen zu gehen. Und in Rumänien zum Beispiel hatten wir Wahlen und 70 Prozent der Bevölkerung haben nicht gewählt. Das zeigt, dass die Menschen einfach überhaupt keine Verbindung zur Politik haben und sich in vielen Fällen nicht repräsentiert fühlen. Und es zeigt auch, dass die Medien nicht gut genug darin sind, Wahrheiten aufzuzeigen. Im Gegenteil: Sie helfen den Mächtigen, deren parallele Realität an den Mann zu bringen.

Aber was denn nun? Journalisten als Steigbügelhalter der Macht oder Aufdecker der Wahrheit?

Mit Medien meine ich den Mainstream, der schlicht News propagiert. Das, was investigative Journalisten tun, ist etwas anderes.

Ihr Luxemburger Koproduzent

Die Preise 2020 in der Übersicht

Bester Film, beste Regie, bestes Drehbuch: Thomas Vinterberg, „Druk“ (Drehbuch mit Tobias Lindholm)
Bester Schauspieler: Mads Mikkelsen in „Druk“
Beste Schauspielerin: Paula Beer

in „Undine“
Preis für Innovatives Storytelling: Mark Cousins, „Women Make Film: A New Road Movie Through Cinema“
Bester Debütfilm (FIPRESCI-Kritikerpreis): Carlo Sironi, „Sole“
Beste europäische Komödie: Emmanuel Courcol, „Un triomphe“
Bester Animationsfilm: Aurel, „Jo-

Bernard Michaux sprach kurz nach der Verleihung davon, dass der Film deswegen überall gut ankäme, weil er einen bestimmten Zeitgeist widerspiegelt. Sehen Sie das auch so?

Überall verlieren Menschen das Vertrauen in die Regierungen. Denn zum Beispiel mit der Covid-19-Pandemie zeigt sich, was weltweit wirklich in den Gesundheitssystemen los ist – und wie hoch die Korruption ist.

Gerade wenn solche sensiblen und politischen Themen Inhalt eines Films sind, ist es oft schwierig, eine Finanzierung auf die Beine zu stellen. Inwiefern hat Ihnen die Luxemburger Produktionsfirma Samsa und die Filmförderung dabei geholfen?

Samsa ist eine der besten und professionellsten Produktionsfirmen Luxemburgs und hat von Anfang an das Potenzial dieses Projekts erkannt; und auch wie wichtig es ist, diese Geschichte zu verfolgen – auch wenn damals noch nicht klar war, worauf das alles hinauslaufen würde. Und auch der Luxemburger Filmfund schloss sich direkt an. Und nicht zu vergessen unser Luxemburger Team, das die Postproduktion mit übernommen hat. Und das war eine sehr organische Zusammenarbeit, für die ich dankbar bin.

Soll diese Zusammenarbeit auch mit einem neuen Projekt weiter-

gehen?

Mit Bernard und Samsa jederzeit.

Alles was der Film bisher schon an Öffentlichkeit erreicht hat und bei den Festivals an Anerkennung fand – ist das ein Vorzeichen für die Oscars 2021?

Alles ist eine Hilfe, was den Film sichtbarer macht. Und es ist an sich für uns das Wichtigste, dass er von so vielen Menschen wie möglich gesehen wird. Natürlich ist es erfreulich, dass er unter vielen Rankings der besten Filme des Jahres gelistet ist – wie in der New York Times, dem Time Magazine oder dem Guardian. Aber man darf auch nicht vergessen, dass er einer unter sehr vielen sehr guten Filmen ist. Und letztendlich entscheiden die geschätzt 8 000 Mitglieder der US-amerikanischen „Academy of Motion Picture Arts and Sciences“ darüber, wer überhaupt nominiert wird und in die letzte Runde für einen Oscar kommt. Und noch ist „Collective“ lediglich einer unter 80 internationalen Vorschlägen, in diesem Fall von Rumänien, für die Kategorie „Best International Feature“. Die Reaktion von Koproduzent Bernard Michaux (Samsa Film) von Samstagabend und ein breiterer Blick auf die Europäischen Filmpreise 2020 oder das Filmprojekt Collective finden sich online unter:

► wort.lu/@collective

sep“
Beste Kamera und bestes Kostüm: Matteo Cocco und Ursula Patzak, „Volevo nascondermi“
Beste Filmmusik: Dascha Dauenhauer, „Berlin Alexanderplatz“
Bester Kurzfilm: Lasse Linder, „Nachts sind alle Katzen grau“

Ein neuer Lehrstuhl für „Digital Procurement“

Esch/Alzette. Die Uni Luxemburg hat einen neuen Lehrstuhl für „Digital Procurement“ eingerichtet. „Der Lehrstuhl wird dem Centre for Logistics and Supply Chain (LCL) der Fakultät für Rechts-, Wirtschaftswissenschaften und Finanzwirtschaft angeschlossen und

soll Studierende des Masterstudiengangs im Einsatz neuer Technologien und der Informatik im Beschaffungswesen ausbilden“, heißt es in einer gestern veröffentlichten Mitteilung. Inhaber des Lehrstuhls wird Nils Löhndorf, der beim LCL analytische Methoden und Data Science sowie Entscheidungsfindung unter unsicheren Umständen unterrichtet – sein For-

schungsschwerpunkt liegt „auf der stochastischen Optimierung und deren Anwendung im Betriebsrisikomanagement, insbesondere in der Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien und der Energiebeschaffung“, so die Mitteilung. Der Lehrstuhl sei „eine einzigartige Chance, Talente ins Land zu locken und an der Universität Luxemburg ein Exzellenz-

zentrum für digitale Beschaffung aufzubauen“, wird Löhndorf zitiert. Die Vereinbarung über die Einrichtung des Lehrstuhls wurde gestern unterzeichnet. Der Lehrstuhl wird vom Wirtschaftsministerium kofinanziert und wird zunächst für vier Jahre ins Leben gerufen.

mbb

Perlen aus der Luxemburger Sprache

ZENTER FIR D'LËTZEBUERGER SPROOCH Publikationen, Neuauflagen und ein Blick in die Zukunft

Eric Rings

Die Corona-Krise dominiert weiterhin das Tagesgeschehen in Luxemburg. Dennoch ließ sich das „Zenter fir d'Lëtzebuurger Sprooch“ (ZLS) nicht davon abhalten, neue Publikationen ins Leben zu rufen und das viel genutzte „Lëtzebuurger Online-Dictionnaire“ weiterzuentwickeln. Ein Bericht über die Neuerungen.

Das „Zenter fir d'Lëtzebuurger Sprooch“ ist auch während der Corona-Pandemie seiner Arbeit nachgegangen und hat einige neue Publikationen in die luxemburgischen Buchhandlungen gebracht. Andere Werke wurden überarbeitet. Eine neue Publikation und gleichzeitig der erste Band einer ganzen Serie ist das Buch „Aläert, jauwen, Zockerboun – 123 Pärelen aus der Lëtzebuurger Sprooch“. Insgesamt zwölf Bände sind vorgesehen.

In diesem ersten Band der Serie „Lëtzebuurger Wuertschatz“ wurden 123 „Pärelen“ aus der luxemburgischen Sprache gesammelt. „Es handelt sich dabei um Wörter, die man heute nicht mehr so oft hört, weil sie weniger im alltäglichen Wortschatz verankert sind“, sagt Bildungsminister Claudé Meisch auf einer Pressekonferenz am Dienstag. Zusammen mit ZLS-Direktor Luc Marteling hat Meisch die neuen Publikationen vorgestellt.

Die Promotion der Luxemburger Sprache ist seit 2018 fester Bestandteil des Bildungsministeriums. Bis dahin war es eine Teilkompetenz des Ministeriums für Bildung, Kinder und Jugend zusammen mit dem Kulturministerium. Ziel ist es, Luxemburgisch als Integrations-sprache zu fördern und sie den Menschen nahezubringen, die sie nicht als Muttersprache gelernt haben. Gleichzeitig soll die Nutzung der luxemburgischen Sprache quer durch die Gesellschaft unterstützt werden. Diese Punkte gehören laut Meisch zum Schwerpunkt des Regierungsprogramms von 2018, in das sich

die neue Serie „Lëtzebuurger Wuertschatz“ einordnet.

Auch dem Bildungsminister sind einige „Pärelen“ aus dem ersten Band nicht bekannt. So musste er zum Beispiel nachschauen, was „jatscheleg“ heißt. Es heißt so viel wie „wackeleg“. Man setzt sich also nicht auf einen „wackelege Stull“, sondern auf einen „jatschelege Stull“.

Erster Band mit Kopf und Herz gemacht

Zum Wortschatz des ersten Bandes sagt Luc Marteling, dass man behaupten könne, diesen mit Kopf und mit Herz gemacht zu haben. Mit Kopf, weil die Wörter in der alphabetischen Reihenfolge angeordnet sind. „Weil die Leute sie so am besten finden“, sagt Marteling. Auch wurde zwischen verschiedenen Wortarten unterschieden: Substantive, Adjektive und Verben. „Für das Herz haben wir jene Wörter ausgesucht, die uns, aber vor allem die Leute draußen, emotional berühren“, sagt er.

Wie aber kann man herausfinden, ob die Leute das Flair eines bestimmten Wortes spüren? „Wir haben eine interaktive Aktion gestartet, die wir #Wonschwuert in den sozialen Medien nannten“, so der ZLS-Direktor. Die gleiche Aktion wurde ebenfalls über Mail sowie über die Webseite des ZLS gestartet. „Wir waren ziemlich erstaunt, dass wir innerhalb kurzer Zeit rund 300 Vorschläge von Wörtern bekamen, die den Leuten gut gefallen haben und die sie als wichtig empfinden, dass sie Rückenwind bekommen.“ Ein großer Teil dieses Inputs befindet sich bereits im ersten Band.

Marteling nennt einige Beispiele: „absënns (besonders), ondugen (unartig), bëselen (wuseln), Karschnatz (Getreideernte, August).“ Zwar handelt es sich dabei um Ressourcen des „Lëtzebuurger Online-Dictionnaire“ (LOD), sagt Marteling, aber ge-

führt wurde es von den Usern des LOD, also den Sprechern der Sprache. Da diese interaktive Arbeit ein großer Erfolg war, wird diese Aktion weiterlaufen, versichert der Direktor. Er sagt: „Wir sind weiter offen für Vorschläge. Wenn jemandem ein Wort gut gefällt, soll er uns schreiben. Wir geben uns Mühe, dem Wort auf die Spur zu kommen.“

Weitere Bände mit Weinen, „Drëppen“ und Frechheiten

Marteling gewährte in der Pressekonferenz, die ausschließlich über Stream abgehalten wurde, einige Einblicke in den zweiten Band, der nächstes Jahr erscheinen wird. Dennoch wollte er nicht alles verraten. „Es ist noch nichts in Stein gemeißelt, wir wollen ein wenig flexibel bleiben“, sagt er. In Band zwei geht es um Sprichwörter, Redewendungen und Ausdrücke. Marteling nennt ein Beispiel: „Eng Plooschter op en hëlzent Been.“ Es sei eine wunderbare Metapher, die man gut illustrieren könne und die relativ einfach zu verstehen sei. „Weitere 98 kommen dazu.“

Auch weitere Bände sind bereits angedacht. Der ZLS-Direktor nennt dazu eine Liste mit luxemburgischen Bezeichnungen für Obst und Gemüse, Kräuter, Gewürze und Nüsse. „Ich glaube, dass das nicht nur schön zu illustrieren ist, sondern dass dies auch ein ganz praktischer Band sein kann, nicht nur für die Küche.“ Zum Thema Kulinarisches könne man den Bogen weiter spannen. Marteling kann sich einen ähnlichen Band über Weine und „Drëppen“ vorstellen. Viele Fragen habe man über Tiernamen und insbesondere Insekten erhalten. „Das würden wir auch gerne einmal aufgreifen“, sagt er. Allerdings würden die vielen Dialekte und die unterschiedlichen Bezeichnungen für Insektenarten das Vorhaben erschweren. „Es ist eine Herausforderung. Wir

wollen es vermeiden, dass die Leute nachher sagen, wir seien nicht vollständig, da wir eine bestimmte Bezeichnung vergessen haben.“

In einem weiteren Band kann Marteling sich vorstellen, Frechheiten auf Luxemburgisch aufzugreifen: „Topert (Trottel), Blani (Trottel, Depp), Dräibiz (Dummkopf), Hännnes (Dummkopf), Flantes (kräftiger Bursche).“ „Ich glaube, dass man viele davon heute eher ironisch meinen würde, als sie einem an den Kopf zu werfen“, sagt er. „Aber auch da war die Fantasie und die Erinnerung der Leute sehr groß.“

Neben dem ersten Band der Serie „Lëtzebuerger Wuertschatz“ hat das ZLS ein weiteres neues Buch publiziert: „D'Lëtzebuerger Verben“. Laut Claude Meisch sei dieses Buch insbesondere für jene gedacht, die nicht so mit der luxemburgischen Sprache vertraut seien. Das Gleiche gilt für die neue Auflage der „Lëtzebuerger Grammatik“.

2019 kam zudem eine überarbeitete und vollständigere Orthografie heraus. Auf den „Walfer Bicherdeeg“ habe man das Werk quasi aus der Hand gerissen bekommen, erinnert sich Meisch. Zwischenzeitlich war das Buch vergriffen und musste nachgedruckt werden. Laut Bildungsminister habe es in den vergangenen Monaten ein enormes Interesse an den Publikationen des ZLS gegeben. Die „Lëtzebuerger Orthografie“ wurde 14.000 Mal ausgeteilt

und befindet sich in der 4. Auflage. Auch das Lebenswerk von Josy Braun, „Eis Sprooch richtig schreiwen“, wurde neu aufgelegt und an die überarbeitete Orthografie angepasst. Es ist nun auch in französischer und englischer Sprache verfügbar.

Apps können auf Open Data des LOD zurückgreifen

Das Hauptinstrument des ZLS ist das „Lëtzebuerger Online-Dictionnaire“. Es ist die Plattform, wo viele sich treffen, wenn es um die Luxemburger Sprache geht, sagt Meisch. Hier finden die User, wie etwas richtig geschrieben und ausgesprochen wird. In den vergangenen zwölf Monaten wurden 9 Millionen Wörterbuchartikel im LOD angeschaut. Im Durchschnitt zählt das LOD 2.500 Besucher pro Tag. Daneben seien in diesem Jahr 1.600 neue Wörter integriert und 500 Artikel ausgebaut worden. Dies unterstreiche die Bedeutung dieses Instruments und auch das Interesse an der luxemburgischen Sprache, so Meisch. Ein weiterer Punkt ist die Zusammenarbeit mit der Online-Korrektur Spellchecker.lu. Einen Meilenstein nannte Meisch die Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Softwarefirma Microsoft, die die Wörterliste des Luxemburgischen in das Schreibprogramm Word integriert hat.

Auch andere Applikationen können auf die Open-Data-Dateien des LOD zurückgreifen und sie damit für andere Anwendungen weltweit zugänglich machen.

ZLS-Direktor Luc Marteling und Bildungsminister Claude Meisch richteten in der Pressekonferenz ihren Blick auch in die Zukunft. Um näher am User zu sein, entwickelt das LOD zurzeit eine LOD-App fürs Handy. Gleichzeitig sollen die Internetseiten modernisiert werden. In Analogie zur Landkarte, welche die Ortsnamen auf Luxemburgisch, Französisch und Deutsch zeigt und die bislang rund 55.000 Mal gratis verschickt wurde, wird nun an einer Anatomie-Karte mit Luxemburger Bezeichnungen der Körperteile mit den jeweiligen französischen Übersetzungen gearbeitet. „Wir stellen uns vor, dass diese Karte in allen Wartesälen und Praxen aufgehängt werden könnte, damit die Leute diese während der Wartezeit studieren können“, so Meisch. Gleichzeitig ist auch ein Covid-19-Glossar in Ausarbeitung mit den Terminologien dieser Pandemie. In vielen Situationen brauche man medizinische Fachbegriffe.

Das ZLS zählt heute zwölf Mitarbeiter. Drei weitere sollen in naher Zukunft rekrutiert werden. Rund eine halbe Million an Jahresbudget steht dem Zentrum heute zur Verfügung, um den verschiedenen Aufgaben nachzukommen.

Wirtschaftliche Erneuerung

Deutschland ist schlecht vorbereitet

Deutschlands Image als Musterschüler bekommt gerade viele Kratzer. Die Deutschen scheinen nicht nur ihren Vorsprung bei der Bekämpfung der Pandemie verspielt zu haben, auch die Vorbereitungen auf die wirtschaftliche Erneuerung nach der Coronakrise gehen im internationalen Vergleich eher schleppend voran. Das ist jedenfalls das Ergebnis einer Sonderausgabe des „Global Competitiveness Report“, der jedes Jahr vom World Economic Forum (WEF) herausgegeben wird.

Zwar verzichtet das WEF angesichts der Pandemie in diesem Jahr auf das übliche Ranking der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften. Die Forscher aus Genf haben sich dafür jedoch angeschaut, wie gut 37 Länder dafür gerüstet sind, erfolgreich aus der Coronakrise zu kommen. Kein Land überwinde die Pandemie unbeschadet, konstatieren die WEF-Analysten.

Dennoch gebe es Unterschiede. Und die dürften Berlin besorgen: In keinem der insgesamt elf untersuchten Wettbewerbsparameter schafft es Deutschland unter die Top drei. Am besten schneidet die Bundesrepublik noch ab, wenn es darum geht, das Arbeitsrecht und den sozialen Schutz für Wirtschaft sowie neue Bedürfnisse der Arbeitskräfte zu überdenken. Bei den meisten anderen Kategorien findet man Deutschland unter „ferner liefen“ im oberen Drittel oder im Mittelfeld.

„Insbesondere bei der Einführung digitaler Technologien muss Deutschland noch aufholen“, sagte Saadia Zahidi, Managing Director beim WEF und eine der Autorinnen des Reports. Nicht nur bei der Markteinführung digitaler Produkte, sondern auch bei digitalen Fertigkeiten der Arbeitskräfte ist die deutsche Wirtschaft weit abgeschlagen. Wenn es um die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und um den gesetzlichen Rahmen für die Digitalwirtschaft geht, schafft Deutschland es immerhin noch unter die Top Ten.

Das Ergebnis deckt sich mit anderen Untersuchungen zur digitalen Wettbewerbsfähigkeit wie dem „Digital Riser

Report“ des European Center for Digital Competitiveness (ESCP). Dort verlor Deutschland von 2017 bis 2019 mehr als 50 Ränge. Die Quittung für die schleppende Digitalisierung – zum Beispiel der Schulen – zeigt sich jetzt in der Pandemie. Nach Ende der Krise im kommenden Jahr wird der Wettbewerb nach Meinung des WEF gerade in der digitalen Wirtschaft noch härter werden.

Wesentlich besser vorbereitet sind skandinavische Länder wie Finnland, aber auch die Schweiz, die USA und Südkorea können punkten. „Länder mit fortschrittlichen Digitalwirtschaften und digitalen Kompetenzen sind erfolgreicher dabei, ihre Wirtschaft am Laufen zu halten, während ihre Bürger im Homeoffice arbeiten. Die Niederlande, Neuseeland, die Schweiz, Estland und die Vereinigten Staaten von Amerika haben in diesem Bereich gut abgeschnitten“, bilanziert der WEF-Bericht.

Sozial Schwächere getroffen

Zu einer guten Resilienz gehöre aber auch eine ausreichende soziale Absicherung, um all jene zu unterstützen, die

während der Lockdowns nicht arbeiten könnten. Die Pandemie hat in vielen Ländern nicht nur dazu geführt, dass das Wirtschaftswachstum eingebrochen ist. „Die Einkommens- und Jobverluste haben insbesondere die sozial Schwächeren der Gesellschaft getroffen und so die Ungleichheit verstärkt“, betonte Zahidi. Außerdem habe die Marktkonzentration quer durch alle Wirtschaftszweige zu- und der Wettbewerb abgenommen.

Nach Meinung der WEF-Ökonomen haben die meisten Regierungen inzwischen erkannt, dass es keine Rückkehr zur Zeit vor der Pandemie geben wird. „Jetzt kommt es darauf an, dass dieser Erkenntnis auch konkrete Taten folgen“, sagte Zahidi und forderte, den gesetzlichen Rahmen für die Digitalwirtschaft zu modernisieren und die Ausbildungsanstrengungen zu erhöhen. Außerdem brauche es aufseiten der Investoren mehr Geduld, damit neue Technologien sich an den Märkten auch durchsetzen könnten.

„Wir ermutigen die politischen Entscheidungsträger seit Langem, ihren Blickwinkel zu weiten und nicht nur auf kurzfristiges Wachstum zu schauen, sondern auf langfristigen Wohlstand. Der Einsatz für den Umbau unserer Wirtschaftssysteme könnte gar nicht höher sein“, meinte Klaus Schwab, WEF-Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des Forums. Torsten Riecke

Deutschland digital abgeschlagen

Ranking der Länder im digitalen Bereich 2020

Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien

1. Südkorea
2. Vereinigte Arabische Emirate
3. Hongkong
4. Schweden
5. Japan
6. Singapur
7. Island
8. Norwegen
-
43. Deutschland



Rechtliche Rahmenbedingungen

1. USA
2. Luxemburg
3. Singapur
4. Vereinigte Arabische Emirate
5. Malaysia
6. Estland
7. Schweden
8. Finnland
9. Deutschland
10. Niederlande

Tödliche Gefahr für Viren

Die Technologie des Luxemburger Start-ups MPG ermöglicht die nächste Generation von Masken

Von Thomas Klein

Masken prägen unseren Alltag im Corona-Jahr wie kein anderes Kleidungsstück. Für den Einzelnen nach wie vor das effektivste Mittel, einen Beitrag gegen die Ausbreitung des Virus zu leisten, bedeuten sie doch im täglichen Gebrauch eine ständige Irritation. Jedes mal, wenn der Träger sie anfasst, um sie zu richten oder sie für einen tiefen Atemzug kurz anzuheben, riskiert er damit, das Schutzmittel zu kontaminieren. Gerade im Kontext von Krankenhäusern und Arztpraxen ist das eine ständige Gefahr. Das Luxemburger Start-Up „Molecular Plasma Group“ (MPG) glaubt nun eine Lösung für das Problem gefunden zu haben. Denn der Hersteller von Industrieanlagen hat ein Verfahren entwickelt, mit dem man antivirale Beschichtungen relativ einfach auf Stoffgewebe auftragen kann. Damit würden innerhalb weniger Minuten 99,9 Prozent der Viren absterben, wenn sie mit dem Stoff in Verbindung kommen, erklärt Marc Jacobs, der CEO des Unternehmens. Gestern unterschrieb Wirtschaftsminister Franz Fayot am Sitz des Start-ups in Foetz eine Übereinkunft, nach der der Luxemburger Staat die weitere Entwicklung der Technologie mitfinanziert.

Die richtige Kombination

Um Oberflächen antivirale Eigenschaften verleihen zu können, arbeitet das 2016 gegründete Unternehmen mit Plasma. Damit wird ein Material bezeichnet, das sich in einem vierten Aggregatzustand (neben fest, flüssig und gasförmig) befindet. Für die Produktionstechnik von MPG ist es eine Herausforderung, das Material in diesem Zustand zu erhalten, da es hochreaktiv ist, erklärt Jacobs. „Was uns nun speziell macht, ist, dass wir in einem ex-

trem niedrigen Energiebereich von Plasma arbeiten. Wir haben ein Gas geradeso in den Plasmabereich gebracht. Das erlaubt uns nun, in das Plasma organische Moleküle einzubringen und an die Oberfläche zu binden – nur eine dünne Schicht von wenigen Nanometern“, sagt er. Abhängig von der Funktion, die das Unternehmen dem Material verleihen will, werden bestimmte Moleküle ausgewählt und auf die Oberfläche aufgebracht.

Um zu testen, welche Beschichtung sich am besten für den Kampf gegen das Virus eignet, hat das Unternehmen im März damit begonnen, zusammen mit Forschungspartnern wie dem „Luxembourg Institute for Science and Technology“ (LIST) über 500 Kombinationen von chemischen Stoffen und Prozessen auszuprobieren. „Wir haben erst geschaut, was funktioniert und gleichzeitig ohne Risiken ist“, so Jacobs. Entschieden hat sich das Entwicklungsteam letztlich für eine Beschichtung mit Zitronensäure, deren antivirale Eigenschaften hinlänglich bekannt sind. Getestet wurde das Verfahren bereits in Zusammenarbeit mit den Hôpitaux Robert Schuman, die angesichts der Knappheit von Schutzkleidung entschlossen haben, eigene lokale Kapazitäten für die Herstellung von Masken aufzubauen. Deren Masken sind bereits auf Letzshop erhältlich.

Zahlreiche Anwendungsbereiche

MPG ist in Gesprächen mit weiteren Produzenten von Masken in Europa, um diese auch mit entsprechenden Beschichtungsanlagen zu versorgen. Aktuell sind bereits zwei Maschinen im Bau, die im kommenden Jahr verkauft werden könnten. Durch den zusätzlichen Produktionsschritt, der der eigentlichen Herstellung der Mas-

ken vorgeschaltet ist, erhöhe sich der Preis für das Produkt letztlich nur „marginal“, betont Jacobs, „im Bereich von ein paar Tassen Kaffee“. Im Gegenteil sei der zusätzliche Schutz der Masken, eine Möglichkeit für europäische Hersteller mit der Konkurrenz aus Niedriglohnländern mithalten zu können. Das Verfahren eignet sich derweil nur für Einwegmasken, weil die antiviralen Eigenschaften einen Waschgang nicht überleben würden.

Jacobs betont aber, dass die Technologie sich nicht auf den Kampf gegen das Corona-Virus beschränke, auch wenn das ein Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit in den vergangenen Monaten gewesen sei. Grundsätzlich kann man mit Hilfe des Verfahrens eine ganze Reihe von funktionalen Beschichtungen aufbringen, die sich sogar mit einander kombinieren lassen, versichert Joanna Borek-Donten, die Entwicklungsleiterin des Unternehmens. So könnten die Materialien so behandelt werden, dass sie nicht nur Viren, sondern auch Bakterien und Pilze töten. Auch seien Masken nur der Anfang, betont Borek-Donten. Daneben könne man auch Arztkittel oder Brillen beschichten. Weitere denkbare Anwendungen seien Prothesen oder Pflaster, wo spezielle Beschichtungen Entzündungen verhindern oder die Wundheilung beschleunigen können.

Da die Technologie so vielseitig einsetzbar ist, sei es eher eine Herausforderung, sich auf bestimmte Anwendungen zu konzentrieren, sagt Marnick Dewilde, der kaufmännische Leiter des Betriebes. „Ich bin mir sicher, wenn Sie sich das Unternehmen in drei bis fünf Jahren anschauen, sind wir mindestens zehnmal größer als jetzt“, sagt er.

RTL verleibt sich belgisches Geschäft komplett ein

Co-Investoren erhalten Cash und RTL-Aktien

Börsen-Zeitung, 2.12.2020
ab Köln – Die RTL Group übernimmt die Anteile am belgischen Fernseh- und Radiogeschäft komplett. Mit den Co-Investoren sei eine entsprechende Grundsatzvereinbarung unterzeichnet worden, teilte RTL mit. Bezahlte wird in einer Kombination

aus Barmitteln und eigenen Aktien. Dem Vernehmen nach lässt sich RTL die Aufstockung einen zweistelligen Millionenbetrag kosten. Nach Angaben von Reuters hält die RTL Group bereits heute 66% am TV-Geschäft und am Werbezeitenvermarkter sowie rund 44% am Radio-Geschäft

von RTL Belgium.

„Wir werden weiter in RTL Belgium investieren und die Transformation des Geschäfts vorantreiben – insbesondere durch Investitionen in den Bereichen Streaming, Werbetechnologie und Daten“, wird der stellvertretende RTL-Chef und COO Elmar Heggen zitiert. Mit dem Kauf folge RTL der Strategie, wann immer möglich, die europäischen Sendergeschäfte zu konsolidieren.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

„Viele werden nicht mehr öffnen“

Sternekoch Louis Linster über die Lage der Gastronomie in der Corona-Krise

Interview: Thomas Klein

Das „Léa Linster“ in Frisingen gehört zu den besten Restaurants im Land. Im Jahr 2018 übergab Starköchin Léa Linster das Zepter oder vielmehr den Kochlöffel an ihren Sohn Louis, der den Betrieb seither leitet. Im Interview mit dem „Luxemburger Wort“ spricht der Unternehmer über die Herausforderung, ein Restaurant in einer Pandemie zu betreiben, die aktuelle Zwangsschließung und die langfristigen Perspektiven in der Gastronomie.

Louis Linster, was bedeutet die Verlängerung der Zwangsschließungen von Restaurants mindestens bis zum 15. Januar für ihren Betrieb?

Bis Mitte Januar ist schon eine lange Zeit. Wir hatten ja jetzt schon zweieinhalb Wochen geschlossen.

Ihnen entgeht dadurch auch das Weihnachtsgeschäft. Wie wichtig ist das normalerweise für Sie?

Unser Restaurant hatte sonst auch über Weihnachten immer geschlossen. Wir waren aufgrund des ersten Lockdowns im August durchgehend geöffnet und irgend-

wann müssen wir unserem Personal freigegeben. Daher hatten wir ohnehin vor, ab dem 21. Dezember zuzumachen. Dennoch fallen natürlich die Unternehmensfeiern zum Jahresende weg. Das spüren wir schon. Ebenso hatten wir über das Jahr gesehen viel weniger große Feiern wie Hochzeiten.

Wie wirkt sich die Pandemie bisher auf den normalen Betrieb aus?

Die Gäste sind zwar nach dem ersten Lockdown relativ schnell wieder zurück ins Restaurant gekommen, aber immer nur in kleinen Gruppen, an Zweier- oder Vierertischen. Die Leute hatten vor allem am Anfang noch Angst.

Wie wirkt sich das alles finanziell auf den Betrieb aus?

Es ist schon zunehmend schwierig, alle Rechnungen zu bezahlen. Wir haben zu Beginn der Krise die Möglichkeit zur Stundung der Steuern und der Zahlungen an die CNS genutzt. Das hatten wir bisher noch nicht ganz aufgeholt, und jetzt kommt schon der nächste Lockdown. Das ist keine einfache Lage.

Wie haben sie sich beim ersten Lockdown an die neue Situation angepasst?

Wir haben einen Lieferservice eingeführt. Ein bisschen Erfahrung hatten wir schon damit, denn wir haben vorher schon häufiger mal zu Kunden nach Hause geliefert. Das lief auch recht gut, wir konnten dadurch sogar einige neue Kunden hinzugewinnen. Das ist aber natürlich überhaupt kein Ersatz für den regulären Restaurantbetrieb. Daneben merken wir schon, dass die Leute im ersten Lockdown viel mehr bestellt haben als jetzt im Moment.

Inwieweit unterscheidet sich der Lieferservice eines Sternerestaurants von einem Pizzabringdienst oder dem Asiaten an der Ecke?

Alles wird frisch am selben Tag zubereitet. Wir verwenden natürlich sehr teures Fleisch und teuren Fisch. Das können wir nicht warm liefern, das wäre dann immer zu durch. Außerdem liefern wir ja im ganzen Land aus, das würde nicht gehen. Daher bereiten wir das Essen so weit vor, dass die Kunden das nur noch zuhause im Ofen fertig garen müssen. Das ist dann kein großer Auf-

wand.

Können Sie eine Einschätzung dazu abgeben, wie sich die Krise auf die Gastronomieszene in Luxemburg auswirken wird?

Ich denke, dass viele Restaurants gar nicht mehr öffnen werden. Zum einen wird es für manche finanziell schwierig. Dann glaube ich aber auch, dass viele Besitzer durch die Erfahrung gar keine Lust mehr haben werden. Die Situation ist auch psychisch sehr belastend. Man muss sich ständig anpassen und Angst davor haben, was als nächstes passiert. Gibt es wieder einen Lockdown? Bekommen wir Hilfen? Reicht das Geld bis zum 15. Januar? Kann ich meine Lieferanten bezahlen? Wir tragen ja auch die Verantwortung für unser Personal.

Auf der anderen Seite haben wir in den letzten Monaten bei unseren Gästen bemerkt, dass sie eine große Lust verspüren, sich durch den Restaurantbesuch eine Freude zu machen. Das wurde vielleicht durch die Erfahrung der Lockdowns und die Isolation noch verstärkt.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

„Wir wollen Brücken bauen“

Erbgroßherzogin Stéphanie, Ehrenpräsidentin der Vereinigung „De Mains de Maîtres Luxembourg“, besuchte am 27. November die Sonderausstellung „Covid & Création“. Im Exklusiv-Interview mit Télécran erläutert sie den Grund für ihr Engagement für das Kunsthandwerk.

Königliche Hoheit, wie kam es zu Ihrem Engagement für das Kunsthandwerk?

Bereits einige Zeit vor der ersten Ausstellung „De Mains de Maîtres“ im Dezember 2016 machten mein Mann Guillaume und ich uns Gedanken, wie wir das Handwerk generell unterstützen könnten. Viele Unternehmen haben heutzutage Schwierigkeiten, einen geeigneten Nachfolger für ihren Betrieb zu finden. Aus diesen Überlegungen entstand die Idee, über das Kunsthandwerk als Aushängeschild des Handwerks die Branche im Rahmen von Ausstellungen und Projekten zu präsentieren und zu fördern. Mit Jean-Marc Dimanche aus Paris fanden wir einen erfahrenen Partner, der be-

reits viele solcher Ausstellungen umgesetzt hat.

Nach der ersten Ausstellung im Dezember 2016 wurde „De Mains de Maîtres Luxembourg“ gegründet, mit Ihnen als Ehrenpräsidentin. Welches Ziel verfolgt die gemeinnützige Vereinigung?

Ja, die erste Ausstellung 2016 mit über 10 000 Besuchern war wirklich ein voller Erfolg. Wir beschlossen daraufhin, die Aktion zugunsten der Kunsthandwerker und Kunschtschaffenden Luxemburgs fortzusetzen, sodass aus der Ausstellung „De Mains de Maîtres“ der gemeinnützige Verein „De Mains De Maîtres Luxembourg“ entstand. Wir konnten unter anderem Roland Kuhn, den damaligen Präsidenten der Handwerkskammer, schnell dafür begeistern. Ein Ziel der Vereinigung ist es, die Biennale „De Mains De Maîtres“ zu organisieren, die auch helfen soll, Brücken

zwischen den verschiedenen Akteuren zu bauen.

Die Corona-Pandemie bremste die für Ende November geplante dritte Ausgabe der Biennale aus. Stattdessen findet nun die Sonderveranstaltung „Covid & Création“ statt. Ein würdiger Ersatz in Ihren Augen?

Leider konnte die Biennale „De Mains De Maîtres“ nicht wie geplant stattfinden. Doch ich glaube, dass es uns auch mit der Pop-Up-Ausstellung gelungen ist, die Bandbreite des Luxemburger Kunsthandwerks zu vermitteln. Die Ausstellung ersetzt sicher nicht die große Biennale. Aber wir sind sehr froh, dass wir überhaupt etwas ausrichten können, wenn eben auch in kleinerem Rahmen. Auch auf diese Weise kann das Kunst-

handwerk seine Kreativität unter Beweis stellen. Und ich freue mich, dass der Erbgroßherzog und ich dies unterstützen können, was wir übrigens auch gerne bei Veranstaltungen im Ausland machen, wenn unsere Zeit es erlaubt.

Die Ausstellung „Covid & Création“ zeigt Keramiken, Glas- und Textilwerke, Skulpturen und Schmuckkreationen. Haben Sie persönlich eine Vorliebe für eines dieser Gewerke?

Das auf dieser Ausstellung zu bewundernde Spektrum des Kunsthandwerks ist so bunt. Ich kann wirklich nicht sagen, dass ich eine Präferenz zu einer Kunstrichtung hätte. Es ist einfach sehr schön, diese Kreativität der Künstler und ihre Arbeiten in den unterschiedlichen Bereichen bewundern zu können.

Sind Sie selbst in Ihrer Freizeit künstlerisch tätig?

Ehrlich gesagt habe ich leider kein Talent in kunsthandwerklicher Hinsicht, eher im musikalischen Bereich. Umso mehr freue ich mich, wenn ich solch schöne Kunstwerke wie in dieser Ausstellung entdecke. Vielleicht wurde unserem Sohn Charles ja künstlerisches Talent in die Wiege gelegt. Wir werden es in der Zukunft sehen.

Königliche Hoheit, vielen Dank für das Gespräch.

„Wir sind sehr froh, dass wir überhaupt etwas ausrichten können.“

*Erbgroßherzogin Stéphanie
über das Ausweichen auf ein kleineres
Format der Ausstellung*

Aus Liebe zum Beruf

Wie im Hôpital Kirchberg ein Team von Pflegekräften unermüdlichen Einsatz in der Krise zeigt

Von Anne Heintz

Luxemburg. Auf der Station im vierten Stock des Hôpital Kirchberg herrscht unter den Pflegekräften gute Stimmung. Sie sind ein eingespieltes Team und unterstützen sich gegenseitig bei der Arbeit. Allesamt haben sie den Beruf des Krankenpflegers aus Überzeugung gewählt: „Wir sind dankbar, Menschen mit humanitärer Arbeit helfen zu können“, sagen sie. Doch seit Beginn der Corona-Krise wurde ihr Alltag in der Klinik auf den Kopf gestellt und die Wertschätzung gegenüber ihres Berufsstands erneut in den Fokus gerückt.

Nachtschichten, keine Zeit für Pausen, fehlende Arbeitskräfte und schwere Schicksale: Pflegekräfte werden in ihrem Berufsalltag auf eine harte Probe gestellt. Immer wieder stoßen sie an ihre Belastbarkeitsgrenze, sowohl physisch als auch mental – und das vor allem jetzt, in Pandemiezeiten.

Im vierten Stock des Spitals in Kirchberg, das die Abteilung für Handchirurgie und Traumatologie sowie das Alterstraumazentrum umfasst, ist das Personal stressige Situationen gewohnt. Doch eine vergleichbare Situation, wie sie seit Mitte März aufgrund des Covid-19-Virus in dem Krankenhaus herrscht, haben auch sie noch nicht erlebt.

Neuer Klinikalltag

„Die Arbeit ist seit Beginn der sanitären Krise mental viel belastender und es ist schwer, richtig abschalten zu können. In der Klinik wurden Stationen umstrukturiert, Ressourcen mobilisiert und die Arbeitszeiten vieler Pflegekräfte neu angepasst. Da regelmäßig Personal präventiv in Quarantäne muss oder sich gar mit dem Virus infiziert hat, kommt es zu vielen Ausfällen. Diese müssen aufgefangen werden. Viele von jenen, die

bisher nur halbtags gearbeitet haben, arbeiten jetzt wieder mehr Stunden“, erklären Kevin Rochatte und Annick Weishaar-Duhr.

Seit sechs beziehungsweise 22 Jahren üben die beiden mit Leidenschaft ihren Beruf als Krankenpfleger aus. Beide wollten einen sozialen Beruf haben, bei dem sie täglich in direktem Kontakt mit Menschen sind und denen sie helfen können, wieder gesund zu werden. Einmal mehr wurde während der Pandemie deutlich, dass ein Spital ohne sie nicht funktionieren kann.

„Wir sind ein wichtiger Bestandteil des medizinischen Versorgungsnetzes. Durch die Corona-Krise ist dies vielen mehr denn je bewusst geworden und die Diskussion über bessere Arbeitsbedingungen für das Personal sowie mehr Wertschätzung für unsere Arbeit ist neu entfacht. Vor allem während des Lockdown hat es viel Solidarität gegeben. Eine Zeit lang haben viele Menschen abends am Fenster geklatscht, um sich bei uns für unsere Arbeit zu bedanken. Das hat gutgetan. Doch wir hoffen, dass dies seine Früchte auch langfristig trägt“, schildert Lisa Lopes, ebenfalls Krankenschwester auf der Station für Traumatologie. Konkret wünschen sie und ihre Arbeitskollegen sich eine Aufwertung ihres Berufsstands in vielerlei Hinsicht: Eine Aufstockung des Personals, bessere Karriereperspektiven und mehr Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch das Einführen eines Bachelorstudiums für Pfleger sowie eine attraktivere Gestaltung des Berufs, damit sich wieder mehr junge Menschen für den Beruf interessieren, steht für das Team ganz oben auf der Wunschliste.

Gemeinsam gegen Corona

„Wir stellen diese Forderungen schon seit Jahren. Es wäre wünschenswert, wenn sich endlich etwas in diese Richtung bewegen würde“, unterstreicht Danielle Hoffmann. Sie ist seit 31 Jahren Krankenpflegerin. Etwas anderes zu machen, kommt für sie nicht infrage, genauso wenig wie für ihre Arbeitskollegen.

Denn trotz der ständigen Unter-

besetzung im Dienst und langen Arbeitstagen denkt niemand von ihnen ans Aufgeben. Im Gegenteil, sie sind entschlossen, auch weiterhin vollen Einsatz zu zeigen und die Krise mit allen Mitteln zu stemmen.

35 Krankenbetten umfasst die Station für Handchirurgie und Traumatologie im Hôpital Kirchberg. Abhängig von der Morgen-, Mittags- und Nachtschicht sind zwischen zwei und sechs Krankenpfleger im Dienst. Von Spritzen geben, Verbänden wechseln und Medikamenten verabreichen bis zu moralische Unterstützung bei Patienten leisten sind die Krankenpfleger auf der Station für alles zuständig. „Seit Beginn der sanitären Krise fordern viele Patienten noch mehr Empathie von uns, als das zu normalen Zeiten der Fall war. Aufgrund der bestehenden Ansteckungsgefahr mit dem Virus sind sie allgemein ängstlicher und verfallen schneller in Panik. Zusätzlich zu unserer gewohnten Arbeit leisten wir also zurzeit viel mehr moralische Unterstützung“, schildert Annick Weishaar-Duhr.

Auch das spontane Einspringen auf anderen Stationen ist für sie und ihre Kollegen neu. Fast täglich werden sie aufgrund von Ausfällen von Personal auf anderen Stationen gebraucht. Dennoch wollen sie sich nicht beklagen. Nach wie vor geht das Team der Station im vierten Stock seiner Arbeit gerne nach und über das Beklagen vieler Leute, dass sie eine Maske tragen müssen, können sie nur den Kopf schütteln. „Es ist definitiv nicht der richtige Zeitpunkt, um egoistisch zu sein“, unterstreichen die Pflegekräfte.

Wir sind ein wichtiger Bestandteil des medizinischen Versorgungsnetzes. Ohne uns funktioniert eine Klinik nicht.

Krankenpflegerin Lisa Lopes

„Das Vertrauen ist wichtig“

Parlament diskutiert über die Impfstrategie der Regierung: Es bleiben noch viele offene Fragen

Von Annette Welsch

Am Freitag hatte der Ministerrat die Impfstrategie angenommen, gestern Morgen stand sie auf der Tagesordnung der Gesundheitskommission und wurde mit Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) diskutiert. Nachmittags nahm sich das ganze Parlament im Rahmen einer Aktualitätssunde der Impfplanung der Regierung an. Soweit sie feststeht, denn es gibt noch viele unbekannte Faktoren. Fest steht: Sie ist gratis und freiwillig, angefangen wird zunächst mit dem Gesundheits- und Pflegepersonal, vor den Bewohnern der Alten- und Pflegeheime, und wenn die Impfung der breiten Bevölkerung möglich ist, wird in Abhängigkeit der verfügbaren Impfstoffe neu überlegt, wie strategisch vorgegangen wird. Die Vorbereitungen der Massenimpfung in Impfzentren laufen. Und auch die Nationale Ethikkommission hat die Strategie positiv begutachtet (siehe Kasten).

Der Präsident der Gesundheitskommission Mars Di Bartolomeo (LSAP) betonte: „Es gibt noch keine Entwarnung, es sind noch ganz kritische Momente zu erwarten und wir müssen alle gerade über die Feiertage aufpassen.“ Bis jetzt seien in den Studien keine nennenswerten Nebenwirkungen aufgetreten, er mahnte aber eine „breit angelegte Kommunikationskampagne für verschiedene Gruppen“ an. Auch Jean-Marie Halsdorf (CSV) unterstrich, wie wichtig die Kommunikation ist: „Der Mensch stellt seine Interessen nur hinten an, wenn er überzeugt ist und vertrauen kann. Wir müssen Überzeugungsarbeit leisten, denn wir brauchen 70 Prozent der Bevölkerung, die sich impfen lässt.“

CSV will Priorität für alte Menschen

Er begrüßte verschiedene Aspekte der Impfstrategie durchaus, meldete aber auch Bedenken an. So

sollte, wie in Frankreich, die Basis zunächst da geimpft werden, wo die meisten Menschen krank werden und sterben – in den Altenheimen. Als Schwachpunkt der Impfstrategie sah er, dass noch keine fertige Chronologie des Impfablaufs vorliegt. „In Spanien weiß jeder, wann er dran ist. Auch wir brauchen Klarheit, wann die Polizei, die Feuerwehr und Rettungsdienste, die Lehrer geimpft werden.“ Fragen würden auch die Einladungen zur Impfung aufwerfen: „Was passiert, wenn wie beim Large Scale Testing weniger als 50 Prozent reagieren, werden sie nochmals gerufen und wann?“

Für Gilles Baum (DP) ist die Priorität für das Gesundheits- und Pflegepersonal die richtige Wahl: „Sie haben den engsten Kontakt mit Alten und Vulnerablen und es fällt viel Personal in den Krankenhäusern wegen Infektionen aus.“ Die Verteilung danach sei deswegen unsicher, weil man noch nicht wisse, welcher Impfstoff bei welcher Gruppe am besten wirkt.

Marc Hansen (Déi Gréng) unterstrich die schwierige Aufgabe der Regierung, eine Strategie auszuarbeiten, obwohl noch nicht alles über die Impfstoffe bekannt sei. Er begrüßte die Entscheidung, einen Schutzgürtel um Vulnerable und Alte zu ziehen, indem das Personal als erstes geimpft werde. „Jeder beschäftigt sich mit der Frage impfen oder nicht. Es ist eine Aufgabe für uns alle, 70 Prozent Geimpfte zu erreichen“, appellierte er. Aber auch er sah noch offene Fragen: Sollen die Vulnerablen gezielt angeschrieben werden, wie erreicht man die ohne festen Wohnsitz, werden die Geimpften eng auf Reaktionen hin überwacht? „Die Impfstrategie von heute ist nicht die von morgen, sie muss angepasst werden“, lautete sein Fazit.

ADR-Motion wird abgeblüht

Kritische Töne kamen von Jeff En-

gelen (ADR), der eine Motion vorlegte, die aber wegen ihrer tendenziösen Formulierung von allen anderen Abgeordneten abgelehnt wurde. Er verwies unter anderem darauf, dass es eine solche kurze Zulassungsprozedur noch nie gab, dass nicht an allen Altersgruppen getestet worden sei, sondern nur an den 20- bis 60-Jährigen und die neuen mRNA-Impfstoffe bis heute noch nie eingesetzt wurden. „Wir sind nicht prinzipiell dagegen, verlangen aber, dass die Impfstoffe alle Stadien durchlaufen und eine zuverlässige Wirkung haben.“ Er kritisierte, dass bislang „nur ein Logistikplan vorliegt und keine Strategie – das reicht uns hinten und vorne nicht“.

Die Regierung müsse dafür sorgen, dass kein Arbeitgeber oder Dienstleister eine Impfung vorschreiben kann oder ökonomischen Druck ausübt. Sie müsse auch transparent alle internationalen Informationen über Nebenwirkungen mitteilen und entsprechend reagieren. Marc Baum (Déi Lénk) zeigte sich dagegen „angenehm überrascht von der ersten Impfstrategie, die sinnvoll ist“. Das Impfen müsse ein kollektiver Aufwand sein. „Das braucht Vertrauen – wir müssen alle Leute davon überzeugen.“

Auch die Piraten teilten die Impfpriorität der Regierung, fragten aber auch, was der nächste Schritt sei, was passiere, wenn eine Person einen bestimmten Impfstoff haben möchte und ob über einen Hausarzt eine Impfung beantragt werden kann. Man müsse auch aufpassen, dass sich keine versteckte Impfpflicht einschleicht, indem ein Impfpass für den Zutritt zu Aktivitäten verlangt werde. „Das Datenschutzgesetz verbietet, dass Gesundheitsdaten erhoben werden“, betonte Sven Clement.

Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) machte dann klar,

dass man der Europäischen Arzneimittelagentur EMA vertrauen könne. „Die Standards der Zulassung waren nie infrage gestellt, die Zulassungskriterien sind exakt dieselben wie immer. Die Prozedur konnte beschleunigt ablaufen, weil Phasen parallel liefen und mehr Mittel eingesetzt wurden“, unterstrich sie. „Luxemburg ist in den Arbeitsgruppen der EMA vertreten. Wenn bei der Effizienz und Sicherheit Probleme auftauchen, wird es ehrlich kommuniziert werden. Wir werden transparent bleiben über das, was wir wissen und nicht wissen.“ Ziel sei es, Vertrauen in die neuen Impfstoffe aufzubauen. Man habe sich deswegen bewusst gegen eine Impfpflicht entschieden.

Derzeit habe man einen Zuschlag für fünf Impfstoffe, die für 800 000 Personen reichen, aber auch noch nicht genug Details, um weiter zu planen. „Sobald wir wissen, was wir wann bekommen, werden wir schnell handeln und die Impfstrategie anpassen“, versprach sie. Informationen werden zudem online und die sozialen Medien verbreitet. Für Leute mit spezieller Vulnerabilität stellte sie in Aussicht, dass deren Arzt eine Impfung beantragen können wird.

● Die Impfstrategie von heute ist nicht die von morgen.

Marc Hansen (Déi Gréng)

● Wenn bei der Effizienz oder Sicherheit Probleme auftauchen, wird es kommuniziert.

Paulette Lenert (LSAP)

Gutachten der Nationalen Ethikkommission

Am 17. November befasste die Regierung die Nationale Ethikkommission mit einem Gutachten zu den ethischen Aspekten ihrer Priorisierung der gegen Covid-19 zu impfenden Personen und fragte nach ethischen Kriterien für die zu treffende Wahl, sollten sichere und effiziente Impfstoffe nicht für die ganze Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Position floss in die Impfstrategie der Regierung ein. Gestern stellte die Präsidentin Julie-Suzanne Bausch sie vor. „Sobald man von einer Impfung spricht, ist man automatisch bei der Ethik und im Spannungsverhältnis zwischen dem Solidaritätsgedanken und der Freiheit des Indi-

viduums“, erklärte sie. Frankreich gehe den Weg, die Personen, die am meisten gefährdet sind, zu schützen – die Alten und Vulnerablen. „Wir haben überlegt, dass wir in einer Sackgasse landen, wenn wir nicht genug Impfstoff für alle haben. Denn wie wollen wir dann differenzieren, ohne in Diskriminierungen zu verfallen?“, fragte Bausch. Deswegen sei man auf die Frage gekommen, wo das Virus am gefährlichsten ist, wer am meisten mit ihm in Kontakt kommt. „Das ist in den Krankenhäusern auf den Covid- und Intensivstationen. Sie können nur funktionieren, wenn das für die Behandlung und Pflege notwendige Personal geschützt ist.“

Ob Arzt, Pfleger oder die Person, die dort reinigt. „Brechen die Spitalstrukturen weg, sind auch die

Cipa-Bewohner verloren“, argumentiert Bausch. „Die Krankheit gibt uns den Weg vor: Die, die an der Front stehen, sollten als Erstes geimpft werden, schlagen wir vor. Weil sie die Alten und Vulnerablen schützen und weil sie keine Wahl haben. Sie müssen dorthin gehen, sie müssen ganz nahe an die Krankheit heran, weil es ihr Beruf ist. Es sind insgesamt auch weniger Personen als die Alten und Vulnerablen, so dass keiner diskriminiert werden muss.“

Wenn die nächsten Impfdosen verfügbar sind, soll dieser Perimeter der Personen, die am nächsten an der Erkrankung dran sind, ausgeweitet werden – das Kriterium für die als nächstes zu impfende Gruppe soll die Nähe zum Virus bleiben. „Es ist ein Gutachten des

Augenblicks – eine Momentaufnahme. Wir werden bestimmt noch mit dem Thema befasst, wenn sich die Situation weiter ändert“, sagte Bausch. Sie verwies aber auch darauf, dass ein juristisches Gutachten vonnöten ist, das sich mit den arbeitsrechtlichen Fragen beschäftigt, wie: Was passiert mit einer Pflegekraft, die sich nicht impfen lassen möchte?

Weitere Fragen, mit denen sich die Ethikkommission befassen wird, sind die Impfung von vulnerablen Menschen, die keine autonome Wahl treffen können, weil sie Alzheimer haben oder psychisch krank sind. Oder die Unterscheidung zwischen Informationen über die Impfung geben und Reklame dafür machen. *we/*

Die Hauptstadt wächst weiter

Haushaltsentwurf mit Ausgaben von einer Milliarde Euro mehrheitlich genehmigt

Von Rita Ruppert

Luxemburg. „Ja, es ist ein außergewöhnliches Jahr, ein Jahr, das uns als Gemeindeverwaltung nähergebracht hat“, sagte Bürgermeisterin Lydie Polfer in der gestrigen Gemeinderatssitzung. Hauptthema war der Haushaltsentwurf 2021, der mit Ausgaben von rund einer Milliarde Euro ein Rekordbudget ist.

Um alle Dienstleistungen aufrecht zu erhalten, müsse viel investiert werden. Die aktuell 124 532 Einwohner zählende Stadt sei gut aufgestellt, so Polfer. In diesem Zusammenhang erinnerte sie daran, dass die Hauptstadt Großprojekte wie das Centre national d'incendie et de secours, das Fußball- und Rugbystadion sowie die Tram mitstemme. Enorme Vorhaben kämen in den nächsten Jahren hinzu: ein Leichtathletikstadion, das Wunquartier Stade, ein Recycling-Center, die neue Garage für die städtischen Busse hinter dem Parkhaus in Kockelscheuer, die Erneuerung der Kläranlage in Beggen.

Herausforderungen en masse

Zudem warten weitere außergewöhnliche Herausforderungen mit den Teilbebauungsplänen Porte de Hollerich auf einem 35 Hektar großen Areal, wovon 53 Prozent der Stadt Luxemburg gehört. Dort plant die Stadt mit den anderen Eigentümern ein Ökoviertel.

Neues gab es auch zum Wunquartier Stade: Gestern hat die Jury die sieben ausgewählten Architektenbüros mit der Überarbeitung ihrer Pläne bis Frühjahr 2021 beauftragt. Das Vorhaben der

Unternehmen Paul Wurth und Heintz van Landewijk heißt jetzt Nei Hollerich: Die Stadtverwaltung hat die Pläne vor kurzem erhalten. Dort sollen 2 800 Wohnungen auf einem Gelände von 20 Hektar entstehen. Auch bezüglich des Projekts von Villeroy & Boch in Rollingergrund gibt es Neuigkeiten: Der neue Eigner eines Teils des Grundstücks hat neue Ideen.

Künstler unterstützen

Was die Kultur in Pandemie-Zeiten angeht, sagte Lydie Polfer: „Die Künstler leiden nicht nur finanziell, sondern auch in ihrer Seele, weil Darbietung und Austausch mit dem Publikum fehlen. In puncto Theaterproduktionen haben wir unsere Engagements eingehalten.“ 21 einheimische Kunstschaaffende wurden unterstützt, indem die städtischen Museen bei ihnen Kunstobjekte gekauft haben, neun Künstler stellen im öffentlichen Raum aus.

In puncto neue Bestimmung für den ehemaligen Schlachthof in Hollerich, teilte Polfer mit, dass viele Interessierte bei der im Jahr 2019 organisierten Porte ouverte mitgemacht und ihre Vorschläge mitgeteilt haben. Jetzt wird ein Lastenheft für einen architektonischen Wettbewerb ausgearbeitet.

87 Wohnungen zurzeit im Bau

In Beantwortung der Fragen, die am vergangenen Freitag von den Räten zum Logement gestellt wurden, sagte Schöffe Maurice Bauer (CSV): „Unsere Priorität liegt ganz klar auf dem Wohnungsbau. Wir bauen Sozialwohnungen und er-

schwingliche Wohnungen. Die Stadt kauft auch Grundstücke, um darauf zu bauen. 2019 und 2020 wurden 119 Wohnungen, Häuser und möblierte Zimmer fertiggestellt, deren 87 sind zurzeit im Bau. Im Zuge der Gutscheinkaktion wurde ein Viertel der Bons an sozial-schwache Familien vergeben.“

Was das Streetwork anbelangt, betonte Bauer, dies sei gerade in Corona-Zeiten ein schwerer Job. Auf die Frage eines Gemeinderatsmitglieds, warum die Stadt keine eigene Streetwork-Dienststelle betreibe, unterstrich der Sozial-schöffe: „Unsere vier Partnerorganisationen verfügen über jahrelange Erfahrung. Durch die enge Vernetzung gibt es vier verschiedene Herangehensweisen.“

„A vos côtés“ im Viertel Gare

Zusätzlich zum privaten Wach- und Sicherheitsunternehmen, das damit beauftragt wurde, vom 1. Dezember 2020 bis zum 31. Januar 2021 Präsenz in der Oberstadt und im Bahnhofsviertel zu zeigen, hat die Stadt Luxemburg Sozialmaßnahmen getroffen und in Zusammenarbeit mit Inter-Actions den Präventions- und Mediationsdienst „A vos côtés“ (An Ihrer Seite) ins Leben gerufen, der seine Arbeit gestern aufgenommen hat. Aufgabe des sechsköpfigen Teams ist es, durch aktive Unterstützung der Einwohner des Viertels Gare und Übernahme der Rolle eines Mediators sichtbar Präsenz zu zeigen. Das Team arbeitet eng mit der Polizei und dem Streetwork-Dienst zusammen.

In der Sozialpolitik des Schöf-

fenrates gebe es kein Status quo, wie Rätin Christa Brömmel (Déi Gréng) am Freitag monierte. Maurice Bauer wies diese Kritik entschieden zurück, sie entspreche nicht der Realität.

Kritik am Innenministerium

Finanzschöffe Laurent Mosar (CSV) zeigte sich sehr zufrieden, dass die großen Eckpunkte – Finanzpolitik, Personalpolitik, Corona-Hilfsmaßnahmen – vom gesamten Gemeinderat getragen werden. Der Vorschlag von Rat François Benoy (Déi Gréng), ein „Budget par objectifs“ einzuführen, mache in Gemeinden keinen Sinn. Was aber Sinn machen würde, wäre, verschiedene Ausgaben in puncto Nachhaltigkeit zu analysieren.

„Wie die Finanzen nachhaltig abgesichert werden könnten, dazu kamen keine Anregungen“, so Mosar mit Bedauern. Unzufrieden äußerte der Schöffe sich, wie das Innenministerium mit den Gemeinden umgehe. Es sei nicht normal, dass Unternehmen finanziell vom Staat unterstützt werden, Gemeinden aber nicht.

Pop-up-Store im Bahnhofsviertel

Laut dem Ersten Schöffen Serge Wilmes (CSV) wird bald ein Pop-up-Store in der Al Avenue seine Türen öffnen. Die Vitrienen von vier leer stehenden Läden wurden auf Kosten der Stadt Luxemburg weihnachtlich dekoriert.

Der Haushaltsentwurf 2021 wurden mit den Stimmen der Mehrheit und des ADR angenommen.

„Wir kennen keine Grenzen“

Luxembourg Air Rescue wird für Rettungseinsätze während der Pandemie ausgezeichnet

Interview: Maximilian Richard

Besonders zu Beginn der Corona-Pandemie stießen viele Krankenhäuser im Ausland – unter anderem im Grand Est in Frankreich – an ihr Limit. Die Versorgung aller kritisch kranken Patienten war nicht mehr gewährleistet. Deshalb wurde die Luxembourg Air Rescue (LAR) mehrmals beauftragt, Patienten aus der Region in ein anderes Krankenhaus zu bringen. Für einige führte der Weg deshalb ins Ausland – auch in Luxemburg und Deutschland wurden die Patienten behandelt. Für ihren Einsatz soll die Vereinigung nun geehrt werden. Wie die LAR die Pandemie bislang erlebt hat, das berichtet ihr Präsident, René Closter, im Interview.

René Closter, die Luxembourg Air Rescue (LAR) erhält für ihre grenzüberschreitenden Einsätze während der Corona-Krise den Adenauer-de-Gaulle-Preis. Was bedeutet diese Auszeichnung für Sie?

Für uns ist es das Ergebnis von 33 Jahren Arbeit. Das sage ich nicht ohne Stolz, aber wir haben hier als Luxembourg Air Rescue unser eigenes kleines Europa geschaffen. Seit über 15 Jahren fliegen wir ohne bürokratische Hindernisse Einsätze in Richtung Saarland und Rheinland-Pfalz. Seit zwölf Jahren organisieren wir gemeinsam mit einem französischen Partner sämtliche Organtransporte für Frankreich. Unsere Patienten, ob Luxemburger oder nicht, transportieren wir im Ernstfall um die ganze Welt. Wir kennen keine politischen Grenzen. Der Preis ist für mich deshalb also nicht nur der Lohn für unsere

jüngsten Einsätze, sondern für das, was wir seit Jahren leisten.

Zu Beginn der Corona-Krise war die LAR sofort einsatzbereit und konnte Covid-Patienten transportieren.

Wir hatten sozusagen das große Glück, dass wir vor einigen Jahren bereits während der Ebola-Krise Einsätze geflogen sind. Daher hatten wir bereits zu Beginn der sanitären Krise Ausrüstung, es gab entsprechende Sicherheitsprozeduren und unser Personal war entsprechend geschult, um mit infektiösen Krankheiten umzugehen und Patienten über weite Strecken zu transportieren. Das war ein echter Vorteil, der dann auch beim Transport von Patienten im kritischen Zustand aus dem Grand Est zum Tragen gekommen ist.

Die Auszeichnung ehrt vor allem diese Einsätze, bei denen sie Patienten in andere Krankenhäuser, zum Teil nach Deutschland und Luxemburg, transportiert haben, da sie vor Ort nicht ausreichend versorgt werden konnten.

Etwa 50 Mal sind wir solche Einsätze geflogen. Sie waren aber nicht nur wegen der Erkrankung der Betroffenen etwas Besonderes. Normalerweise sehen wir unsere Patienten nämlich nur ein einziges Mal – wenn es ihnen nicht gut geht. Bei diesen Einsätzen konnten wir sie aber auch ein zweites Mal, nach einer ersten Genesung, in Empfang nehmen, als wir sie in ihre Heimatländer zurückgebracht haben. Zum Teil die gleichen Einsatzmitglieder

konnten ihre Patienten, die sie zuvor unter künstlicher Beatmung in ein Krankenhaus gebracht haben, wieder nach Hause bringen. Das war ein gutes Gefühl.

Es waren aber nicht Ihre einzigen Einsätze während der Krise?

Nein, natürlich nicht. Neben den normalen Rettungseinsätzen, etwa nach Unfällen, waren wir in der ganzen Welt unterwegs, um Mitglieder und andere Kunden wieder in ihre Heimat zu bringen. Unter anderem aufgrund der eingeschränkten Reichweite unserer Lear Jets war dies in Krisenzeiten nicht immer einfach. Sie müssen bei längeren Flügen zwischenlanden, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent war es allerdings problematisch, in den vergangenen Monaten eine Landeerlaubnis zu erhalten – besonders wenn man einen Covid-Patienten transportiert. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, ein neues, größeres Flugzeug anzuschaffen, das deutlich mehr Reichweite hat als unsere Lear Jets. Wir rechnen damit, dass es binnen sechs Monaten einsatzbereit sein wird.

Welchen Einfluss hat die Pandemie auf die normalen Einsätze der LAR?

Wir gehen immer davon aus, dass unsere Patienten infektiös sein könnten. Deshalb tragen die Einsatzkräfte auch stets spezielle Schutzmasken. Im Sommer haben wir neue Ausrüstung angeschafft – darunter auch mobile Isolationsliegen. Sie kommen in unseren Hubschraubern zum Einsatz und schützen unsere Mitarbeiter vor

Infektionen. Auch sind die Flugmaschinen wieder schneller einsatzbereit, da sie nicht mehr nach jeder Landung aufwendig während mehrerer Stunden desinfiziert werden müssen.

Besonders während der zweiten Welle fallen vermehrt auch Pflegekräfte wegen einer Infektion aus. Hat auch die LAR Ausfälle in den eigenen Reihen zu beklagen?

Ja, wir hatten einige Verdachts- und Infektionsfälle. Allerdings blieb die Lage stets übersichtlich. Das liegt unter anderem auch daran, dass wir seit Beginn der Krise die Arbeitspläne angepasst haben, um das Risiko einer Infektionskette bei unseren Mitarbeitern zu minimieren.

Die Auszeichnung ist mit 10 000 Euro dotiert, die Sie sich mit der DRF-Flutrettung teilen. Für ein Flugunternehmen ist das Preisgeld sicher kein allzu großer Zuschuss. Haben Sie aber schon Pläne für das Geld?

Da kommt das berühmte Wort Peanuts ins Spiel. Viele Peanuts machen am Ende allerdings auch einen großen Haufen und es tut auch einfach gut, ein Preisgeld zu erhalten. Konkrete Pläne dafür haben wir aber noch nicht. Ich will aber betonen, dass der Preis wohl an unsere Organisation geht, vor allem aber an unsere Mitarbeiter. Das, was unsere Leute leisten, das ist kein einfacher Beruf. Er ist mit vielen Risiken verbunden. Deshalb bin ich stolz, dass sie mit der Auszeichnung geehrt werden.

Auszeichnung für Verdienste

Der Adenauer-de-Gaulle-Preis wird seit 1988 an Personen, Initiativen oder Institutionen verliehen, die dazu beigetragen haben, die deutsch-französischen Beziehungen zu festigen. Die Auszeichnung ist mit

10 000 Euro dotiert, die die Luxembourg Air Rescue sich mit der Deutschen DRF-Flutrettung teilt. Der Preis wird abwechselnd in Deutschland und Frankreich verliehen. Falls die Corona-Restriktionen es zulassen, soll die Überreichung im Januar 2021 in Paris stattfinden.